

AKTUELL

#3 2021 | DAS MAGAZIN DES OGBL |

OGBL



DOSSIER
1. Mai-Rede

**Die richtigen Lehren
müssen aus der Krise
gezogen werden!**

AKTUELL-Das Magazin des OGBL

Herausgeber

OGBL „Onofhängege
Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg“

Verantwortlich für die Redaktion

Nora Back

60, bd. J.F. Kennedy
B.P. 149 / L-4002 Esch/Alzette
Tel.: 54 05 45-1 / Fax: 54 16 20
Internet: www.ogbl.lu
Email: ogbl@ogbl.lu

Verantwortlicher Herausgeber

für Belgien

Jacques Delacollette
17, rue de l'Ecole / B-6666 Wibrin

Druck

Techprint Esch/Lankelz
April 2021

Die Redaktion behält sich
Kürzungen der Beiträge vor.
Die gezeichneten Artikel stellen
nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion dar.

◆ Leitartikel	P 3
◆ Snapshot	P 4-5
◆ Panorama	P 6-7
◆ Auf den Punkt gebracht	P 8-9
◆ Fokus	P 10-28
<p>„Der 1. Mai ist und bleibt der Tag der Arbeiter“ Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen Ein recht bescheidener erster „Aufbau- und Resilienzplan“ Ein neuer Gesetzesentwurf zu den Familienzulagen Das Wohnen in Luxemburg ist in der Krise. Wo bleiben die Antikrisenmaßnahmen? Die Renten regelmäßig an die Entwicklung der Löhne anpassen, die Jahresendzulage absichern und die Mindestrenten erhöhen! 3. Kongress von industriAll Europe – Ein Neustart für alle Das Streikrecht hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten</p>	
◆ Nachrichten von der Basis	P 29-57
<p>Kollektivverträge, Sozialpläne und die Spannungen in den Betrieben</p>	
◆ Ansichten	P 58-59
<p>OGJ – Gewerkschaftsjugend des OGBL</p>	
◆ Grenzgänger	P 60-61
◆ Zoom auf die Lokalsektionen	P 62-63
◆ Praktische Fragen & Infos	P 64-65
<p>Hat man als Grenzgänger Recht auf Familienzulagen in Luxemburg?</p>	
◆ Verschiedenes	P 66
<p>Ein bewegtes Jahr für die ONG OGBL Solidarité syndicale Neue Broschüre: Sexuelle Belästigung in den Schulen</p>	



Es ist an der Zeit, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen

Wir sind jetzt im Sommer 2021. Der zweite Sommer schon seit dem Ausbruch der sanitären Krise! Und wir müssen uns damit abfinden, wie mit etwas Zwangsläufigem: Covid-19 ist immer noch in unserem Leben allgegenwärtig und es ist sehr riskant geworden, vorher zu sagen, was als nächstes passieren wird. Wie die OGBL-Präsidentin Nora Back in ihrer Rubrik „Auf den Punkt“ einige Seiten weiter schreibt, ist es zu diesem Zeitpunkt schwierig zu wissen, „ob die sanitäre Krise nun langsam zu Ende geht oder ob man uns nur die Gelegenheit gibt aufzuatmen, währenddessen wir auf die nächste Welle warten“.

Allerdings ist es höchste Zeit, die richtigen Lehren aus dieser Krise zu ziehen. Angefangen bei der Tatsache, dass gerade die Länder, die noch einen Sozialstaat haben, der diesen Namen verdient, diese Krise am besten überstanden haben. Dies führt uns direkt zu der logischen Konsequenz, die gleichzeitig die erste und sicherlich wichtigste Lehre aus dieser Krise ist: Die neoliberale Politik, die seit mehreren Jahrzehnten in der ganzen Welt wütet, die Wirtschaft, Finanzen und die Verteilung des Reichtums prägt, öffentliche Dienstleistungen abbaut und die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung untergräbt, muss

endgültig aufgegeben werden. Denn – um die OGBL-Präsidentin noch einmal zu zitieren, diesmal aus ihrer 1.-Mai-Rede – „wenn wir von einer Rückkehr zur Normalität sprechen, wie dies oft geschieht, darf sie aber nicht in einer Rückkehr zum Abnormalen bestehen, wo der Profit vor dem Menschen kommt.“ In dieser neuen Ausgabe des Aktuell widmen wir diesem Thema einen ausführlichen Artikel.

Auf den folgenden Seiten können die Leser wie sie es gewohnt sind, die soziale Aktualität im Land und die Tätigkeiten des OGBL zur Kenntnis nehmen, der, wie Sie sehen können, noch immer nicht locker lässt.

Schließlich wollen wir uns dieses Mal im Rahmen unseres Dossiers in der Mitte des Heftes auf Rede der OGBL-Präsidentin zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit, konzentrieren, die einen recht guten Überblick über die aktuellen Themen gibt.

Viel Spaß beim Lesen. Und schöne Ferien!



Olivier Landini

Verantwortlicher der Kommunikationsabteilung



Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen

12



Ein recht bescheidener erster „Aufbau- und Resilienzplan“

16



Samstag, 1. Mai 2021 auf dem Rathausplatz in Esch/Alzette. Der OGBL hatte dazu aufgerufen, anlässlich des Tags der Arbeit auf die Straße zu gehen. Tausend Menschen folgten dem Aufruf der größten Gewerkschaft des Landes.





OGB·L

Mir maachen Zukunft
Constructeur d'avenir



◆ **Kooperationsvertrag zwischen APESS und SEW/OGBL** Am 4. Mai 2021 unterschrieben die APESS und das SEW/OGBL einen Kooperationsvertrag, der ihre Zusammenarbeit regelt. Beide Gewerkschaften verpflichten sich zu einem regelmäßigen Austausch und werden sich zu Themen, zu denen sie die gleiche Position vertreten, gemeinsam äußern. Dies beinhaltet gemeinsame Pressemitteilungen, Presseauftritte, Unterredungen mit den jeweiligen Ministerien, politischen Parteien oder Organisationen sowie anderen Gewerkschaften. Beide Gewerkschaften werden auch mit einer gemeinsamen Liste zu den kommenden Sozialwahlen für die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ antreten.

Mit diesem Kooperationsvertrag wollen APESS und SEW/OGBL ihre Kräfte bündeln, um sich gemeinsam für eine bessere Bildungspolitik und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. ◇



◆ **Einfrieren der Mieten** Während die Regierung Anfang Juni eine ganze Reihe von Gesetzesentwürfen und großherzoglichen Verordnungen vorlegte, die darauf abzielten, bestimmte Maßnahmen, die im Rahmen der Covid-19-Pandemie ergriffen wurden, bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern – und die seither zum großen Teil bereits umgesetzt wurden –, hielt sie es jedoch nicht für angebracht, die Maßnahme bezüglich des Einfrierens der Mieten zu verlängern, die somit am vergangenen 30. Juni auslief. Ein Fehler, so der OGBL, der Anfang Juni gefordert hatte, diese für viele Haushalte wichtige Maßnahme beizubehalten. ◇



Auf dem Weg zu einem Recht auf Abschalten

Am 30. April 2021 verabschiedete der Wirtschafts- und Sozialrat einstimmig eine Stellungnahme zur Frage des Rechts auf Abschalten. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften einigten sich in dieser Stellungnahme auf die grundsätzliche Einführung eines neuen Kapitels über die «Achtung des Rechts auf Abschalten» in das luxemburgische Arbeitsgesetzbuch.

Dies ist ein großer Schritt nach vorne, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer ihre Freizeit in vollen Zügen genießen können, ohne zu jeder Zeit auf E-Mails oder Anrufe ihres Arbeitgebers warten zu müssen. In der Tat ist die ständige Erreichbarkeit, gepaart mit dem Verschwimmen der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben, ein Phänomen, das immer weiter zunimmt. Der massive Einsatz von Telearbeit aufgrund der Covid-19-Pandemie hat die Situation weiter verschärft. Aber es ist kein Phänomen, das auf Telearbeiter beschränkt ist.

Die Einhaltung des Rechts auf Abschalten wird zur Pflicht des Arbeitgebers

Wenn wir über das Recht auf Abschalten sprechen, muss betont werden, dass der Arbeitgeber nicht von vornherein das Recht hat, von den Arbeitnehmern Leistungen außerhalb der vertraglichen Arbeitszeiten zu verlangen!

Das kürzlich vorgeschlagene Abkommen geht in diese Richtung. Es sieht vor, dass jeder Arbeitgeber im Land, dessen Mitarbeiter digitale Werkzeuge für berufliche Zwecke nutzen, verpflichtet ist, eine Regelung vorzusehen, die sicherstellt, dass das Recht des Arbeitnehmers auf Abschalten respektiert wird. Diese Regelung definiert die praktischen Vorkehrungen für das Abschalten des digitalen Arbeitsmaterials, Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen sowie Entschädigungsregelungen für Arbeitnehmer für den Fall, dass die Art der Arbeit das Abschalten unmöglich

macht (Rufbereitschaftssystem).

Dies wird zu einem zwingend zu verhandelnden Punkt im Kollektivvertrag (KV), sofern ein solcher existiert.

Liegt kein KV vor, gelten die Regeln des sozialen Dialogs in den Unternehmen:

- Mitbestimmung zwischen Arbeitgeber und Personaldelegation ab 150 Mitarbeitern;
- Information und Beratung der Delegation zwischen 15 und 149 Mitarbeitern;
- in Unternehmen mit weniger als 15 Mitarbeitern, einfache Informationen an die Belegschaft, aber es ist dennoch eine Pflicht des Arbeitgebers, eine solche Regelung umzusetzen.

Eine Verpflichtung, die Sanktionen unterliegt

Wenn sich ein Arbeitgeber weigert, eine Regelung zur Einhaltung des Rechts auf Abschalten einzurichten, kann er vom Direktor der Gewerbeinspektion (ITM) mit Bußgeldern belegt werden, die je nach Größe des Unternehmens und der Einstellung des Arbeitgebers variieren.

Besteht ein KV, so muss das Recht auf Abschalten spätestens nach drei Jahren (maximale Laufdauer eines KV) in den KV aufgenommen werden. Eine Änderung des KV zu einem früheren Zeitpunkt ist natürlich möglich und wünschenswert.

In Betrieben, in denen es keinen KV gibt, hat der Arbeitgeber ein Jahr Zeit, um die Regelung umzusetzen, die die Einhaltung des Rechts auf Abschalten gewährleistet.

AUFGEPASST: Dies ist vorerst nur ein Vorschlag, auch wenn er sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Gewerkschaften gutgeheißen wurde. Der Ball liegt nun beim Arbeitsminister, so schnell wie möglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der auf der Vereinbarung der Sozialpartner basiert. ◇

Die Vergessenen beim Rückgang der Zahl der Arbeitssuchenden

In Luxemburg, wie auch anderswo auf der Welt, war das Jahr 2020 von der raschen Ausbreitung der Covid-19-Pandemie geprägt, deren Auswirkungen weit über den sanitären Rahmen hinausgingen und soziale und wirtschaftliche Aktivitäten beeinträchtigten. Infolgedessen hat die Pandemie einen erheblichen Einfluss auf die Zahl der Arbeitssuchenden gehabt. Wie die Arbeitnehmerkammer (CSL) in einer ihrer jüngsten Publikationen (Econews; Nr. 1 Juni 2021) schreibt, hat der Übergang in den Krisenzustand ab dem 18. März 2020 im Großherzogtum zu einem noch nie dagewesenen Anstieg der Zahl der Arbeitssuchenden um 10% innerhalb eines Monats geführt. Der Monat April 2020 zeigte einen Anstieg in der gleichen Größenordnung, und zu diesem Zeitpunkt erreichte die Zahl der Anmeldungen bei den ADEM-Dienststellen mit +23 % im Vergleich zum Jahresanfang ihren Höhepunkt. Diese erste Welle wurde in den Sommermonaten 2020 teilweise absorbiert, als der Ausnahmezustand und der Lockdown endeten und die Aktivitätsbeschränkungen gelockert wurden, um dann am Ende des Jahres wieder verstärkt zu werden. Seit Anfang 2021 ist die Zahl der Arbeitssuchenden weiter gesunken, aber es ist zu beachten, dass nicht alle Arbeitssuchenden in gleichem Maße von dieser Verbesserung profitieren. So sind es vor allem Personen, die seit weniger als 7 Monaten bei der ADEM registriert sind, deren Zahl abnimmt, während die Zahl derer, die seit mehr als einem halben Jahr auf Arbeitssuche sind, auf historisch hohem Niveau stagniert. Diese hohe Stagnation bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen ist umso besorgniserregender, als diese Personen größtenteils Merkmale aufweisen, die ihre Chancen auf eine berufliche Wiedereingliederung verringern (Diplom, Alter). ◊

Citizens unite for change! Marsch für Klima und Bürgerdemokratie

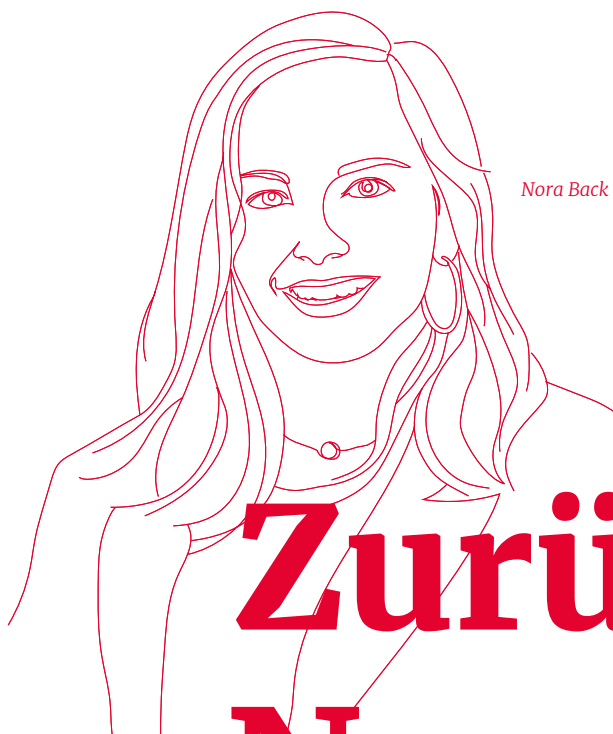


Nach einem Jahr erzwungener Pausen steigen die Treibhausgasemissionen (THG) wieder an. Am alarmierendsten ist, dass das luxemburgische Klimagesetz immer noch nicht dem Maß der Gefahr gerecht wird und weder einen strengen Rahmen für Treibhausgase, noch Regeln zum Schutz der biologischen Vielfalt, noch die Maßnahmen vorsieht, die unabdingbar sind, um sicherzustellen, dass die ärmeren Schichten der Gesellschaft eine unvermeidlich gewordene Transition tragen können.

Wir wissen im Übrigen, dass die westlichen Länder die Transformationsbemühungen, die die Länder des Südens unternehmen wollen, blockieren, dass der Finanzplatz ein wichtiger Akteur bei dieser Blockade ist und dass dieses Thema in diesem Gesetzentwurf kaum berührt wird. Während mehrere Experimente (Testkonzerte in Barcelona oder in der Rockhal) bereits gezeigt hatten, dass Open-Air-Veranstaltungen die

Verbreitung des Virus nicht erhöhten, wenn die Hygienemaßnahmen eingehalten wurden, war es an der Zeit, die Mobilisierung für das Klima aus dem Lockdown herauszuholen.

Deshalb wollte am vergangenen 12. Juni ein Kollektiv von 12 Organisationen, darunter auch der OGBL, die Regierung an ihre Pflichten erinnern und ihr zeigen, dass nach der Nichtausrufung des Klimanotstandes, nach der Abstimmung über CETA und der Abstimmung über das Pseudo-Klimagesetz kein Vertrauen mehr da sei. Nach einem Klimamarsch in den Straßen von Luxemburg-Stadt für ein echtes Klimagesetz, begann das Kollektiv im Carré in Hollerich mit der Entwicklung von Bürgerversammlungen für das Klima („assemblées climatiques citoyennes“), um über die Strategien nachzudenken, die für eine den ökologischen Herausforderungen entsprechende Klimaaktion vorgeschlagen werden sollen. ◊



Nora Back

Zurück zur Normalität

Noch ist ungewiss, ob sich die sanitäre Krise so langsam ihrem Ende zuneigt oder ob wir nur mal zwischendurch Luft holen können in Erwartung der nächsten Welle und eventueller neuer (oder alter) einschneidender Maßnahmen, die erneut die Rechte und Freiheiten der Menschen einschränken.

Noch ist es auch verfrüht, das gesamte Ausmaß der negativen sozialen Konsequenzen der Krise definitiv zu erfassen, sei es die steigenden Ungleichheiten, die schulische und außerschulische Entwicklung der Kinder oder die Gesundheit der Coviderkrankten oder die der Kranken, die zeitweise auf die notwendige medizinische Behandlung verzichten mussten.

Diese Aufarbeitung muss geschehen, und sie muss objektiv geschehen, um die nötigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Es kann hier nicht bei einem Waringo-Bericht II bleiben.

Dennoch ist es schon jetzt an der Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Was man bis jetzt sagen kann ist, dass Luxemburg wirtschaftlich und finanziell vergleichbar gut durch die Krise gekommen ist, auch wesentlich besser als erwartet. Auch die Staatsverschul-

dung bietet keinen Anlass zur Sorge, lässt im Gegenteil weiteren Spielraum zu, ohne dass die selbstverordnete 30%-Grenze überschritten würde.

Die gute finanzielle Situation ermöglicht auch ein progressives Phasing-out aus dem Coronahilfsmaßnahmenpaket, was unbedingt nötig ist, da längst nicht alle wirtschaftlichen Sektoren so glimpflich durch die Krise gekommen sind, wie das die Durchschnittswerte in den Statistiken vermuten lassen. Für viele Unternehmen ist die Krise immer noch nicht vorbei.

Das gilt allerdings nicht nur für die Betriebe. Es ist zu befürchten, dass es Lohneinbußen vor allem bei Niedrigverdienern gab, die schon zu normalen Zeiten Schwierigkeiten haben über die Runden zu kommen. Leider werden die Sozialstatistiken erst mit mehrjähriger Verspätung veröffentlicht.

Es bedarf jetzt des nötigen politischen Mutes.

Der OGBL fordert seit Anfang der Krise, dass vor allem die Kaufkraft dieser Personen gestärkt werden muss. Einige einfache Maßnahmen bieten sich an: Aufwertung der Steuerkredite, dauerhafte und höhere Aufwertung der Teuerungspauschale, aber auch eine strukturelle Aufwertung der Familienleistungen, da Familien mit Kindern generell einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Die aktuelle Gesetzesvorlage ist absolut unzureichend und wird von uns abgelehnt, da sie unter anderem zusätzlich neue Ungerechtigkeiten zwischen Ansässigen und Grenzgängern schafft.

Wir brauchen auch mehr Steuergerechtigkeit. Die Diskussionen über eine Steuerreform sind angelaufen und durchgreifende Maßnahmen dürfen nicht bis nach den nächsten Wahlen warten, ansonsten werden wir bis zu ihrer Umsetzung wenigstens nochmal fünf Jahre verlieren.

Was die allgemeine Steuergerechtigkeit betrifft, ist eine der Schlussfolgerungen einer rezenten OCDE-Studie, dass Luxemburg eines der „großzügigsten“ Erbschaftssteuersysteme aller OCDE-Länder hat.

Natürlich vor allem für die Happy few.

Die starke Konzentration des Besitzes erlaubt es hier gezielt und progressiv vorzugehen, so dass eine Einführung der

Erbschaftssteuer in direkter Linie für den Normalsterblichen nichts ändern würde und eine größere Chancengleichheit entstehen würde.

Chancengleichheit haben wir schon gar nicht im Bereich Wohnungsbau. Hier müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Sogar der Premierminister hat sich für eine Steuer auf Wohnungen und Grundstücken, die aus Spekulationsgründen leer stehen, ausgesprochen.

Es bedarf jetzt des nötigen politischen Mutes. Steuergerechtigkeit und erschwinglichen Wohnraum gibt es nicht zum politischen Nulltarif. Die politischen Entscheidungsträger müssen die Wahl treffen: wollen sie weiter vor den paar dutzend größten Immobilienbesitzern kuschen oder wollen sie Tausenden und Tausenden von Menschen eine Perspektive auf dem Wohnungsmarkt bieten? ◊



Nora Back,

Präsidentin des OGBL

„Der 1. Mai ist und bleibt der Tag der Arbeiter“

Der OGBL hat seine Wette gewonnen, als er in diesem Jahr anlässlich des 1. Mai dazu aufgerufen hat, in Esch/Alzette auf die Straße zu gehen.

Da der OGBL im zweiten Jahr hintereinander aufgrund der Pandemie und der sanitären Einschränkungen sein Fest der Arbeit und der Kulturen nicht in der Abtei Neumünster organisieren konnte, kehrte er zu einer traditionelleren Form des Umzugs und der Demonstration zurück, um den Tag der Arbeit zu feiern (im letzten Jahr, als die sanitäre Krise gerade erst begonnen hatte, musste der OGBL darauf zurückgreifen, einen 1. Mai ausschließlich in digitaler Form zu organisieren). Und so war es eine rote Welle, die durch das Herz der Minette-Metropole zog, wo etwa tausend Menschen dem Aufruf der größten Gewerkschaft des Landes folgten.

Nachdem sie durch die Alzette-Straße gezogen waren, versammelten sich die Demonstranten anschließend auf dem Rathausplatz, wo die OGBL-Präsidentin Nora Back ihre 1.-Mai-Rede hielt. „Wir können glücklich sein, wir können stolz auf uns sein, an diesem Tag, dem Tag der Arbeit, gemeinsam auf der Straße zu sein. Denn der 1. Mai ist und bleibt der Tag der Arbeiter“, sagte die OGBL-Präsidentin.

Wieder einmal – aber wie könnte es anders sein? – stand die 1.-Mai-Rede ganz im Zeichen der sanitären Krise und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die immer noch zu spüren sind. Die OGBL-Präsidentin kam insbesondere auf das vergangene Jahr zurück, das für alle ein schwieriges Jahr war, und erinnerte daran, dass der OGBL „von der ersten Minute an

dafür gekämpft hat, dass diese sanitäre Krise, die uns zu einer Wirtschaftskrise führt, nicht zu einer tiefen sozialen Krise wird.“ Eine Richtlinie, die das Handeln der OGBL weiterhin bestimmt.

Nora Back warnte die Regierung außerdem, dass der OGBL „eine Rückkehr zu einer Sparpolitik“, wie sie nach der Finanzkrise 2008 betrieben wurde, nicht akzeptieren werde. „Die Arbeitnehmer werden nicht für diese Krise bezahlen. Und das ist nicht verhandelbar“, sagte sie. Insbesondere wurde die Regierung aufgefordert, neue Akzente in der Sozialpolitik zu setzen, die Kaufkraft zu stärken und die Ungleichheit zu bekämpfen. Die wirtschaftliche Erholung hängt von einem intakten und finanzstarken Sozialstaat ab. „Diese Krise hat uns eines gelehrt. Wir brauchen bedeutende öffentliche Investitionen. In der Forschung, in der Bildung, im öffentlichen Dienst im Allgemeinen, in Umweltangelegenheiten, in Digitalisierung, im Wohnen und in der Gesundheit.“

Und wenn es notwendig ist, Geld für die Konsolidierung des Staatshaushaltes zu finden, „dann lasst uns hingehen und es dort holen, wo es genug davon gibt. Und solche Stellen gibt es!“, betonte die OGBL-Präsidentin.

Nora Back warnte schließlich, dass die vor uns liegenden Zeiten sicher nicht einfach sein werden. Der OGBL ist bereits auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet. „Die Zukunft wird nicht im Voraus geschrieben. Sie muss noch geschrieben werden. Und wir werden sie zusammen mit Euch schreiben! Und in dem Szenario, das wir schreiben wollen, werden die

Arbeiter die Hauptrolle spielen», schloss sie ihre Rede ab.

Das vollständige Skript der Rede der OGBL-Präsidentin zum 1. Mai finden Sie im Dossier in der Mitte dieses Magazins. >





Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen



„Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen“. Wie bei vergangenen Krisen hat dieser belehrende Satz jetzt wieder Hochkonjunktur. Er wirkt beruhigend, weil er der Krise etwas Positives abgewinnt. Er ist zugleich ein gefährlicher Satz, weil er die naive Illusion erweckt, dass gewonnene Erkenntnisse im Selbstlauf zu positiven Veränderungen führen werden.

Wurden etwa nach der Finanzkrise 2008/2009 die richtigen Lehren gezogen?

Erinnern wir uns. Zum Zeitpunkt des Krisenausbruchs und während der ersten Phase ihres Verlaufs konkurrierten führende Politiker in erstaunlich kritischen Stellungnahmen. Vom notwendigen „Abspecken“ des Neoliberalismus bis zu weitreichenden Reformen der Finanzwelt war die Rede.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung schätzte die Situation richtig ein.

Auch in Luxemburg gingen am 16. Mai 2009 30.000 Demonstranten auf die Straße und kämpften gegen das was dieselben Politiker im Visier hatten: Austeritätspolitik und sozialer Abbau.

Wir haben nichts vergessen: die Austeritätspolitik von 2010 bis zum „Zukunftspak“ im Jahre 2014, die Angriffe auf unser Indexsystem bis 2013, die rückschrittliche Pensionsreform im Jahre 2013, die Zunahme der steuerlichen Belastungen für die unteren und mittleren Einkommenschichten u.a.m.

Im Gegensatz dazu blieb von den angekündigten Reformen der Finanzwelt nicht viel übrig und die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden munter fortgesetzt.

Leistungen und Strukturen der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherheit wurden abgebaut, geschwächt und durch private Kommerzialisierung ersetzt. Die staatlichen Finanzkapazitäten wurden aufgrund massiver Steuererleichterungen für die besitzende Oberschicht, ob bei ihren Betrieben,

Kapitaleinkünften, Vermögen und Erbschaften ausgehöhlt.

Ohne den Widerstand der linken Parteien, der Gewerkschaftsbewegung und der fortschrittlichen Organisationen der Zivilgesellschaft hätte diese Gesellschaft des Rückschritts eine noch größere Dimension und Breite angenommen.

**... die Pandemie hat
die sozialen
Ungleichheiten
weiter vertieft ...**

Wenn jetzt weltweit festgestellt wird, dass die Pandemie die sozialen Ungleichheiten weiter vertieft hat, dann hat diese Situation sehr viel mit Defiziten bei der Sozialstaatlichkeit zu tun. Defizite, die vielerorts auf der Welt, insbesondere in der sogenannten westlichen Welt jüngeren Ursprungs sind.

Die wichtigste politische Entscheidung für den gesellschaftlichen Fortschritt

Eine der wichtigsten Lehren, die bereits jetzt gezogen werden kann, ist die, dass die Covid-19-Pandemie klar vor Augen führt, wie unabkömmlich gut funktionierende öffentliche Dienste und eine stark aufgestellte Soziale Sicherheit sind.

Sowohl unter dem Aspekt der Gesundheitsversorgung als auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Absicherung der Menschen. Darüber hinaus sind sie, zusammen mit einem finanzstarken Staat die tragende Säule für die Stabilisierung und Wiederherstellung der gesamten wirtschaftlichen Aktivitäten in der Gesellschaft.

Wenn also jetzt richtige Konsequenzen zu

ziehen sind, sollten wir mit der wichtigsten anfangen.

Die kapitalistische Finanzkrise 2008/2009 offenbarte den Irrweg der neoliberalen Politik und ihrer Wirtschafts- und Finanzwelt, die Covid-Krise bestätigt ihn.

Das tun auch die Klima- und Umweltkrise, die Krise der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die neue Rekordsumme bei der militärischen Aufrüstung und als logische Konsequenz dieser Krisen die nationalen und internationalen politischen Instabilitäten und Demokratieverluste.

Der Weg aus der Covid-Krise kann und darf nicht als von den anderen Krisen losgelöst betrachtet werden.

Die wichtigste politische Entscheidung kann deshalb nur eine sein: Die neoliberale Politik der Gestaltung der Wirtschaft, der Finanz und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums muss geschwächt und zurückgedrängt werden. Die Perspektive ihrer Überwindung zum leitenden Prinzip unserer Gesellschaft und der Politik werden.

Der konkrete Anfang muss die radikale Absage an eine Neuauflage der Austeritätspolitik sein und die soziale Gerechtigkeit muss in den Fokus der Politik rücken.

„Eine Gerechtigkeitsspritze für alle“

Am 21. April 2021 veröffentlichte die Direktion der Öffentlichen Finanzen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Beachtung verdienende Stellungnahme unter dem Titel „Eine Gerechtigkeitsspritze für alle“. Im Anschluss an die Feststellungen, dass die bestehende soziale Ungleichheit sich im Verlauf der Covid-19-Krise weltweit verstärkt hat und dass „die Covid-19-Krise deutlich gemacht hat, wie wichtig ein qualitativ hochwertiges Sozialschutzsystem ist, das schnell aktiviert werden kann“ wird neben der Förderung der öffentlichen Dienstleistungen eine „Verstärkung der Umverteilungspolitik“ gefordert.

Um den Kreislauf der Ungleichheit zu durchbrechen seien „Vor- und Umverteilungspolitiken“ erforderlich. Eine Vorverteilungspolitik für den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und hochwertigen Arbeitsplätzen. Dies würde eine „Verringerung der Einkommensungleichheit bereits vor der ebenfalls notwendigen Umverteilung durch Transfers und Steuern ermöglichen“.

Mit Nachdruck wird für die Finanzierung dieser Politik die „Mobilisierung der steuerrechtlichen Kapazitäten“ als notwendig erachtet. Es wird empfohlen, dass „viele Länder auf Erbschafts- und Vermögenssteuern“ zurückgreifen könnten, bzw. die „Steuer progressiver machen könnten, da sie die Möglichkeit haben, die oberen Grenzsätze für Privatpersonen zu erhöhen“.

Noch nie hat es eine solche Nähe zwischen IWF-Vorschlägen und Vorschlägen des OGBL gegeben

Für den OGBL sind die Absicherung und der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, ob im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungswesen, im Transportbereich oder bei anderen staatlichen und kommunalen Dienstleistungen, seit jeher prioritäre Anliegen.

Im Gesundheitswesen haben Privatisierung und Profitlogik nichts verloren. Den gesellschaftlichen Schaden, den sie seit Jahren in vielen Ländern der Welt anrichten trat im Verlauf der Covid-19-Pandemie deutlich zu Tage.

Die Regierung ist dringend, ohne weiteren Zeitverzug dazu aufgefordert ist, ohne Wenn und Aber und mit aller Konsequenz die bri-

sant aktuellen, sehr aggressiven Bestrebungen für eine private Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, insbesondere im ambulanten Bereich, zu stoppen und, im Gegensatz dazu, ebenso konsequent den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens zur absoluten Priorität zu machen. Diese Stoßrichtung muss u.a. zum leitenden Prinzip der Diskussionen auf dem sogenannten „Gesundheitsdösch“ werden.

Anlässlich der offiziellen Präsentation ihres elften Sozialpanoramas hat die Arbeitnehmerkammer die weitere Zunahme der sozialen Ungleichheiten in Luxemburg festgestellt. Die Schere zwischen den unteren bzw. mittleren Einkommen und den hohen Einkommen klappt noch weiter auseinander, das Armutsrisiko liegt nun über dem europäischen Mittelwert und bei den sogenann-



ten „working poor“ nimmt Luxemburg jetzt die Spitzenposition in Europa ein.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass auch Luxemburg eine, wie es der IWF formuliert, „Gerechtigkeitsspritze für alle“ über eine gezielte Umverteilungspolitik braucht.

Die Steuerlandschaft ruft seit langem nach einer guten Dosis an mehr Gerechtigkeit

Die Steuerreform von 2017 hat im Wesentlichen nur die seit 2009 erlittenen zusätzlichen Steuerbelastungen ausgeglichen, die infolge der Nichtanpassung der Steuertabelle an die Inflationsentwicklung, der sogenannten „kalten Progression“ entstanden waren und die, proportional gesehen, vor allem die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensschichten mindert.

Wenngleich im Verlauf der letzten Jahre, die Inflationsbewegung verlangsamt ist, so bleibt der Umstand, dass seit 2017 die „kalte Progression“ wiedereingesetzt hat. Die kaufkraftfressenden Steuererhöhungen können nur dann grundsätzlich aus der Welt geschafft werden, wenn die Regierung endlich den seit langem geforderten Mechanismus der automatischen Anpassung der Steuertabelle an die Inflationsentwicklung einführt.

Mehr Steuergerechtigkeit bei gleichzeitiger Erhöhung der steuerlichen Progressivität setzt einerseits eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen über den Weg einer Streckung der bestehenden Steuerprogression, und andererseits für hohe Einkommen den Ausbau der Steuerprogression mittels zusätzlicher Steuerstufen und entsprechender Erhöhung des Spitzensteuersatzes voraus. An der Regierung Farbe zu bekennen.

Eine Hauptursache für die ungerechte Verteilung der Steuerlast ist die Schiefelage bei der Besteuerung der Kapitaleinkünfte im Vergleich zu den Lohneinkommen. Eine „Mobili-

sierung der steuerlichen Kapazitäten“ des Staates setzt die höhere Besteuerung der Kapitaleinkünfte voraus. Eine Aufgabe, der sich die Regierung ebenfalls stellen muss.

Eine Stärkung finanzieller Kapazitäten für öffentliche Zukunftsinvestitionen im Allgemeinen und für den Klimaschutz und die Sicherung der natürlichen Ressourcen im Besonderen und für eine sozial gerechte Strategie der Krisenüberwindung verbietet ebenfalls eine Steuerpolitik, die auf eine weitere Absenkung der Betriebsbesteuerung abzielt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die aktuelle Regierung diese bereits zweimal abgesenkt hat.

Die Umverteilungsfrage stellt sich ebenfalls im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Wohnkrise

Neben der Entwicklung der Einkommensunterschiede und der ungerechten Besteuerung der Einkommen ist es in erster Linie die Wohnkrise, die die soziale Ungleichheit in Luxemburg vertieft. Sowohl in Bezug auf die Wohnmöglichkeiten, auf die Wohnqualität als auch auf die allgemeinen materiellen Perspektiven wachsender Teile der Bevölkerung.

Die finanziellen Belastungen bei den Wohnkosten haben für die untere Einkommensschicht das Maß des Erträglichen überschritten und zunehmend trifft diese Entwicklung auch auf mittlere Einkommensschichten zu. Und es sind nicht nur mehr die mietenden Haushalte, die davon betroffen sind.

Der Prozess der (Um-)Verteilung von Boden und Immobilien zugunsten der oberen Einkommensschicht hat ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr vertretbar ist.

Nur über den Weg einer gesetzlichen Steuerregulierung wird es möglich sein, dieser ausufernden Vermögensanhäufung auf Kosten der Allgemeinheit und des Grundrechts Wohnen entgegenzuwirken.

Der diesbezügliche Appell des OGBL an die für die Reform der Grundsteuer verantwortliche Innenministerin lautet: eine stärkere Besteuerung des aus spekulativen Gründen brachliegenden Baulands reicht nicht aus!

Einer exzessiven Anhäufung von Bauland und Immobilien in den Händen weniger kann nur durch die Einführung einer progressiven Grundsteuer Einhalt geboten werden.

Und sollte es die Regierung nicht über den Weg der Grundsteuer machen wollen, dann muss sie es in dieser Legislaturperiode über den Weg einer anderen Form der progressiven Vermögensbesteuerung für diesen Besitzbereich machen. ◊




 Nora Back Präsidentin des OGBL
 André Roeltgen

Ein recht bescheidener erster „Aufbau- und Resilienzplan“

Ende April hat die luxemburgische Regierung ihren ersten „Aufbau- und Resilienzplan (PRR) bei der Europäischen Kommission eingereicht. Dieser neue Plan ergänzt, aber ersetzt nicht die bestehenden Pläne und Programme, die ebenfalls zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen und nach Brüssel übermittelt wurden und die ein integraler Bestandteil des Verfahrens des Europäischen Semesters sind, nämlich das „Stabilitäts- und Wachstumsprogramm“ (PSC) und das „Nationale Reformprogramm“ (PNR).

Während sich das PSC hauptsächlich auf die Haushaltsperspektiven konzentriert, deckt das PNR verschiedene Aspekte der makroökonomischen Entwicklung, aber auch Ziele in Bezug auf die makroökonomische Entwicklung und die Beschäftigungspolitik ab. Für das Jahr 2021 ist das luxemburgische PNR zu einem „Nationalen Plan für eine grüne, digitale und inklusive Transition“ geworden.

Der jüngste der drei Pläne, der PRR, ist Teil der europäischen Konjunkturpolitik im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Die Mitgliedsländer sind verpflichtet einen solchen Plan vorzulegen, um von den im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms vorgesehenen Mitteln profitieren zu können. Das Europäische Konjunkturprogramm, auch bekannt als „Next Generation EU“, sieht die Freigabe von 750 Milliarden Euro zur Unterstützung und Stimulierung der wirtschaftlichen Erholung vor. Allein für das Aufbau- und Resilienzinstrument stehen bereits 672,5 Mrd. € in Form von Darlehen und Subven-

tionen zur Verfügung, demnach der größte Teil des geplanten Betrags.

Auf den ersten Blick sind diese Bemühungen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen, zu begrüßen; sie bietet sicherlich einen starken Kontrast zur neoliberalen Austeritätspolitik, die nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 umgesetzt wurde. Allerdings wurde der Anteil der direkten, nicht rückzahlbaren Subventionen vom europäischen Ministerrat gegenüber dem ursprünglichen Plan bereits deutlich von 500 Mrd. € auf 390 Mrd. € reduziert. Und es ist zu befürchten, dass das geplante Konjunkturprogramm weit hinter dem zurückbleibt, was wirklich notwendig ist, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und den digitalen und ökologischen Wandel unter den bestmöglichen Bedingungen, d.h. wohlverstanden auch unter sozialen und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten, stattfinden zu lassen. Verglichen mit den Summen, die die Biden-Administration in den Vereinigten Staaten vorgesehen hat auszugeben

(mehr als 2 Billionen Dollar an Investitionen), vermittelt der europäische Plan eher einen schwachen Eindruck. Einige Ökonomen schätzen sogar, dass die Auswirkungen des US-Konjunkturprogramms auf die europäische Wirtschaft größer sein werden als die des europäischen Konjunkturprogramms.

Wie dem auch sei hat Luxemburg Anspruch auf 93 Millionen Euro an Subventionen aus europäischen Fonds, die daher an die Vorlage eines nationalen PRR gebunden sind. Es gilt zu unterstreichen, dass die Europäische Kommission darauf bestand, dass die Erstellung dieser nationalen Pläne im Dialog mit den Sozialpartnern erfolgen sollte.

Es muss unterstrichen werden, dass ein echter sozialer Dialog nicht stattgefunden hat. Sowohl für die Gewerkschaften als auch für die Vertreter der Arbeitgeber, die UEL, war mit der Verabschiedung der neuen europäischen Bestimmungen klar, dass diese Konsultation im Rahmen der



im Rahmen des Europäischen Semesters geplanten Treffen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern stattfinden sollte. 2020 hatte unter dem Vorwand von Covid-19 kein Treffen stattgefunden, obwohl man durchaus hätte erwägen können, zumindest eine Konsultationssitzung in Form einer Videokonferenz abzuhalten.

Schon zu Beginn des Jahres traten die Sozialpartner an den Premierminister heran, um die traditionellen Treffen im Rahmen des Europäischen Semesters wieder vorzusehen. Xavier Bettel reagierte zustimmend, und ein Treffen wurde für den 30. März 2021 einberufen.

In der Zwischenzeit hatte der OGBL zusammen mit den anderen national repräsentativen Gewerkschaften eine

ausführliche Stellungnahme erarbeitet, in der sie ihre Vorschläge und Forderungen zu den sechs von der Europäischen Kommission identifizierten Handlungsfeldern zusammenfasste:

- die grüne Transition,
- die digitale Transformation,
- intelligente, nachhaltige und integrative Arbeitsplätze und Wachstum
- sozialer und territorialer Zusammenhalt,
- Gesundheit und Resilienz,
- Politik für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche, einschließlich Bildung und Kompetenzen.

(Siehe hierzu den Artikel „Die Arbeitnehmer dürfen nicht für diese Krise bezahlen!“ in Aktuell 02/21).

Die Gewerkschaften legten diesen Text dann den Arbeitgebervertretern vor, die ihr eigenes Dokument eingebracht hatten, in dem es vorwiegend um die Investitionspolitik ging. Im kleinen Kreis wurden dann die Übereinstimmungen und Gegensätze zwischen den beiden Dokumenten ermittelt. Auf dieser Grundlage wurde ein gemeinsames Dokument erarbeitet, das den Regierungsvertretern auf der Sitzung am 30. März 2021 vorgelegt und anschließend auf der Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialrats am 30. April 2021 als jährliche Stellungnahme verabschiedet wurde. Es ist hervorzuheben, dass dies die erste gemeinsame Stellungnahme von Gewerkschaften und Patronat zur wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Entwicklung des Landes seit mehr als 10 Jahren ist!

Trotz dieser historischen gemeinsamen Position der Sozialpartner war der Verlauf des Treffens am 30. März jedoch sehr enttäuschend. Letztlich beschränkte sich das Treffen auf die Präsentation der jeweiligen Planentwürfe der Regierung (der erste Entwurf des PRR war bereits vor dem ersten Austausch mit den Sozialpartnern nach Brüssel geschickt worden!) und des gemeinsamen Dokuments der Sozialpartner. Man kann nicht wirklich von einem Dialog sprechen, da es keinen wirklichen Austausch von Positionen gab. Am Ende des Treffens sah der Premierminister nicht unbedingt das Bedürfnis eines zweiten Treffens, um diesen Austausch zu haben, sondern verwies auf... neue Bipartiten.

Während die Regierung zuvor oft die unüberwindbaren Differenzen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern angeführt hatte, um die Organisation eines Tripartite-Treffens auf den Nimmerleinstag aufzuschieben, blieb der Premierminister genau in dem Moment, in dem die Sozialpartner eine gemeinsame Position präsentierten, in der Logik der getrennten Diskussionen.

Auf das Beharren sowohl der national repräsentativen Gewerkschaften als auch der UEL, dass ein zweites Treffen vor der Fertigstellung des PRR unbedingt notwendig sei, stimmte der Premierminister schließlich zu, die Sozialpartner am 27. April 2021 erneut zu einer Videokonferenz einzuberufen, drei Tage bevor der Plan an die Europäische Kommission geschickt werden wurde.

Leider war dieses zweite Treffen nicht viel produktiver als das erste. Es wurde deutlich, dass die Regierung keineswegs die Absicht hatte, die gemeinsamen Vorschläge der Gewerkschaften und des Patronats zu berücksichtigen. Es ist klar, dass der Ansatz der Regierung und der der Sozialpartner, für die der PRR klare Perspektive aufzeigen sollte, um den Herausforderungen der ökologischen und digitalen Transition zu begegnen, einen nachhaltigen wirtschaftlichen Auf-

**Der PRR Ausgabe 2021 zeigt keinen Ausweg aus der Krise,
er zeigt keine wirklichen Zukunftsperspektiven,
er ist den Herausforderungen der Gegenwart nicht gewachsen,
und er wurde von der Regierung nach einer Vortäuschung
von Sozialdialog verabschiedet. Die Regierung
kann es besser machen!**

schwung zu gewährleisten, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen, Lehren aus den Defiziten des Gesundheitssystems zu ziehen, die während dieser Pandemie aufgetreten sind, eine Bildungspolitik zu entwickeln, die den heutigen Herausforderungen gerecht mir...

Seitens der Regierung, diente der Ende April nach Brüssel geschickte PRR – ähnlich wie bisher der PNR – vor allen dazu, die Initiativen der verschiedenen Ministerien in den drei Bereichen, die von der Regierung als prioritär definiert wurden, nämlich sozialer Zusammenhalt und Resilienz, grüner Übergang sowie Digitalisierung, Innovation und Steuerung, zusammen zu stellen.

Die 180 Seiten des PRR beinhalten unter anderem verschiedene bereits geplante Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan (INEKP), die Umsetzung eines „pacte logement“ 2.0 und eines Naturpakts mit den Gemeinden, die Organisation eines „Gesundheitsdösch“, um eine „neue und transparente Steuerung“ des Gesundheitssystems zu diskutieren, und die Einberufung eines „Skillsdösch“ (tatsächlich von der Tripartite im Juli 2020 beschlossen).

Kurz gesagt, es handelt sich um ein Dokument, das kürzlich verabschiedete Maßnahmen und laufende Projekte und Prozesse zusammenfasst, aber es ist sicherlich kein Plan, der Perspektiven für die nächsten Jahre bietet oder der die Weichen für die wirtschaftliche Erholung und den Ausstieg aus der Krise stellt.

Obwohl der OGBL von Beginn der sanitären Krise an auf die Bedeutung der Sicherung und Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer und ihrer Familien hingewiesen hat, sieht der Plan in dieser Hinsicht praktisch nichts vor. Weitreichende Maßnahmen zur Beendigung des Wohnungsnotstandes sind nicht in Sicht, während die Wohnkosten zwischen dem letzten Quartal 2019 und dem letzten Quartal 2020 um 16,7% gestiegen sind!

Es gibt keine Initiative zur Einleitung von Diskussionen, um einen gerechte Transition im Kampf gegen den Klimawandel zu gewährleisten. Es gibt keine klaren Hinweise darauf, wie die Regierung das Gesundheitssystem widerstandsfähiger machen will, usw., usw.

In einigen Punkten sind die im endgültig beschlossenen PRR vorgesehenen Investitionen sogar deutlich niedriger als im ursprünglichen Entwurf. Die Regierung hatte vorgesehen, 330 Millionen Euro auszugeben, aber am Ende blieben 182 Millionen Euro übrig. Und das, obwohl sich sowohl die finanzielle Situation des Staats als auch die wirtschaftlichen Aussichten seit Anfang 2021 deutlich verbessert haben.

Allein für das Projekt „Digital Skills“, also die geplanten Schulungen, die die Arbeitnehmer auf den digitalen Wandel vorbereiten sollen, bleiben nur noch 8,5 Millionen Euro übrig, statt der ursprünglichen 30 Millionen Euro. Diese Summe wird zur Verfügung gestellt, um die Maßnahme des Arbeitsministeriums umzusetzen, Kurzarbeiten 500 €-Gutscheine für die Teilnahme an Schulungen im digitalen Bereich anzubieten. Dies ist sicherlich eine begrüßens-



werte Maßnahme, aber ihre Wirkung wird notwendigerweise begrenzt bleiben (eine Bewertung auf Ebene des Konjunkturkomitees ist geplant).

Im Hinblick auf die geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot stellen wir mit Erstaunen fest, dass die geplanten Ausgaben für das Projekt „Neischmelz“ in Dudelange von 117 Mio. auf 51 Mio. Euro geschrumpft sind! Sind dies bereits die ersten Anzeichen einer restriktiveren Investitionspolitik? Für den OGBL wäre

dies auf jeden Fall die falsche politische Entscheidung.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der PRR Ausgabe 2021 zeigt keinen Ausweg aus der Krise, er zeigt keine wirklichen Zukunftsperspektiven, er ist den Herausforderungen der Gegenwart nicht gewachsen, und er wurde von der Regierung nach einer Vortäuschung von Sozialdialog verabschiedet. Die Regierung kann es besser machen! ◊




Frédéric Krier

Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Der neue Gesetzentwurf zu den Familienzulagen

Re-Indexierung: Die Ankündigungen der Ministerin reichen nicht aus

Vor kurzem bestätigte Familienministerin Cahen die geplante Wiedereinführung der Indexierung des Kindergeldes ab dem 1. Januar 2022.

Die Wiedereinführung der Indexierung, die bekanntlich 2006 abgeschafft wurde, ist eine teilweise Antwort auf die Forderung des OGBL. Diese Maßnahme verhindert allerdings nur, dass die inflationsbedingte Entwertung der Familienzulagen weiterläuft.

Sie ändert nichts an der Tatsache, dass beim Kindergeld seit 15 Jahren keine Anpassung an die Entwicklung der Lebenskosten stattgefunden hat. Schlimmer noch, 2016 wurde ab dem zweiten Kind das Kindergeld herabgesetzt. Und das Ende 2014 mit den Gewerkschaften getroffene Abkommen, das die Einführung

eines Mechanismus für die Anpassung der Familienzulagen an die allgemeine Lohnentwicklung vorsieht, wurde von der Regierung bis heute nicht umgesetzt. Insofern ist die angekündigte Indexierung nur die halbe Miete wert. Der Rest hat als Wortbruch weiterhin Bestand.

Angesichts der Tatsachen, dass zum einen das Armutsrisiko weiterhin ansteigt, und dass es in erster Linie andererseits einkommensschwache Haushalte sind, die materielle Verluste im Verlauf der Covid-Pandemie erlitten haben, hatte der OGBL im Januar von der Familienministerin zumindest eine sofortige Anpassung der Familienbeihilfen von 7,7% gefordert – als Ausgleich für die erlittenen Verluste seit 2014.

Die Aussagen der Familienministerin von

letzter Woche deuten darauf hin, dass die Regierung diesbezüglich noch kein Entgegenkommen in Betracht zieht. Deshalb erneuert der OGBL seine Forderungen.

Darüber hinaus verweist der OGBL auf das Risiko einer Mogelpackung. Die rezenten Inflationsprognosen des STATEC sehen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass noch Ende 2021 eine Indextranche erfallen könnte. Sollte aufgrund dieses Szenarios die Indexierung des Kindergeldes erst am 1. Januar 2022 einsetzen, würde sie erst mit der darauffolgenden Indextranche, voraussichtlich im Jahr 2024, erstmals erfallen. Der OGBL fordert von der Regierung, dass im Falle einer Indextranche noch in diesem Jahr, diese bei der Wiedereinführung der Indexierung des Kindergeldes zum 1. Januar 2022 mitberücksichtigt wird. ◊

Haushaltserwägungen überwiegen letztlich gegenüber einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik

Im April 2020 erhielt Luxemburg eine neue Klatsche vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH). Ein Schlag ins Gesicht, der auf eine lange Reihe von Verurteilungen wegen Diskriminierung von Kindern im Ausland wohnender Arbeitnehmer folgt, angefangen mit der Verurteilung des Biltgen-Gesetzes, das 2010 die Stipendien und Familienleistungen reformierte.

In ihrem Urteil von April 2020 waren die EuGH-Richter der Auffassung, dass die Neuformulierung der Artikel 269 und 270 des Gesetzbuches der Sozialversiche-

rung (CSS), wie sie im Rahmen der Reform der Familienleistungen 2016 beschlossen wurde, gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt. Gemäß dem erklärten Ziel der Reform, das Kind in den Mittelpunkt des Systems zu stellen (daher auch die Umbenennung der Nationalen Kindergeldkasse in „Zukunftskasse“), wurde in dem betreffenden Gesetz der Grundsatz des Anspruchs auf Familienleistungen für jedes auf luxemburgischem Staatsgebiet ansässige Kind sowie für „eheliche, uneheliche und Adoptivkinder“ jedes nicht ansässigen Arbeitnehmers, der der luxemburgischen

Sozialversicherung angeschlossen ist, verankert.

Es ist dieses letzte Kriterium, d. h. die Notwendigkeit einer Eltern-Kind-Beziehung für die Kinder von gebietsfremden Arbeitnehmern, das vom EuGH als diskriminierend angesehen wurde, und Luxemburg wurde daher aufgefordert, seinen Entwurf zu überprüfen. Das Gesetz schließt nämlich die Kinder des Ehe- oder Lebenspartners des Grenzgängers aus, für die keine Eltern-Kind-Beziehung besteht, für die der Arbeitnehmer aber dennoch Unterhalt leistet.

Für den OGBL könnte Luxemburg dem EuGH-Urteil leicht nachkommen, indem es einfach verlangt, dass der Grenzgänger für den Unterhalt des Kindes seines Ehe- oder Lebenspartners sorgt, um Anspruch auf Familienleistungen zu haben. Dies ist in der Tat der vom EuGH empfohlene Weg.

Familienministerin stellt das Ziel der Reform 2016 in Frage

Die Familienministerin Corinne Cahen wollte diese Lösung jedoch nicht übernehmen. Der kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf geht in eine ganz andere Richtung. Mit der politischen Entscheidung, die Zahl der potenziellen Empfänger von Familienleistungen (und damit die daraus resultierende Belastung des Staatshaushalts) nicht zu erhöhen, hat die Ministerin daher beschlossen, einen Rückzieher zu machen und damit den eigentlichen Zweck der Reform von 2016 in Frage zu stellen, nämlich: das Kind in den Mittelpunkt des Systems zu stellen, die Familienleistungen zu einem persönlichen Recht des Kindes und nicht der Eltern zu machen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Rückkehr zu einer Logik vor, nach der erst die Zugehörigkeit eines der Elternteile, die eine direkte Beziehung zum Kind haben, zum luxemburgischen Sozialversicherungssystem den Anspruch auf die Familienleistungen begründet (in diesem Punkt ist es eine Rückkehr zum Gesetz vom 10. August 1959!). Der seit 1985 vorherrschende Begriff des Kinderrechts wird damit schlichtweg aufgegeben. Man könnte sich sogar fragen, ob die Regierung nicht auch eine Umbenennung des Fonds für die Zukunft der Kinder plant...!

Der Gesetzentwurf entspricht nicht den Anforderungen des Gerichtshofs der Europäischen Union

Der Grundsatz der Abstammung wird damit wieder wichtiger als der des Rechts des Kindes. In Wirklichkeit ist es ganz klar, dass das politische Ziel vor allem darin besteht, einen Anstieg der Zahl der begünstigten Kinder zu vermeiden. Eine Folge davon – und das räumt die Regierung ein – ist, dass einige derzeitige Leistungsempfänger, die

auf dem Staatsgebiet wohnen, von der Leistung ausgeschlossen werden: Kinder von Studenten, die dem Sozialversicherungssystem nicht angeschlossen sind, Kinder von europäischen Beamten oder von Eltern, deren Einkommen aus anderen Quellen stammt und die nicht dem Sozialversicherungssystem angeschlossen sind (zum Beispiel Situationen mit unbezahltem Urlaub). Nach der Schätzung im Gesetzentwurf werden bis zu 340 Kinder, die derzeit die Leistungen erhalten, ihren Anspruch nach dem neuen Gesetz verlieren. Obwohl der Gesetzentwurf für diese Kinder Übergangsregelungen vorsieht, verliert jedes künftige Kind in der gleichen Situation seinen Anspruch auf die Leistungen endgültig. Der Gesetzentwurf zielt daher nicht nur darauf ab, einen Anstieg der Zahl der Begünstigten zu vermeiden, sondern diese Zahl auch langfristig zu reduzieren.

Anzumerken ist auch, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs die Situation von Leiharbeitnehmern nicht erwähnt wird, die mehrere Unterbrechungen in ihrer Zugehörigkeit haben und deren Kinder daher auch von dem neuen Gesetz betroffen sein könnten.

Schließlich muss man feststellen, dass der Gesetzentwurf nicht den Anforderungen des EuGH entspricht. Es gibt immer noch eine indirekte Diskriminierung der Kinder von nicht-ansässigen Arbeitnehmern. Die Kinder der Lebens- oder Ehepartner von nicht ansässigen Arbeitnehmern, die von letzteren unterhalten werden, sind weiterhin ausgeschlossen. Wir können daher eine ganz neue Welle von Diskriminierungsklagen von Nichtansässigen erwarten.

Der überholte Begriff des Abstammungsverhältnisses entspricht nicht mehr der heutigen Realität

Aus rein finanziellen Gründen zieht es die Regierung vor, weiterhin auf den veralteten Begriff der Abstammung zu setzen, der jedoch überhaupt nicht mehr der heutigen Realität entspricht, die viele neu zusammengesetzte Familien umfasst und die daher mit dem neuen Gesetz weiterhin diskriminiert werden, wenn es in dieser Form abgestimmt wird.

Die Kindergeldreform 2016 war durch die Stärkung des Kinderrechtsgedankens Teil fortschrittlicher gesellschaftlicher Reformen, die die blau-rot-grüne Koalition vor allem in ihrer Anfangszeit umsetzte. Es stimmt, dass finanzielle Erwägungen auch damals nicht fehlten – zur Erinnerung: Der OGBL war nicht gegen das Prinzip eines einzigen Betrags pro Kind, sondern gegen die Tatsache, dass der ab dem zweiten Kind erhaltene Betrag niedriger ausfiel als der vorherige.

Mit diesem neuen Gesetzesentwurf zeigt die Regierung jedoch endgültig, dass Überlegungen, die auf eine Begrenzung der Ausgaben abzielen, letztlich Vorrang vor der Einrichtung eines Familienleistungssystems haben, das den Bedürfnissen und Realitäten der heutigen Familien wirklich gerecht wird.

Der OGBL fordert die Beibehaltung des Persönlichkeitsrechts für Kinder von in Luxemburg ansässigen Eltern und die Aufgabe des Kriteriums der Abstammung für Kinder nicht ansässiger Eltern, damit endlich eine wirklich fortschrittliche Familienpolitik betrieben werden kann. ◊



Das Wohnen in Luxemburg ist in der Krise. Wo bleiben die Antikrisenmaßnahmen?

Die negativen Prognosen waren eine Unterschätzung. Die aktuellen Zahlen zur Preisentwicklung im Bauland und -Immobilienbereich übertreffen die schlimmsten Befürchtungen. Ein Ende der Krisenentwicklung ist nicht in Sicht.

Die finanzielle Überbelastung, der immer mehr Haushalte ausgesetzt sind, trifft mittlerweile nicht nur die Mehrheit der Mieter, sondern auch Eigentümer, in erster Linie neue Eigentümer und junge Menschen. Sie verdeutlicht die soziale Schieflage, die politisch skandalös ist, weil sie das überflüssige Resultat der chronisch verfehlten Wohnungspolitik mehrerer Regierungen ist.

Fakt ist, dass auch die aktuelle Regierung, die mittlerweile seit acht Jahren im Amt ist, es nicht geschafft hat, die Krisenentwicklung in irgend einer Art und Weise einzudämmen.

Die Ursache hierfür ist ihre Politik der kleinen und zaghaften Schritte, die aufgrund fehlenden Willens und Courage weder ausreicht noch angepasst ist, um die Krisensituation zielführend zu bekämpfen. Eine Krise, die im Vergleich dazu mit großen Schritten weiter voranschreitet und die Perspektiven guten Wohnens und Lebens vieler Bürger vorhersehbar über Jahre, vermutlich über Jahrzehnte hinweg empfindlich beeinträchtigt.

Angesichts der Entwicklungen der beiden letzten Jahre interessiert es die Betroffenen nicht, wenn Minister und

ihre Parteien ihren politischen Spielraum auf das zu reduzieren versuchen, was im Koalitionsabkommen von 2018 steht. Die Bekämpfung der Covid-Pandemie stand auch nicht im Koalitionsabkommen. Und sie wird bekanntlich und erfreulicherweise auch nicht mit Aspirin bekämpft. Auch interessiert es die Betroffenen nicht, wenn heute, zweieinhalb Jahre (!) vor den nächsten Parlamentswahlen versucht wird, auf zukünftige politische Wahlprogramme zu vertrösten. Als würde die Wohnkrise ein 30-monatiges Stillhalteabkommen mit den Regierungsverantwortlichen eingehen.

Vergangene falsche oder unterlassene politische Entscheidungen sind im Nachhinein nicht mehr rückgängig zu machen. Aber ein konsequentes politisches Entgegensteuern kann die Auswirkungen der Versäumnisse schrittweise mindern und mittel- bis langfristig sogar beseitigen.

Die Betonung liegt auf „konsequentes“ Entgegensteuern. Eine andere Bezeichnung hierfür lautet: „Das Ergreifen von Antikrisenmaßnahmen“.

Die Versäumnisse der Vergangenheit bestimmen das Ausmaß der zu ergreifenden Antikrisenmaßnahmen

Die politischen Unterlassungen im Kampf gegen die grassierende Boden- und Immobilienspekulation werden nicht durch die erfolgte Reform der Besteuerung der „Fonds d'Investissements Spécialisés (FIS)“ ausgeglichen. Diese hat



eine eklatante Steuerungsgerechtigkeit, die nie hätte eingeführt werden dürfen, in die Schranken verwiesen. Das ist gut so. Aber die Spitze des Eisbergs der Spekulation im Wohnbereich hat sie bestenfalls sanft gestreift. Mehr nicht.

Die angekündigte, längst fällige nationale Steuermaßnahme gegen das Zurückhalten von Bauland bzw. gegen den Leerstand

von Wohnungen ist notwendig und wichtig. Unter der Voraussetzung, dass sie, was Umfang und Tiefe anbelangt, fühlbar sein wird, kann sie der Spekulation in einem Teilbereich zusetzen. Indem sie aber in erster Linie der Mobilisierung der Bauaktivität dient, trägt sie wenig bei im Kampf gegen die allgemeine spekulative Dynamik der ausufernden Vermögensanhäufung und (Um-)Verteilung von Boden und Immobilien in den Händen und zugunsten weniger.

Auf völliges Unverständnis stößt das Gesetzesvorhaben des Wohnungsbauministers zur Reform des Mietvertrags, das, um nur ein Beispiel zu nennen, an einer gesetzlichen Obergrenze der Mietpreise festhält, die anachronistisch losgelöst und im Widerspruch zu den Fundamentaldaten sowohl der wirtschaftlichen Rendite als auch der Einkommensentwicklung der Bevölkerung keine positive Wirkung auf die Preisbildung im Mietbereich haben wird. Der Minister täte gut daran, sich von den diesbezüglichen Vorschlägen der Arbeitnehmerkammer inspirieren zu lassen, die u.a. die Mietpreise und ihre Obergrenze an die Einkommensentwicklung der Bevölkerung anknüpfen.

Das Gesetzesvorhaben „Pacte logement 2.0“ hinkt weit hinter dem Notwendigen her

Dieses Gesetzesvorhaben wird, falls es in der vorliegenden Fassung gestimmt wird, den massiven Nachholbedarf beim öffentlichen Wohnungsbau und bei den Wohnungen in öffentlicher Hand nicht zielführend verringern.

Nachdem die Regierung völlig zutreffend festgestellt hatte, dass der „Pacte logement 1.0.“ gescheitert ist und nichts eingebracht hat, hätte man meinen können, dass der Gesetzesvorschlag für den „Pacte logement 2.0.“ das Ruder herumreißen würde.

Es gibt positive Ansätze. Fakt ist allerdings auch, dass positive Ansätze eben

**Die angekündigte,
längst fällige nationale
Steuermaßnahme gegen
das Zurückhalten von
Bauland bzw. gegen
den Leerstand von
Wohnungen ist
notwendig & wichtig**

nur Ansätze sind und als solche keine befriedigende Antwort auf das Krisenproblem hergeben.

Der erste Ansatz ist der, dass bei neuen Bebauungsplänen der prozentuale Abgabeanteil des Baugrunds an die öffentliche Hand definitiv in öffentlicher Hand bleiben soll. Der zweite ist der, dass dieser Baugrund von den privaten Bauträgern ohne finanzielle Gegenleistung an die öffentliche Hand abgetreten werden muss.

Und jetzt zur Kritik. Der zweite Ansatz, der in einem Änderungsvorschlag zum initialen Gesetzesvorhaben von der Regierung eingebracht wurde, wird unnötigerweise und kontraproduktiv sehr teuer erkaufte. Als „Gegenleistung“ an die privaten Bauträger soll erstens der im initialen Gesetzesvorhaben vorgesehene prozentuale Abgabeanteil des Baugrunds an die öffentliche Hand (neue Bebauungspläne, bei denen bislang nicht bebaubarer Grund in Bauland umklassiert wird) massiv gesenkt werden. Und zweitens soll zusätzlich bei allen neuen Bebauungsplänen (also auch bei solchen, die bereits als Bauland ausgewiesen sind) die erlaubte Bebauungsdichte des gesamten Bebauungsplans um 10% erhöht werden. Das Verdienen goldener Nasen inklusive Luxusuhren soll abstrichlos fortgesetzt werden können.





Was der Wohnungsminister der Öffentlichkeit als „Win-Win“-Situation zu verkaufen versucht, demonstriert nicht nur die zaghafte und unzulängliche politische Bekämpfung der Wohnungskrise. Das von der Regierung mitgelieferte Rechenbeispiel motiviert die oben beschriebene „Gegenleistung“ als Absicherung einer 25% Gewinnmarge (!!!) für die privaten Bauträger! Die Lobbyisten der privaten Bauträger verdienen Respekt. Sie haben gute Arbeit geleistet. Auf Kosten des prozentualen Anteils an Baugrund für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Der Wohnungsminister und mit ihm die ganze Regierung sind vor einer der Hauptursachen der Wohnungskrise, nämlich der Renditenjagd im Immobilienbereich, eingeknickt. Als erste Reaktion hatte der OGBL am 6. April seine Ablehnung trefend mit dem Satz „Wer kleine Brötchen bäckt, wird die Wohnungskrise nicht meistern“ betitelt.

Die Forderung der Gewerkschaft lautet ganz einfach: Der im initialen Gesetzesvorhaben vorgesehene prozentuale Anteil an Baugrund für den gemeinnützigen Wohnungsbau muss wieder auf den Tisch! Und bei neuen Bebauungsplänen auf bereits bestehendem Bauland muss die Erhöhung der erlaubten Bebauungsdichte zu einer Erhöhung des prozentualen Anteils an Baugrund für den gemeinnützigen Wohnungsbau führen.

Im Übrigen ist es zu bedauern, dass der Gesetzesvorschlag in Bezug auf den prozentualen Anteil an Baugrund für den gemeinnützigen Wohnungsbau keinen präzisen Mindestanteil von öffentlichen Mietwohnungen vorschreibt. Der Nachholbedarf an Mietwohnungen in öffentlicher Hand ist enorm. Zumindest müsste das Gesetz einen solchen Mindestanteil solange verbindlich vorschreiben bis sich der Krisendruck auf die mietenden Haushalte signifikativ abgeschwächt hat.

Seit Jahrzehnten hat die Politik den Rückgang des Anteils an gemeinnützigen Wohnungen in öffentlicher Hand verschuldet.

Längst hätte sie aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Luxemburgs und die durch sie ausgelöste Nachfrage an zusätzlichem Wohnraum eine konsequente Ankurbelung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und die Erhöhung seines proportionalen Bestands vornehmen müssen. Eine Regierung nach der anderen hat es nicht getan und tatenlos den Wohnbereich dem Wirken der sogenannten „freien Marktkräfte“ überlassen, statt eine Marktkorrektur vorzunehmen. Die Konsequenzen dieser politischen Fehlleistung sind bekannt.

Dass ein hoher Bestand an gemeinnützigen Wohnungen in öffentlicher Hand nicht nur die unverzichtbare Antwort auf soziale Wohnungsbedürfnisse ist, sondern

ebenfalls eindämmend auf die Boden- und Immobilienspekulation und auf deren Preisspiralen wirkt, beweist sich am eindrucksvollsten am Beispiel der Wohnungspolitik der Stadt Wien, die zu keinem Zeitpunkt ihr mittlerweile jahrhundertaltes Modell abgebrochen hat, sondern es ständig weiter ausbaut und an die modernen Entwicklungen und Bedürfnisse im Wohnbereich angepasst hat und dies auch weiterhin tut.

Natürlich ist die gegenwärtige Ausgangslage in Luxemburg nicht mit der der Stadt Wien zu vergleichen, weil die ja im Gegensatz zu Luxemburg den öffentlichen Wohnbereich prioritär behandelt hat. Aber ein entschlossener politischer und gesetzlicher Einstieg in ein solches Modell ist ein Zielweg zur Überwindung der historischen Versäumnisse und der Akzentsetzung im Kampf gegen die Wohnkrise.

Die Förderung des Baus gemeinnütziger Wohnungen: eine Investition, die sich finanziell lohnt!

In der Diskussion über die Förderung von gemeinnützigen Wohnungen in öffentlicher Hand wird vonseiten der Politik immer wieder der Einwand des hierfür vermeintlich hohen finanziellen Aufwands und fehlender kommunaler und staatlicher Finanzierungsmittel eingebracht. Dieser Einwand ist zu eng gedacht und erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch.

Wie eben vermerkt, wirkt sich ab einem bestimmten Volumen der gemeinnützige Wohnungspark in öffentlicher Hand als preisstabilisierend, in unserem Fall als eindämmend auf die spekulative Preisexplosion.

Darüber hinaus dürfen in Bezug auf die öffentlichen Finanzen die negativen Auswirkungen der Wohnungskrise nicht außer Acht gelassen werden.

Die Überbelastung der Haushalte durch den krisenbedingten Anstieg der Wohnkosten vermindern die Wirkung der staatlichen Sozialleistungen. Gegen die weitere Erhö-

hung des Armutsrisikos und der sozialen Ungleichheit werden zusätzliche öffentliche finanzielle Mittel fließen müssen.

Die Preisexplosion im Immobilienbereich bindet immer höhere Anteile der Einkommen der Bevölkerung, sei es aufgrund der Mietpreise oder der Kreditverschuldung beim Wohnungskauf. Das Absenken der Kaufkraft verschlechtert nicht nur die materiellen Lebensperspektiven der Bürger, sondern schlägt sich ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Dynamik des Binnenmarktes und auf seine fiskalischen Abgaben nieder.

Andere negativen Auswirkungen sind u.a. die verringerten finanziellen Spielräume für klima- und umweltfreundliche Investitionen im luxemburgischen Wohnpark, was wiederum den Druck auf notwendige öffentliche Finanzhilfen zum Zweck des Erreichens der Klimaziele erhöht. Finanzhilfen, die es nebenbei erwähnt, unverständlicherweise an sozialen Komponenten fehlen.

Eine kohärente Politik der Krisenbekämpfung erfordert den fiskalischen Eingriff in die Spekulation im Immobilienbereich.

Der Prozess der (Um-)Verteilung von Boden und Immobilien hat ein Ausmaß angenommen, das gesellschaftlich nicht länger vertretbar ist.

Der ausufernden Vermögensanhäufung in den Händen weniger und der ihr zugrunde liegende Antrieb der profitablen Kapitalanlage widersprechen den Wohnbedürfnissen und -interessen der Allgemeinheit und verletzen das Grundrecht auf Wohnen.

Letzteres erfordert, wie es der OGBL vorschlägt, die Einführung einer progressiven Steuer, die ab einer bestimmten Höhe des privaten Besitzstandes an Bauland und Immobilien einsetzt.

Die angekündigte Reform der Grundsteuer bietet sich hierfür als eine gute Gelegenheit an. Sie wäre nicht nur ein wichtiger sozialer Schritt gegen die Spekulation und

gegen die ungerechte Verteilung, sondern gleichzeitig ein finanzieller Hebel für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in öffentlicher Hand. Dabei sollte dafür gesorgt werden, dass die Grundsteuer für das Eigenheim neutralisiert bzw. einen Steuerfreibetrag vorsieht.

Die Notwendigkeit der Verteuerung der Spekulation steht als unverzichtbare Anti-Krisenmaßnahme jetzt an. Wer dabei auf kommende Wahlprogramme verweist, verliert und verspielt mindestens drei Jahre und vertröstet auf den hypothetischen Ausgang der Parlamentswahl und auf ein ebenso hypothetisches Koalitionsabkommen im Jahr 2023. So bekämpft man keine Krise!

Und wer bereits jetzt zu kommenden Wahlprogrammen übergeht, der sollte andere wichtige Themen behandeln, wie z.B. Preiskontrollen und -deckelungen bei der Erschließung neuen Baulands oder die gesetzliche Einschränkung des spekulativen Aufkaufs von Boden und Immobilien im Allgemeinen und durch ausländisches Kapital im Besonderen. An Themen für die weitere Krisenbekämpfung fehlt es wahrlich nicht. <




 Nora Back Präsidentin des OGBL
 André Roeltgen

Ein Vorschlag der Arbeitnehmerkammer

Die Renten regelmäßig an die Entwicklung der Löhne anpassen, die Jahresendzulage absichern und die Mindestrenten erhöhen!

Die Rentenreform von 2013 hat einen Automatismus eingeführt, gemäß dem die Rentenanpassung an die Lohnentwicklung gekürzt wird oder ganz ausgesetzt wird, wenn der Beitragssatz, der notwendig ist um die Renten zu finanzieren den aktuellen Beitragssatz übersteigt¹.

Der aktuelle Beitragssatz liegt seit Jahren bei 24% (8% zu Lasten des Arbeitnehmers, 8% zu Lasten des Arbeitgebers, 8% zu Lasten des Staatshaushaltes) und ist seit Jahren etliche Prozentpunkte höher als notwendig, um die Renten zu zahlen. Der Überschuss fließt in die Reserven, deshalb sind die Pensionsreserven so viel höher als eigentlich im Gesetz vorgesehen.

Für unsere Regierenden ist ein solcher Automatismus natürlich äußerst bequem, erlaubt er ihnen doch bei einem eventuellen finanziellen Engpass auf das Instrument der Leistungs- und Ausgabenkürzungen zurückzugreifen ohne eine Debatte über andere Lösungsmöglichkeiten wie eine eventuelle Beitragserhöhung, ein Rückgriff auf die Pensionsreserven, eine Zusatzfinanzierung der Renten durch den Rückgriff auf die Finanzresultate des angelegten Vermögens der Pensionsversicherung, die Einführung neuer Finanzierungsquellen usw. führen zu müssen. Sie können doch nicht anders als das Gesetz zu befolgen.

Ein ebensolcher Automatismus gilt auch für die bescheidene Jahresendzulage, die manchen ein Dorn im Auge zu sein scheint,

obwohl sie relativ gesehen den kleinen Renten am meisten nutzt, also etwas mehr Gleichheit in das System bringt.

Die regelmäßige Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung kürzen oder gar aussetzen und die Jahresendzulage abschaffen würde zu einer weiteren Absenkung der Rentenleistungen führen² und besonders die kleinen Renten treffen und das Armutsrisiko erhöhen und dies würde verhältnismäßig besonders die Frauen treffen, die durchschnittlich niedrigere Renten beziehen³.

Eine Gesetzesänderung würde verhindern, dass Leistungskürzungen ohne parlamentarische Debatten durchgeführt werden, wenn finanzielle Engpässe auftreten.

In dem Sinne hat die Arbeitnehmerkammer auf Vorschlag ihres Vorstandes und der Gruppe der Rentner einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der eine Manipulation der Rentenanpassung und eine Abschaffung der Jahresendzulage ohne Gesetzesänderung unmöglich machen würde. Darüber hinaus sieht der Gesetzesvorschlag eine Erhöhung der Mindestrente vor um das Armutsrisiko bei den Rentnern zu senken.

Da die Arbeitnehmerkammer bloß ein Vorschlagsrecht hat liegt es in der Hand der Regierung, die Abgeordnetenversammlung mit dem Vorschlag zu befassen. Die Abgeordneten können sich allerdings auch aus eigener Initiative mit unserem Vorschlag befassen.

Die Vollversammlung der Arbeitnehmerkammer hat den Vorschlag einstimmig verabschiedet und ihn der Regierung und den Parteien, die im Parlament vertreten sind, sowie den Institutionen und den Organisationen, die Senioren vertreten übermitteln.

Der Gesetzesvorschlag der Arbeitnehmerkammer kann auf der Webseite der Arbeitnehmerkammer (www.csl.lu) – Rubrik Stellungnahmen 2021 – eingesehen werden⁴. ◊

1 Diese Hypothese ist für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich

2 Wir haben die Modulierungen, besser die Manipulierungen der Rentenpassungen seit 2006 nicht vergessen. Sie haben zu einem Anpassungsverlust von 2,7% geführt.

3 Die Ursachen sind bekannt: mehr Teilzeitarbeit als bei den Männern, Unterbrechung der Berufstätigkeit um sich um Kinder und Haushalt zu kümmern, oftmals schlechter bezahlte Berufstätigkeiten; und auch wenn sich dies langsam, zu langsam ändert bleibt dies eine Tatsache für die die heute in Rente sind oder kommen

4 Die Reform von 2013 hat ebenfalls negative Auswirkungen für die jüngeren Generationen. In einem nächsten Artikel werden wir unsere Vorschläge vorstellen, die es erlauben würden unsere Rentenversicherung an die geänderten Berufslaufbahnen der jüngeren Generationen anzupassen und die potenziell negativen Auswirkungen der Reform zu vermeiden oder mindestens abzufedern.



Jean-Claude Reding
Vizepräsident der CSL

Das Streikrecht hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat vor kurzem festgehalten, dass das Streikrecht Vorrang hat vor den „wirtschaftlichen Freiheiten“ des europäischen Binnenmarktes.

Im so genannten Holship-Urteil entschied der EGMR, dass der Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Streikrecht schützt, vom norwegischen Obersten Gerichtshof nicht verletzt worden war, als dieser entschied, dass ein Arbeitskampf der Hafendarbeiter im Hafen von Drammen zum Schutz ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen illegal war.

Die Frachtgesellschaft Holship Norge AS hatte gegen eine seit 1976 geltende Vereinbarung über Löhne und Arbeitsbedingungen für Hafendarbeiter verstoßen, indem sie Leiharbeiter einsetzte. Um die Vereinbarung durchzusetzen, organisierte die norwegische Transportarbeitergewerkschaft (NFT) einen Boykott der Schiffe von Holship Norge AS. Der norwegische Oberste Gerichtshof und der EFTA-Gerichtshof entschieden, dass der Boykott illegal sei, da er die Niederlassungsfreiheit des Unternehmens verletze.

Auf den ersten Blick scheint der EGMR die norwegischen Richter zu bestätigen, doch im Gegensatz zum norwegischen Obersten Gerichtshof weist das Urteil des EGMR darauf hin, dass die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen nicht mit dem Streikrecht gleichzusetzen ist und dieses daher nicht außer Kraft setzen kann. In der Tat argumentiert der EGMR, dass die Niederlassungsfreiheit kein Gegengewicht



zum Grundrecht der Vereinigungsfreiheit darstellt, sondern nur ein Element unter anderen ist, das bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit eines Streiks auf nationaler Ebene berücksichtigt werden muss. Dies ist ein wichtiges Urteil für die europäische Gewerkschaftsbewegung, da es eine klare Hierarchie der Rechtsnormen festlegt, wobei die Rechte der Arbeitnehmer Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben. Diese Frage ist im Kontext des europäischen Rechts seit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs in den Rechtssachen Viking und Laval im Jahr 2007 umstritten. In diesen beiden Urteilen vertrat der Europäische Gerichtshof die Auffassung, dass das Streikrecht nicht bedingungslos sei, sondern verhältnismäßig sein müsse, d. h. nicht über das hinausgehen dürfe, was zur Erreichung

des verfolgten Ziels erforderlich sei, und zwar in Bezug auf die Ausübung der Freiheit eine Dienstleistung anzubieten.

Der Widerspruch zwischen dem Grundrecht auf Streik und der Niederlassungsfreiheit, der im Mittelpunkt der Urteile in den Rechtssachen Viking und Laval stand, wird durch das Holship-Urteil des EGMR zum ersten Mal geklärt.

Ein norwegischer Jurist spricht sogar vom „Tod“ der Urteile Viking und Laval! Für ihn zeigt das Urteil, dass die wirtschaftlichen Freiheiten innerhalb des Rahmens der Menschenrechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, ausgeübt werden müssen, und nicht umgekehrt. ◊

1 verfassungsblog.de/holship/

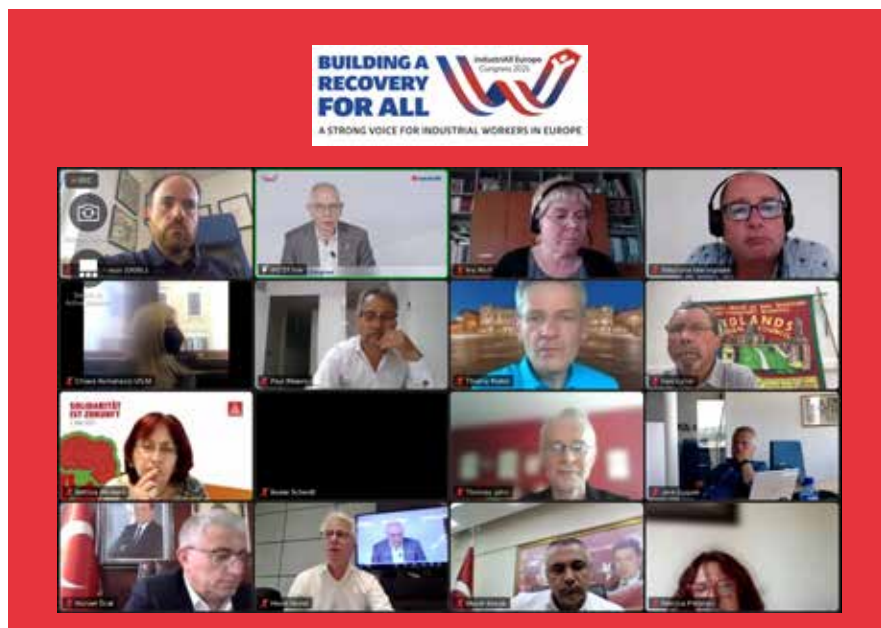
3. Kongress von industriAll Europe

Ein Neustart für alle

Am 1. und 2. Juni nahm eine OGBL-Delegation am 3. Kongress von industriAll Europe teil. Der europäische Verband der Industriegewerkschaften vereint rund 7 Millionen Arbeitnehmer aus 180 Gewerkschaften in 38 europäischen Ländern. Ursprünglich für den Mai 2020 geplant, wurde der Kongress verschoben und fand online statt. Der OGBL wurde durch seine Industriegewerkschaften vertreten.

Anstatt einen Aktionsplan für die nächsten vier Jahre zu beschließen, verabschiedete der Kongress einen strategischen Plan, der die Prioritäten und Aktionen für die nächsten zwei Jahre festlegt. Angesichts des durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen und sozialen Abschwungs und der tiefgreifenden Auswirkungen auf die Sektoren und ihre Arbeitnehmer konzentriert sich der Strategieplan auf die industrielle und soziale Erholung nach der Krise. Außerdem geht es um die Handhabung der beiden laufenden Transformationen: die grüne und die digitale. Beides wurde durch die Pandemie und den Konjunkturplan für Europa beschleunigt. Das zentrale Ziel wird es sein, einen gerechten Übergang zu gewährleisten, der keine(n) ArbeitnehmerIn und keine Region vernachlässigt, und sicherzustellen, dass die ArbeitnehmerInnen im Mittelpunkt dieser Transformationen stehen.

Verschiedene Anträge, die von den Mitgliedern, einschließlich dem OGBL, eingebracht wurden, wurden ebenfalls auf dem Kongress angenommen. Diese Anträge behandelten Probleme, mit denen die Arbeitnehmer und die Mitgliedsorganisationen konfrontiert sind, sowie die diesbezüglichen dLösungen:



- Lohnkonvergenz und faire Löhne in Europa
- Stärkung der gewerkschaftlichen Solidarität in Europa
- Kontrolle der Praktiken von multinationalen Unternehmen gegenüber Arbeitnehmern außerhalb Europas
- Kampf gegen Rechtsextremismus und Abschottung in die eigene Kultur („replidentitaire“)
- Faire Energiewende im Dienste der Arbeitnehmer und der Völker
- Erhöhung der Verhandlungsmacht durch Organisierung des gesamten Industriesektors
- Vermeidung des Verlustes der nächsten Generation von Industriearbeitnehmern
- Suche nach einer friedlichen Lösung in Palästina
- Situation der Kollektivvertragsverhandlungen in der Benelux-Region

Außerdem wurde ein neues Führungsteam eingesetzt. Michael Vassiliadis, Präsident, und Luc Triangle, Generalsekretär, wurden wiedergewählt und bekamen zwei neue Vize-Generalsekretärinnen: Judith Kirton-Darling und Isabelle Barthès. Der OGBL bedankt sich bei ihnen und wird sie bei den kommenden Aktionen unterstützen. ◊



Stefano Araujo

Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Kollektivverträge

Tarkett GDL S.A.

550+ Mitarbeiter

Syndikat Chemie (OGBL-Delegierte 6/9)

Laufzeit: 01.01.2020 - 31.12.2021

- Gewährung eines zusätzlichen freien Tages.
- Indexierung des Urlaubsgeldes.
- Indexierung der Ruhestandsprämie.
- Klärung der „Freeze Protection-Prämie“.
- Senkung der Mindestpause für das Gleitzeitensystem von 1,00 St. auf 0,45 St.
- Arbeitsplatzgarantie für die Laufzeit des Vertrags.

Amer-Sil

101 Mitarbeiter

Syndikat Chemie (OGBL-Delegierte: 2/5)

Laufzeit: 01.01.2021 - 31.12.2022

Urlaubsgeld: Bedeutende Erhöhung des Urlaubsgeldes für Arbeitnehmer die pro Stunde bezahlt werden. Je nach Grundlohn kann diese Erhöhung zwischen 1,5 und 2 % des Jahreseinkommens ausmachen.

Vorruhestand: Einführung des progressiven Vorruhestands

Luxfuel

34 Mitarbeiter

Syndikat Dienstleistungen und Energie
(OGBL-Delegierte: 2/2)

Laufzeit: 01.01.2021 - 31.12.2021

Erhöhungen: Auszahlung einer „Covid-Prämie“ von 770 € an jeden Arbeitnehmer. / Erhöhung der Zahl der Urlaubstage von 28 auf 29 Tage. / Einführung einer Prämie von einem Monatsgehalt zum 25. Betriebszugehörigkeitsjubiläum im Betrieb.

Urlaub: Erhöhung der Zahl der Urlaubstage von 28 auf 29 Tage

Sonstiges: Änderung der Bestimmungen bezüglich der Vergabe der Leistungsprämie.

Alliance Green Services

+/- 50 Mitarbeiter

Syndicat Syndikat Private Reinigungsdienste –
Industrielle Reinigung (OGBL-Delegierte: 2/2)

Laufzeit: 01.01.2021 - 31.12.2023

- Einführung eines ersten Kollektivvertrags
- Rückwirkende Regularisierung der übernommenen Arbeitnehmer (ehemalige von HARSCO) bei der Übernahme
- Ab 1. Januar 2021: Beifügung einer neuen Betriebszugehörigkeitsspalte in der Tabelle für Arbeitnehmer mit 14 Jahren Betriebszugehörigkeit auf dem gleichen Posten
- Ab 1. Januar 2022: Beifügung einer neuen Betriebszugehörigkeitsspalte in der Tabelle für Arbeitnehmer mit 15 Jahren Betriebszugehörigkeit auf dem gleichen Posten

Gemeindeverwaltung Remich

52 Mitarbeiter

Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL/Landesverband
(OGBL-Delegierte: 2/2)

Die Gemeinde Remich und der OGBL haben am 23. April 2021 eine Vereinbarung über den Beitritt der Gemeinde Remich zum Kollektivvertrag der Südgemeinden unterzeichnet. Damit ist die Gemeinde Remich die 20. Gemeinde, die diesen Kollektivvertrag anwendet, der sich nun auch auf die Moselregion ausbreitet.

Für die Gemeindearbeitnehmer bedeutet dies: die Einführung linearer Laufbahnen, die Abschaffung der Altersgrenze für den automatischen Aufstieg, aufgewertete Laufbahnen, die Einführung von Vorarbeiterkarrieren, die Einführung eines 42-Punkte-Urlaubsgeldes, die Festlegung des höheren Indexwertes und bessere und klarere Regelungen zur flexiblen Arbeitszeit.

Brico Luxembourg

45 Mitarbeiter

Syndikat Handel (OGBL-Delegierte: 2/2)

Laufzeit: 01.09.2019 - 31.08.2022

Lohnerhöhungen: +2% für Arbeitnehmer mit Betriebszugehörigkeit von 3 bis 6 Jahren / +2,5% für Arbeitnehmer mit Betriebszugehörigkeit von 7 bis 10 Jahren / +3% für Arbeitnehmer mit Betriebszugehörigkeit von mindestens 11 Jahren / ab dem 1. Januar 2022, lineare Aufwertung von 0,25% jährlich für Arbeitnehmer mit Betriebszugehörigkeit zwischen 3 und 20 Jahren.

Urlaub: 27 jährliche Urlaubstage ab 4 Jahren Betriebszugehörigkeit / 28 jährliche Urlaubstage ab 8 Jahren Betriebszugehörigkeit / 29 jährliche Urlaubstage ab 12 Jahren Betriebszugehörigkeit

Hema Luxembourg

33 Mitarbeiter

Syndikat Handel (OGBL-Delegierte: 2/2)

Laufzeit: 01.0.12019 - 31.12.2021

Lohnerhöhungen: Erhöhung des Stundensatzes in der Lohntabelle im Verhältnis zur Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns / Anpassung des Basislohns der Assistenten.

Späte Stunden an Vorabenden von Feiertagen: Erhöhung des Satzes auf 40%.

Betriebszugehörigkeitsprämie: Vorverlegung der 500-Euro-Prämie auf 15 Jahre (zuvor 25 Jahre Betriebszugehörigkeit) / Einführung einer 1000-Euro-Prämie bei 25 Jahren Betriebszugehörigkeit.

Jahresendprämie: Neuformulierung des Rechnungsmodus für die Jahresendprämie im Interesse der Arbeitnehmer.

SIX Payment Services (Europe) SA, Worldline Europe SA et Cetrel Securities SA

300 Mitarbeiter

Syndikat Finance Sektor (OGBL-Delegierte: 6/7)

Laufzeit: 01.01.2021 - 31.12.2021

Lohnerhöhungen: Lineare Erhöhung von 0,3% zum 1. Mai 2021 für die Arbeitnehmer in der Lohntabelle / maximale Erhöhung für die Gruppe 4 von 3% ab dem 1. Mai / Aufrechterhaltung der automatischen Erhöhung in der Tabelle garantiert.

Urlaub: Altersbezogener Zusatz zum gesetzlichen Urlaub von einem Tag für Arbeitnehmer zwischen 50 und 54 Jahren und von zwei Tagen für Arbeitnehmer von 55 Jahren und älter.

Sozialurlaub: Einführung eines individuellen Rechts auf Sozialurlaub von 40 Stunden jährlich.

Ausbildung: Einführung eines individuellen Rechts auf Weiterbildung von 32 Stunden jährlich und Gewährung eines Budgets von 1,5% der Referenzlohnmasse zur beruflichen Ausbildung.

Weitere: Ausweitung des Anwendungsbereichs des Kollektivvertrags auf die Arbeitnehmer von Cetrel Securities S.A. / Verpflichtung der Unternehmen zur Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens vom 20. Oktober 2020 über die Post-Covid-Telearbeitsregelung.

FB GROUPE S.A.

75 Mitarbeiter

Syndikat Bau, Bauhandwerk und Metallkonstruktion
(OGBL-Delegierte: 2/4)

Laufzeit: 01.01.2021 au 31.12.2023

Die Parteien haben eine Prämie von 1.000 Euro ausgehandelt, der in zwei Raten zu je 500 Euro in der ersten Hälfte des Jahres 2021 ausgezahlt wird.

Alle Lohntabellen im Kollektivvertrag bleiben unverändert. So garantieren sie allen Arbeitnehmern automatische Lohnerhöhungen bis zu 40 Jahren Betriebszugehörigkeit, abhängig von den verschiedenen Laufbahnen im Unternehmen.

Ebenso bleiben der 13. Monat, die Sicherheitsprämie, der an das Dienstalter gebundene zusätzliche Urlaub und die anderen außergesetzlichen Leistungen im Kollektivvertrag bestehen.

Gemeindeverwaltung Mondorf-les-Bains

75 Mitarbeiter

Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL/Landesverband
(OGBL-Delegierte: 2/4)

Laufzeit: 01.04.2021 – 31.03.2024

Erhöhungen: Erhöhung der Familienzulage von 4 Punkten auf 29 Indexpunkte, d.h. 76 Euro / Erhöhung der Sonderzulage von 4 Punkten auf 15 Indexpunkte, d.h. 76 Euro / Rückwirkende Inanspruchnahme der Erhöhung der Familienzulage und der Sonderzulage ab 1.1.2019 / Zusammenfassung des Kleidergeldes, der Sonderzulage und der Prämie für schmutzige/gesundheitsschädliche Arbeiten in eine einzige monatliche Gehaltszulage von 32 Indexpunkten, d.h. 611,42 Euro,

Prämie: Zahlung einer einmaligen Prämie von 1,4 % berechnet auf das Jahresgehalt für 2019,

Sozialurlaub: Einführung eines Sozialurlaubs von 24 Stunden pro Quartal.

Sonstiges: Einführung eines Zeitsparkontos / Einführung von linearen Laufbahnen für Mitarbeiter, die ab dem 1. April 2021 eingestellt wurden / eigenständige und angepasste Regelungen für die Gemeindearbeitnehmer von Mondorf-les-Bains.

Interkommunales Syndikat zur Dekontamination der Abwässer im Norden (SIDEN)

80 Mitarbeiter

Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL/Landesverband
(OGBL-Delegierte: 2/4)

Prämie: Arbeitnehmer erhalten jetzt auch die verbesserte Bereitschaftsprämie des Kollektivvertrags für Staatsarbeitnehmer. Dies bedeutet eine Erhöhung der Bereitschaftsdienstprämie um bis zu 350%! Diese Anpassung wird rückwirkend auf den 11. Februar 2021 angewendet.

Luxcontrol

198 Mitarbeiter

Syndikat Dienstleistungen & Energie
(OGBL-Delegierte: 5/5)

Laufzeit: 01.01.2021 – 31.12.2021

Erhöhungen:

Lineare Erhöhung um 0,5 %, rückwirkend, für alle Arbeitnehmer, die unter den Kollektivvertrag fallen. / Auszahlung einer Erfolgsbeteiligung an alle Arbeitnehmer, die unter den Kollektivvertrag fallen. / Aufnahme der neuen Mobilitätsprämie von 50 Euro brutto pro Monat für alle Arbeitnehmer in den Kollektivvertrag.

Weitere: Erhöhungen sind jetzt 100% linear für Arbeitnehmer unter Kollektivvertrag. Das derzeitige Beurteilungssystem wurde jedoch beibehalten, um Beförderungen und die daraus resultierenden Erhöhungen im Rahmen des Karriereplans zu gewährleisten. / Neu eingestellte Arbeitnehmer haben Anspruch auf die Erfolgsbeteiligung im Verhältnis zu ihrer Arbeitszeit im ersten Jahr.

International School of Luxembourg

277 Mitarbeiter

Syndikat Erziehung und Wissenschaft SEW
(OGBL-Delegierte: 4/6)

Laufzeit: 01.09.2021 – 31.08.2023

Prämien: Auszahlung einer einmaligen Prämie von 480 Euro für alle Arbeitnehmer als Anerkennung für ihr Engagement während der Pandemie / Auszahlung einer zusätzlichen einmaligen Prämie von 480 Euro für nicht lehrendes und nicht medizinisches Personal zur Erhöhung des Jahreseinkommens dieser Arbeitnehmerkategorien.

Essensschecks: Aufwertung der Essensschecks auf 10,80 Euro

Weitere: Erhöhung der Umzugszulagen für Expatriate-Arbeitnehmer / Aktualisierung des Artikels über die vom ISL angebotenen Urlaubstage aus familiären Gründen, gemäß dem neuen geltenden Gesetz / Die Löhne des Gesundheitspersonals werden in die Lohntabelle des Lehrpersonals integriert und ihre Kinder können von der Ermäßigung der ISL-Schulgebühren profitieren.

Banken- und Versicherungssektor

Erhebliche qualitative und finanzielle Verbesserungen dank der Hartnäckigkeit von OGBL und LCGB

Nach sechsmonatigen intensiven Verhandlungen unterzeichneten OGBL, LCGB und Aleba am 10. Juni 2021 mit dem luxemburgischen Bankenverband (ABBL) und dem Verband der Versicherungsgesellschaften (ACA) Abkommen für die Erneuerung der beiden Kollektivverträge für einen Zeitraum von drei Jahren, d.h. vom 1. Januar 2021 (rückwirkend) bis zum 31. Dezember 2023. Nach einem langen Verhandlungsprozess haben alle Parteien ein Abkommen getroffen, das sowohl die Interessen und das Wohlergehen der Arbeitnehmer als auch die weitere Stabilität beider Sektoren für die nächsten drei Jahre berücksichtigt.

Die neuen Kollektivverträge sehen **qualitative Verbesserungen** vor, die auf einer Stärkung des sozialen Dialogs in den einzelnen Unternehmen basieren, wie z. B.:

- die Einführung eines Rechts auf Abschalten
- die Integration des zwischen UEL, OGBL und LCGB unterzeichneten Abkommens über Telearbeit in die Kollektivverträge
- die Vorbeugung gegen psychosoziale Risiken
- Bestimmungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Arbeitnehmer
- das Recht auf mindestens 5 Tage Sozialurlaub pro Jahr
- garantierter Zugang zum Recht auf Ausbildung

Dank der gewerkschaftlichen Geschlossenheit von OGBL und LCGB während dieser Verhandlungen und dank ihrer Hartnäckigkeit konnten die national repräsentativen Gewerkschaften neben diesen nicht abschließenden qualitativen Elementen auch **finanzielle Verbesserungen** erreichen, die das Engagement **aller** Arbeitnehmer im Banken- und Versicherungssektor belohnen.

Bankensektor:

- 2022: garantierte Lohnerhöhung von mindestens 0,7 %
- 2023: garantierte Lohnerhöhung von mindestens 0,5 %
- eine Erhöhung beim Gruppenwechsel darf nicht weniger als 15 Euro (Index 100) betragen, im Gegensatz zu derzeit 10 Euro

Versicherungssektor:

- Ab 1. Januar 2021: 0,5 % Lohnerhöhung für alle Arbeitnehmer durch eine Erhöhung des garantierten Dreijahresbetrags
- Erhöhung und Anpassung von Schwelle 1 und Schwelle 2 der Lohntabelle
- September 2021: Zahlung einer einmaligen Prämie von 500€

Trotz eines schwierigen und komplizierten Verhandlungsbeginns freuen sich OGBL und LCGB, dass der Großteil ihrer Forderungen in die beiden neuen Kollektivverträge aufgenommen werden konnte.



Eurofoil

In letzter Minute wurde eine Grundsatzvereinbarung gefunden – Der OGBL bewahrt die Errungenschaften der aktuellen und zukünftigen Arbeitnehmer

Es war eine Schweregeburt, aber am 6. Mai 2021 – am allerletzten Tag des Schlichtungsverfahrens – kam es schließlich zu einer Last-Minute-Grundsatzvereinbarung zwischen dem OGBL und der Geschäftsleitung von Eurofoil im Rahmen des Sozialkonfliktes, der nun schon seit einem Jahr zwischen ihnen besteht.

Zur Erinnerung: Die Geschäftsleitung von Eurofoil hatte im vergangenen Jahr den Kollektivvertrag des Betriebs gekündigt, um die Errungenschaften aller Arbeitnehmer massiv zu untergraben. Bei den Verhandlungen hatte die Geschäftsleitung dann ihre Angriffe vor allem auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, die neu im Betrieb eingestellt werden sollten, konzentriert, in der Annahme, dass dies die derzeitigen Arbeitnehmer und ihre Vertreter besänftigen würde. Eine Falle, in die die Arbeitnehmer des Betriebs trotz des zunehmenden Drucks und der Einschüchterung durch die Hierarchie in den letzten Wochen nicht getappt sind!

Leider musste der OGBL ein Streikverfahren einleiten (mehr als 90 % der Arbeitnehmer hatten in den letzten Wochen dafür gestimmt), bevor die Geschäftsleitung am letzten Tag des Schlichtungsverfahrens schließlich ihre unnachgiebige Haltung aufgab und den Kompromissvorschlag des OGBL akzeptierte.

Die Grundsatzvereinbarung zwischen dem OGBL und der Geschäftsleitung von Eurofoil sieht in erster Linie die Beibehaltung aller Errungenschaften des früheren Kollektivvertrags vor, der derzeit für die 240 Arbeitnehmer des Unternehmens gilt. Zusätzlich wird in den Jahren 2021, 2022 und 2023 an jeden Arbeitnehmer ein Bonus von 500 Euro gezahlt.

Die Grundsatzvereinbarung sieht auch die Einführung strenger Beschränkungen für den Einsatz von Leiharbeitern vor. Die Firma sollte nur noch 20 ungelernte und 10 gelernte Leiharbeiter gleichzeitig einsetzen können, was die Zahl der derzeit eingesetzten Leiharbeiter halbieren würde.

Die Vereinbarung sieht grundsätzlich auch die Verpflichtung vor, dass das Unternehmen seine verschiedenen Kernteams (= Mindestteam) künftig ausschließlich aus festangestellten Arbeitnehmern zusammensetzt (Leiharbeiter können hinzukommen, dürfen aber nicht das Kernteam bilden).

Schließlich sieht die Vereinbarung die Einführung neuer Stufen an der Basis der Lohntabelle für ungelernete Arbeitnehmer vor, die in Zukunft eingestellt werden. Über ihren Aufstieg in der Lohntabelle entscheiden die Geschäftsleitung und die Personaldelegation gemeinsam. Der Kollektivvertrag sieht auch vor, dass neu eingestellte Arbeitnehmer nicht sofort alle Errungenschaften des Kollektivvertrags erhalten, sondern diese erst nach und nach erwerben (13. Monat, Urlaubsgeld, freie Tage) – spätestens nach 5 Jahren!

Die endgültige Vereinbarung dürfte in den nächsten Tagen zwischen der OGBL- und Eurofoil-Direktion unterzeichnet werden.

Der OGBL möchte jetzt schon Mut, Solidarität und Entschlossenheit aller Arbeitnehmer von Eurofoil während dieses Konflikts würdigen, ohne die diese Grundsatzvereinbarung nicht möglich gewesen wäre. **Der OGBL wird weiter für jeden Arbeitsplatz und für jede Existenz kämpfen!**



FHL

Ein Übergangsabkommen für den Krankenhaussektor bis Ende des Jahres

Nach mehrmonatigen Gesprächen, die insbesondere durch die sanitäre Krise gestört wurden, wurde am Mittwoch, dem 31. März, ein Übergangsabkommen zum Kollektivvertrag für den Krankenhaussektor (KV FHL) zwischen dem OGBL (Mehrheitsgewerkschaft und Sprecher im Krankenhaussektor), dem LCGB und der FHL unterzeichnet.

Während der bisherige Kollektivvertrag während des ersten Lockdowns im März 2020 gekündigt worden war, einigten sich die Sozialpartner auf die Unterzeichnung eines Übergangsabkommens, das eine Verlängerung der Verhandlungsfrist ermöglicht. Das Abkommen tritt somit am 1. April in Kraft und gilt bis zum Ende dieses Jahres.

In diesem Zusammenhang konnte der OGBL seine Forderungen verteidigen, um ein für alle Arbeitnehmer des Sektors günstiges Übergangsabkommen zu erreichen.

So sieht die Vereinbarung insbesondere vor:

- Die Zahlung von drei einmaligen Prämien (für 2018, 2019 und 2020)
- Die Aufwertung der CA1-Laufbahn für handwerklich tätige Arbeitnehmer
- Eine Erhöhung der zusätzlichen Urlaubstage für Arbeitnehmer über 50 und 55 Jahre auf 2 bzw. 3 Tage
- Neue Bestimmungen für Arbeitnehmer bei geplantem Krankenurlaub

Der OGBL dankt allen Beschäftigten des Sektors für ihr Engagement und wird die kommenden Monate nutzen, um die Gespräche mit den Sozialpartnern über einen neuen Kollektivvertrag zu vertiefen, der weitere qualitative Elemente zugunsten der Beschäftigten berücksichtigen wird.



DOSSIER

#3 2021 | BEILAGE DES AKTUELL |

OGBL



1. Mai-Rede





„Dat bedeit mir vill.“

Ech soen iech all villmools Merci fir är Präsens haut de Moien. Dat bedeit mir vill. Dat bedeit vill fir den OGBL an fir de Landesverband.

Grad dëst Joer. Well et schwéier war déi richtig Manéier ze fannen, wéi mir den Dag vun der Aarbecht zesumme kënnen feieren.

Alt erëm kënnen mir eist traditionellt 1. Mee-Fest net esou feiere wéi mir et gewinnt sinn...An der Abtei Neimënster, mat dausende Leit, engem flotte Programm, enk zesummen, verbonne mateneen duerch esou viles.

D'lescht Joer hu mir et missen op e reng digitalen 1. Mee aschränken. Dat wollte mir dëst Joer vermeiden. An am Respekt vun alle sanitäre Restriktionen, mat enger verantwortungsvoller Organisatioun, fir d'Sécherheet an d'Gesondheet vun eis all ze schützen, mat vollstem Verständnis awer och, fir all déi vulnerabel Leit an déi, déi sech nach net wuel fille mat ville Leit zesummen ze kommen, hu mir et awer fäerdeg bruecht haut hei ze stoen.

An déi éischt Gewerkschaft vum Land huet decidéiert, datt wa mer schonn déi méi traditionell Form vu Cortège a Manif wielen, och erëm ganz „back to the roots“ ze kommen - a mir si frou haut hei zu Esch ze stoen, an der Wéi vum OGBL. Déi leschte Kéier wou dem OGBL seng 1. Mee-Feier zu Esch war, war 1991, also genee virun 30 Joer!

Mir kënnen frou sinn, mir kënnen houfreg op eis sinn, datt mir deen Dag, den Dag vun der Aarbecht zesummen op d'Strooss ginn.

Well den 1. Mee ass a bleift den Dag vun de schaffende Leit!

„Fir d’Emanzipatioun vun de Schaffenden.“

Säit iwwer 130 Joer ass den 1. Mee weltwäit den Dag wou mir de schaffende Männer a Frae gedenken.

Den 1. Mee huet fir den OGBL an de Landesverband eng wichteg historesch a gewerkschaftlech Bedeutung.

Well den 1.Mee, den Dag vun der Aarbecht, den Dag vum weltwäite gewerkschaftlechen Asaz fir Gerechtegkeet, fir soziale Fortschrëtt, fir Fridden an Demokratie, fir Fräiheet a Gläichheet, dee muss gefeiert a geëiert ginn!

Fir d’Emanzipatioun vun de Schaffenden, fir hir Rechter, fir eng Welt wou jiddereen ouni Angscht an Ennerdréckung senger Aarbecht kann nogoen.

Den 1. Mee ass och den Dag vum Fridden, an duerfir spillt den Asaz géint de Militarismus a géint d’Oprëschtung eng entscheidend Roll fir eis Gewerkschaft. D’lescht Joer hunn déi militär Ausgabe weltwäit eng Rekordhéicht erreecht vu bal 2000 Milliarden USD. An dat am Pandemie-Joer, wou mol déi drénglechste Besoinen net erfëllt gi sinn.

Et gëtt keen 1. Mee ouni och de gewerkschaftlechen Asaz fir d’Mënscherechter ze erwänen. Et ass inakzeptabel, a komplett onverständlech firwat mir nach ëmmer kee contraignant Devoir de vigilance iwwert en nationaalt Gesetz zu Lëtzebuerg hunn.

Et muss direkt eng gesetzlech Verflüchtung ginn, sou wéi et a verschiddenen europäesche Länner de Fall ass, opzepasst, datt all d’Handelspartner an d’Soustraitanten, déi ee weltwäit huet, sech un d’Menscherechter hale mussen.

Den 1. Mee ass en internationalen Dag, dee keng national Grenze kennt. An och dëst ass haut, wou mer a Covid-Zäiten op eemol virun zum Deel zouenen nationale Grenze stinn, méi wichteg wéi jee.

**Mir stinn a fir soziale Fortschrëtt,
an deen erreeche mer sécher
net duerch sozial Ausgrenzung
an Zersplitterung**

Mir liewen oder schaffen an engem Land matzen an der Groussregioun. Eng Regioun déi matzen am Häerze vun Europa läit. Déi d’Wéi war vun der Europäescher Unioun. An enger Regioun wou de Schengener Accord ënnerschrifwe ginn ass, deen déi fräi Bewegung vun de Bierger vun der Unioun staark vereinfacht huet.

A mir wëssen dat ze schätzen.

Vill Betriber hei am Land schaffe grenziwwerschreidend an eis Wirtschaft ass ugewisen op déi iwwer 200.000 Grenzgänger, déi hei schaffen.

Lëtzebuurger ginn an de Musée an akafen op Metz, Metzger ginn op Concerten zu Lëtzebuerg an hei zu Esch. Dat selwecht gëllt fir eis däitsch an eis belsch Nopeschlänner.

A well mir mussen erliewe wéi fragil dat alles ass, musse mir dës Errongenschaft verdeedegen a verdéiwen. Am Interessi vun alle Bierger. An dofir stinn och den OGBL an de Landesverband.

Fir sozial Rechter vun alle Salariaéen. Et dierf keng Diskriminéierung op der Aarbechtsplaz ginn, bei der Sozialversécherung, bei der Besteuerung, beim Kannergeld, nëmme well ee Grenzgänger ass.

An dat selwecht gëllt fir déi Résidenten, déi kee Lëtzebuurger Pass hunn, déi Zéng-

tausende vun Immigréen hei am Land, déi d’Land och zu deem maache wat et ass an déi awer oft nach diskriminéiert sinn an net déi selwecht Chancen hunn.

Mir stinn a fir soziale Fortschrëtt, an deen erreeche mer sécher net duerch sozial Ausgrenzung an Zersplitterung oder duerch Sozialdumping, mee au contraire, just duerch Zesammenhalt, Solidaritéit a sozial Harmoniséierungen no uewen.

Den 1.Mee dierf och net virun engem Coronavirus Halt maachen. An och d’Aktivitéit vum OGBL a Landesverband sinn net am Lockdown.

Well – a mir ginn et net midd ze widderhuelen: mir gi gebraucht!

Déi dausende Militanten, Personaldelegierten, Gewerkschaftler, déi an dëser schwéierer Zäit vun der Pandemie weider do waren a sinn, fir d’Rechter vun de Leit ze verdeedegen, fir eis demokratesch Matbestëmmung anzestoen.

Dir sidd aus alle Beruffer, aus allen ekonomesche Secteuren, vun ënnerschiddlechen Nationalitéiten, wunnt zu Lëtzebuerg oder an der Grenzregioun, sidd jonk oder al, Männer oder Fraen.

Dir sidd déi Leit, déi gelidden hunn an de leschte Méint an och nach wäerten op d’Zänn bässe mussen.

„Fir datt aus dëser sanitärer Kris keng déif sozial Kris entsteet.“

Mir sinn haut an eiser Gewerkschaft mat enger Situatioun konfrontéiert, déi et nach ni ginn ass.

Well mir hu vill erlieft an deem leschte Joer wat ni ee komme gesinn hätt.

Mir sinn elo beim 13te Covid-Gesetz ukomm an et sinn eng iwver 30 Derogatiounen um Aarbechtsrecht getraff gi während der Pandemie.

An den OGBL an de Landesverband hu während der ganzer Zäit hir Roll erfëllt a sech, mat vollem Bewosstsinn par rapport zum Eescht vun der Situatioun, kritesch geäussert a gewiert wann et huet misse sinn. A mir hunn och net virdrun zréckgeschreckt fir konkret Forderungen ze stellen.

Réckbléckend kann ee soen, datt dank eisem Asaz awer eng ganz Rei u Mesure geholl gi si fir déi schaffend Leit an hir Familien, wat d'Ofsécherung vun den Aarbechtsplazen, de Revenuen an den Existenzen ubelaangt.

Den OGBL an de Landesverband hu vun der éischer Minutt u gekämpft, datt aus dëser sanitärer Kris, déi zu enger ekonomescher Kris féiert, keng déif sozial Kris däerf entstoen.

Dat war eise Motto vum éischten Dag un a mir wäerten dat bis zum Schluss erkämpfen. A mir musse kämpfen an dësen Zäite vun Onsécherheet, vun Zersplitterung an der Gesellschaft, vun Existenzängschte vun Zéngtausende Beschäftegten hei am

Land a virun der Ongewëssheet wéini a wéi komme mer hei eraus a wéi gesäit d'Welt vu muer aus.

Dës Welt kann nëmme mat eis gestallt ginn! Mat der éischer Verriedung vun alle schaffende Leit an hire Familien hei zu Lëtzebuerg.

En Enn vun der Coronakris ass nach net a Siicht.

Onofhängeg dovou wéi laang et nach geet, déi ekonomesch Kris ass net méi ze verhënneren.

Mir müssen elo kucken d'Ausmooss an d'Dauer vun der wirtschaftlecher Kris ze begrenzen.



„Et ass eng Chance verpasst ginn.“

D'Europäesch Kommissioun ass zur Zäit am gaangen d'Länner finanziell ze ënnerstëtzen, fir datt se et aus der Kris packen. Duerfir huet all Land misse bis Enn Abrëll e Plan de reprise et de résilience op Bréissel schécken. D'Kommissioun seet, dës Pläng sollen am Sozialdialog opgebaut ginn.

Dat ass hei zu Lëtzebuerg NET passéiert. Eis Regierung huet en Alleingang gemaach, bis op eng Alibiprozedur ass net wierklech matenee geschwat ginn.

An dat an dëser sou wichteger Fro vun, wéi gétt d'Welt vu muer gestalt, wat sinn d'politisch Prioritéiten, d'Ambitioune fir aus der Kris erauszekommen.

Wat huet eis Regierung gemaach? Si huet unilateral hiren eegene Plang eraginn.

Dat ass de Contraire vun deem wat hätt misse passéieren. All déi Measure mussen elo diskutéiert ginn. Zesummen. An duerfir maache mir haut en dréngenden Appell un d'Regierung, datt se de Sozialdialog verdammt eescht ze huelen huet.

Am Interessi vum soziale Fridden. Well de Sozialdialog ass de Präis fir de soziale Fridden!

Nieft dem Fait, datt de Plang net a Concertatioun mat de Sozialpartner ausgeschafft ginn ass, muss ech kloer soen, et ass eng Chance verpasst ginn.

Et si keng nei Akzenter a punkto Sozialpolitik ze fannen; keng Measure fir de Gesondheetssystem ze stäerken, keng Measure fir d'Kafkraaft vun de Leit ze stäerken; keng Measure fir géint d'Inegalitéite virzegoen.

Dat ass e Skandal, an do kann eis Regierung sech schummen.

Well d'Inegalitéiten déi klammen, a klammen ... D'Tendenz ass leider ongebrach. Lëtzebuerg war viru 15-20 Joer nach bei deene Beschten;

haut leien d'Inegalitéiten iwwert dem europäeschen Duerchschnëtt.

Wéi laang wëll d'Regierung do nach nokucken?

Vill Leit hu Problemer fir um Enn vum Mount d'Enner beieneen ze kréien. Vill Leit mussen bei den Offices sociaux fir Hëllef froen oder an den Épiceries sociales akafe goen.

Ech hunn d'lescht Joer schonn a menger digitaler 1. Mee-Ried de John Castegnaro zitéiert. Wat hie schonn 1982 gesot huet, ass haut nach ëmmer wouer. „Virun der Kris hunn se eis net gefrot fir d'Milliardegewënner ze verdeelen, da sollen se eis och no der Kris net froe fir d'Milliardendefiziter ze bezuelen.“

De Schwéierpunkt muss op eng Politik vun der Nofro gesat ginn

Och wann et sech dës Kéier em eng sanitär Kris handelt, wou mer all zesummen en onsiichtbare Feind bekämpfen, kënnt d'Stonn vun der Wouerecht ëmmer méi no...

Milliarden Euroen si bis elo ausgi gi fir d'Iwwerliewen ze erméiglechen. Wéini a wéi soll dat bezuelt ginn?

Um Wee eraus der Kris kann ech nëmmen eng dréngend Warnung maachen: et dierfen net déi selwecht Feeler wéi no der Kris 2008-2009 gemaach ginn!

Den OGBL an de Landesverband akzep-

téiere kee Réckfall an eng Austeritéitspolitik hei am Land. Déi Politik, mat hire fatale wirtschaftlechen a soziale Konsequenzen op ganz Europa huet gewisen, datt se déi falsch ass.

An dat ass den Haaptoptrag, deen den OGBL an de Landesverband sech an dëser Kris ginn: Déi schaffend Leit wäerten net fir dës Krise bezuelen. An do gi mir kee Milimeter no.

De Contraire muss passéieren.

D'Erhuelung vun der Wirtschaft ass op en intakte Sozialstaat an op e finanzstarke Staat ugewisen.

Dës Kris huet erëm bewisen, wéi wichteg déi 2 sinn a wat fir eng stabiliséierend Roll se spillen.

De Schwéierpunkt misst op eng Politik vun der Nofro gesat ginn, déi eise Bannemaart stäerkt.

Dat geet iwwer 2 Weeër:

- Eng staatlech ëffentlech Investitiounspolitik
- An d'Kafkraaft vun den ënneschten a mëttleren Akommisschichte stäerken

Eppes huet dës Kris eis geléiert. Mir brauchen héich ëffentlech Investitiounen. An der Fuerschung, an der Bildung, allgemeng an den ëffentlechen Déngschtreeschtungen. An d'Ëmwelt. An d'Digitaliséierung. An de Logement. An net zulescht an der Gesondheet.

„Mir wäerte kämpfe fir eisen Gesondheetssystem“

D'sanitär Kris huet eis gewisse wéi wichteg d'Gesondheetsversuergung fir eis Gesellschaft ass. Sait engem Joer gëllt et, eis ganz Efforten drop ausze-riichten eng Iwwerlaaschtung vun de Spideeler ze verhënneren. Weltwäit an och zu Lëtzebuerg.

An déi Efforte mussen mer maachen, well zënter Joren a Joerzénkten, d'Gesondheetssystem méi ekonomesch wéi sozial sinn. Well iwwerall gespuert ginn ass. Well versicht ginn ass mat manner Spideeler, manner Better, manner Personal, manner Ausgaben ze fueren. Op dës Aart a Weis ass d'Gesondheet an d'Sécherheet vun de Patienten, an och vum Personal, scho viru Corona faarlässeg op d'Spill gesat ginn.

An den eigentleche Skandal ass jo, datt mer elo 1 Joer no dem Ufank vun der Pandemie, vun de politesche Verantwortlechen nach kee „mea culpa“ kritt hunn. Datt mer 1 Joer duerno, nach mussen feststellen, datt Leit mussen an d'Ausland transferéiert ginn well mer net genuch Häerz-Longen-Maschinen hunn. An och wa mer se hätten, da géif et u Leit feelen, déi se bedénge kënnen.

Datt mer 1 Joer duerno net nëmmen nach ëmmer keng Asiicht hunn, mee och nach ëmmer näischt komm ass ausser eidel Wieder.

Au contraire, et ass ze fäerten datt fréier Feeler widderholl ginn. An heimat maachen ech eng däitlech Warnung un d'Gesondheetspolitik hei zu Lëtzebuerg. Si muss elo dréngend déi aktuell Ugrëffer vun enger privater Kommerzialisierung vun eiser Gesondheet mat aller néideger Konsequenz ofwieren! A mat der selwechter Konsequenz muss se dann den Ausbau vun eisem öffentleche Gesondheetssystem zur alleréischter Prioritéit maachen!

An dat muss och den Toun vun der Diskussion vu Säite vun der Politik um sougenannte „Gesondheetssystem“ sinn.

Et muss elo direkt zu méi Investitiounen, méi héije Personaldotatiounen, besseren Ausbildungen, besseren Aarbechtsbedingungen, méi Better, zu bessere Spideeler kommen.

Ech garantéieren iech, datt den OGBL an de Landesverband mat all hire Mëttele wäerte verhënneren, datt et zu enger 2-Klassen-Medezin komme wäert. Mir wäerte kämpfe fir eisen öffentlechen, qualitativen, universal zougängleche Gesondheetssystem.

Dat selwecht gëllt fir de Flegesektor. Ëmmer erëm hu mer Schreckenrichtungen aus de Fleege- an Altersheemer

héieren. Och hei muss de Kader verbessert gi fir eng qualitativ Fleegeversuergung ze garantéieren. An dat ass de contraire vun deem wat eis Familljeministesesch mécht mat dem Projet de loi, wou Deeler vu Servior solle privatiséiert ginn! Mir fuerderen d'Regierung nach eemol mat allem Nodrock op, dee Projet direkt vum Dësch ze zéien.

Nëmme wann d'Personal ënner gudden a sécheren Aarbechtsbedingungen ka schaffen, kënnen och eis eeler Matbierger gutt a sécher gefleegt ginn. Et muss och a Material investéiert gi fir de Schutz ze garantéieren, fir dass d'Isolatioun vun den Eelere verhënnert gëtt, an datt déi sou wichteg sozial Kontakter kënnen oprecht erhale ginn.



„Well hei geet et em alles. Em d’Zukunft.“

Néideg Investitioune brauche mer awer och am Enseignement.

Well et ass och sou schonns psychologiesch schwéier genuch fir d’Kanner; an d’Ausmooss vum Impakt vun der Kris op dësem Plang ass sech nach guer net virzustellen.

Mir kënnen awer och laang iwuer Corona schwätzen an iwuer d’Laangzäitfolgen, souwuel gesondheetlech wéi och ekonomesch a sozial vun dëser Pandemie, mee wa mir net direkt eppes un eiser Schoulpolitik änneren, bleiwen dat eidel Theorien.

Well hei geet et em alles. Em d’Zukunft. Dorëms, datt mer aus eise Kanner a Kandskanner mëndeg Erwuessener maachen, déi vläicht kënnen an enger Welt liewe mat manner Inegalitéiten.

Dat geet awer nëmmen dann, wa mer gutt, ëffentlech, héich qualitativ Schoulen, wou all Schüler, onofhängeg vu senger Hierkonft oder senger sozialer Situatioun, e Recht huet gutt ausgebild ze ginn. Ouni Ënnerscheeder, ouni Ghettoiséierung, ouni Segregatioun, ouni Privatschoule fir déi besser situéiert.

A wann mer bei de besser Situéeierte sinn, ass de Sprong net wäit op d’Thema vun der Logementsproblematik hei am Land.



**Et ass och sou schonns psychologiesch
schwéier genuch fir d’Kanner; an d’Ausmooss
vum Impakt vun der Kris op dësem Plang ass
sech nach guer net virzustellen.**

„D'Präisexplosioun iwwertrëfft souguer nach all *worst case scenario*.“



Kee géif sech méi trauen ze soen, datt mer kee Problem hätte mam Logement. Déi allermeescht erkennen et un, déi allermannst komme mat Léisungen.

Vu Säite vun der Politik kommen och a Sonndesriede vill Asiicht an och vill Versprieche... leider just eideler!

An haut, am Joer 2021 muss ee soen: déi negativ Prognose waren nach Ënnerschätzungen! D'Präisexplosioun iwwertrëfft souguer nach all „worst case scenario“. 16,7% Präishausse am leschte Joer!! A fir all déi, déi soen, dat ass iwwerall esou: nee, dat ass bei Wäitem deen héchste Wäert a ganz Europa!

Mir steiere riicht an eng sozial Katastroph. An elo si mer net méi just bei enger Iwwerlaaschtung fir d'Locataire oder fir déi ganz niddreg Verdénger... och d'Proprietäre sinn direkt betraff vum Problem. E Problem, deen sech bis déif an d'Mëtelschicht erafrësst.

Mir kënnen net weider akzeptéieren, datt déi eng sech quasi hiert ganzt Liewe verschëlden, sech selwer keen eegent Haus méi kafe kënnen, während déi aner sech stänneg beräicheren.

Fakt ass awer och, datt dës Regierung säit 8 Joer et net fäerdeg bruecht huet, d'Entwécklung vun der Kris anzedämmen. An haut, wou se zum Beispill selwer feststellen, datt de Pacte logement 1.0 gescheitert ass, widderhuelen se déi selwecht Feeler, oder soll ee soen, dee selwechte Mangel u Courage am Pacte logement 2.0.

D'Lobbyiste vun de private Promoteuren hunn e gudde Job gemaach. Si kënnen sech weider wahnsënneg beräicheren, inklusiv de gëllenen Aueren. An dat op Käschte vun de Leit déi op Logement à prix abordable ugewise sinn.

Dat ass degoûtant. Dat bedeit näischt anescht, wéi datt de Logementsminister,

a mat him déi ganz Regierung, ageknéckt si virun der Renditejuegd am Immobiliëberäich.

Den OGBL an de Landesverband hu Léisungen. A mir hunn se schon haart a fest gesot. Um Diskussiounsdësch an och schon op der Strooss. Mee et schéngt net duerzegoen.

Da geet de Match em d'Wunnengskris elo an déi nächst Ronn.

Ech kann iech garantéieren, datt mir net noginn.

De Projet de loi 2.0. muss iwwerschafft an opgebessert ginn. Dat selwecht fir de Projet de loi iwwert de Mitvertrag. An der Spekulation am Wunnberäich muss d'Loft ewech geholl ginn.

Et wäert zu weidere gewerkschaftlechen Aktiounen komme bis mer fundamental a couragéiert politesch Entscheidungen am Beräich vun der Wunnengsproblematik hunn!

Ech kann iech

garantéieren,

datt mir net

noginn.

„Wa mir d’Klimakris net stoppen!“

Den OGBL an de Landesverband sti fir Wäerter. Wäerter wéi de soziale Fortschrëtt, d’Rechter vun de schaffende Leit, Gesondheet a Sécherheet a gutt Léin fir jiddereen, e gutt Liewen, sozial Gerechtegkeet. An all dës Wäerter sinn a Gefor wa mir d’Klimakris net stoppen!!

D’lescht Woch war de World Earth Day.

D’Klimakris mécht och net virun engem Virus halt. Den OGBL an de Landesverband ënnerstëtzen déi ambitiéis Paräisser Klimaziler wéi der wësst. An et ass elo keng Zäit méi ze verléieren! Et muss elo direkt gehandelt ginn.

Mee ech erënnere drun: Klimaschutz a sozial Gerechtegkeet gehéieren zesummen.

Mir sti fir Klimagerechtegkeet. Fir eng gerecht Transitoun. Well mir mussen an eng karbonfräi Gesellschaft kommen, ob eng Aart a Weis, déi sozial ass a fair fir déi schaffend Leit an hir Familien.

„Mer brauchen dréngend eng Stärkung vun der Kafkraaft.“

Nieft den néidegen ëffentlechen Investitiounen, brauche mer dréngend eng Stärkung vun der Kafkraaft.

1) D’Ofsicherung vun der Kafkraaft setzt viraus, datt déi staatlech Sozialleeschungen an ëffentlech Sozialversicherung net ugepak ginn. An souguer plazeweis opgewäert ginn.

D’Covid-Kris misst eis jo geléiert hu wéi wichteg an entscheidend eng gutt ëffentlech sozial Sécherheet ass! Zesumme mat engem finanzstaarke Staat ass si eng droend Sail fir Stabiliséierung an d’Relance vun der Wirtschaft.

Vill aner Länner, déi massiv Defiziter an de Systemer vun hirer sozialer Sécherheet hunn, si méi schlecht duerch des Kris komm wéi mir. An déi Defiziter sinn dat trauregt Resultat vun der neoliberaler Wirtschaftspolitik: Schwächung, Ofbau a Privatiséierung vun den ëffentlechen Déngschter, de staatleche Sozialleeschungen a vun der sozialer Sécherheet.

Mee och zu Lëtzebuerg hu mer sou

Feelentwécklungen erlieft. An ech erënnere hei nëmmen als Beispill un déi réckschrëttlech Pensiounsreform 2012.

Mir mussen eis och elo erëm op déi Diskussiounen preparéieren.

An ech kann iech garantéieren, datt et mam OGBL a mam Landesverband net zu Kierzung vum de Pensionen wäert kommen!

Am Géigendeel, déi Automatismen mussen erëm ofgeschaaft ginn, déi virun e puer Joer koumen an den Ajustement vun de Pensionen an d’Allocation de fin d’année a Fro ze stellen. Dat dierf net geschéien!

Am contraire, et mussen Verbesserungen kommen: notament d’Mindestrent muss strukturell erhéicht ginn.

A wann d’Mindestrent erhéicht gëtt, ass dat och e wichtige Moment fir d’pensionéiert Fraen.

Well si et nach ëmmer sinn, déi déi niddregst Pensionen hunn. Si sinn et awer och nach ëmmer, déi fir eng gläich

Aarbecht am Duerchschnëtt manner verdénge wéi d’Männer. Si sinn et och nach ëmmer, déi sech haaptsächlech ëm d’Kannerbetrieung këmmere. Si sinn nach ëmmer déi, déi déi meeschten CDD’en hunn. Et sinn och nach ëmmer d’Fraen, déi am meeschten Interruptions de carrière hunn. An et sinn och nach ëmmer zum ganz groussen Deel Fraen an den Niddreglounsecteuren, wéi zum Beispill dem Nettoyage beschäftegt. An et sinn nach ëmmer d’Fraen, déi déi oft Invisibel-Care-Aarbecht an eiser Gesellschaft maachen.

An dat an eisem modernen, fortschrëttlechen, räiche Lëtzebuerg.

Duerfir sinn ech houfreg drop, kënnen ze soen, datt den OGBL e wichtige Partner an der JIF ass an d’Vertriederinne vun der JIF och haut hei mat op der Plaz si fir sech solidaresch mat eisem 1. Mee ze weisen.

Well de Kampf fir Gläichheet nach net eriwwe ass. Well mir soen: who cares, WE care!



D'Ofsécherung vun der Kafkraaft bedeit doriwwer eraus awer och villes méi:

- 2) Zum Beispill misst d'Kannergeld elo direkt an ouni Diskussioun opgewäert ginn, sou wéi et zënter 2014 versprach ass.
- 3) D'Allocation de vie chère muss seriö opgewäert ginn, an net déi schäinhelleg homeopathesch Erhéijung, déi nach just soll eng Kompensatioun zur CO2-Steier sinn.
- 4) Fir eppes op der Kafkraaft ze maache, mussen d'Léin erop. A bei de Léin erënneren ech un dem OGBL seng Fuerderung vun enger Erhéijung vum Mindestloun. Och d'Kollektivvertragsgesetz muss gestärkt ginn, fir d'Léin zu Lëtzebuerg kënnen ze stäerken.

5) A fir eppes op der Kafkraaft vun de schaffende Leit ze maachen, muss eise Steiersystem och fundamental méi gerecht ginn!

Et kann net sinn, datt een op deem selwechten Akommes, wann et vum Salaire ass, souvill mol méi Steiere bezilt wéi wann et e Kapitalakommes ass!

Ausserdeem misst och eise Steuerbarème nei agencéiert ginn a méi progressiv ginn.

An eng reegelméisseg Upassung vum Barème un d'Inflatioun ass fir eis onëmgänglech.

Och déi eigentlech sozial gerecht Steierkreditter, verléieren u Wäert wann se net reegelméisseg ugepasst ginn.

**Et kann net sinn,
datt een op deem
selwechten Akommes,
wann et vum Salaire ass,
souvill mol méi Steiere
bezilt wéi wann et
e Kapitalakommes ass!**

„Wa Sue gebraucht gi, da solle mer se siche goen.“

Mir wëssen och, datt am Moment d'Keese méi eidel sinn, mee wéi schonns gesot, et gi Moyene fir se erëm ze fëllen, an déi an engems zur Steiergerechtegkeet bäidroen.

Et ass dach e Skandal, datt Plus-valueën op Aktië quasi steierfräi sinn.

A mir kommen do wierklech net laansch eng fundamental Diskussioun och wat d'Besteuerung vum Patrimoine ugeet.

Mee et muss méiglech sinn d'Grondsteier massiv ze héijen. Net fir deen, dee just säin eegent Heem besëtzt oder nach en Terrain huet fir seng Kanner. Mee fir deen, deen eidel Terrainen aus spekulative Grënn zeréckhält. A virun allem fir deen, an daat iwwert eng progressiv Grondsteier, dee 5, 10, 20, 50 oder nach méi Terrainen an

Haiser besëtzt.

Do mussen endlech eis Politiker de Courage hu fir Mesuren ze huelen, déi finanziell just e puer Leit belaauchten, deenen et net wéi deet. Während de Gros kann dervunner profitéieren.

Well wa Sue gebraucht gi fir de Staatsbudget ze konsolidéieren, da solle mer se dohi siche goen, wou der genuch sinn. An sou Plaze ginn et!

A wann et mat all eise Steiermesuren net duergeet fir d'Kris ze iwwerwannen, da muss et och méiglech sinn eng progressiv Coronasteier fir déi iewescht 10% anzeféieren.

Hei kann een sech mol ukucke wat an den USA zum Deel annoncéiert gëtt. Grouss Betriber, déi och nach deelweis an der

Kris hire Benefice staark verbessert hunn, mussen solidaresch sinn. Si mussen den Hauptundeel vun der budgetärer Krisenbewältigung droen.

Mir hunn eng Joerhonnertkris. Déi richtig Lektione mussen elo draus gezu ginn.

Si kann elo eng Chance si fir verschidden Hiewelen ëmzesetzen. Mir dierfen dës Chance net verpassen.

Fir aus dëser Kris erauszekommen, mussen mer eis gewerkschaftlech Ziler verfollegen: Aarbechtsplazen ofsécheren, keng weider Inegalitéiten an eiser Gesellschaft zouloossen, Prekariétéit verhënneren an aus all deene Grënn mussen mer déi wirtschaftlech Rezessioun sou gutt wéi méiglech opfänken an ofschwächen.



„Eng Aarbechtswelt, déi an engem séiere Wandel ass.“

Mir si frou haut e staarken OGBL a Landesverband ze sinn, déi grad an dese schwéieren Zäiten duerfir suergen, datt d'Interesse vun de Leit verdeedegt ginn. An der Pensioun an natierlech op der Aarbechtspilaz. An enger Aarbechtswelt, déi an engem séiere Wandel ass a villen Erausforderungen, duerch COVID, awer och duerch d'Digitalisatioun an duerch Transition écologique erlieft.

De sozialen Impakt vun deenen Entwécklungen, Risiken, an awer och méiglech Chancen analyséieren, dat sinn elo Erausforderunge fir eis Gewerkschaft.

An och wa mer eis sou oft e méigleche Retour zur Normalitéit wënschen, dierf et duerfir awer kee Retour zu deem Anormale ginn, wou de Profit virum Mënsch steet, wou d'Aarbecht d'Leit oft krank mécht.

Et gesäit ee leider, datt ëmmer méi Leit Schwieeregkeeten hu Privates a Beruf-flechtes ënnert een Hutt ze kréien, datt d'Leit, déi „plein temps“ schaffen oft gär géife manner schaffen an déi, déi „temps partiel“ schaffen, oft gär géife méi schaffen. Och Phenomener wéi Mobbing a Burn-out huele leider tendenziell weider zou.

Corona huet, dat ass jo elo net iwwerraschend, d'Situatioun nach eng kéier massiv verschäerft.

Mir müssen endlech an eng Welt kommen, wou déi sou oft zitéiert Work/Life Balance erreecht ass. D'Kris huet eis gewise wat wirklech wichteg ass am Liewen, eis Gesondheet an déi vun eise Léifsten.

Mir müssen déi Problemer eescht huelen. D'Patrone müssen déi Problemer eescht huelen. Ech weess, och si sinn am Moment geheit, virun allem déi Kleng- a Mëttelbetriber, wou et em dat puert Iwwerliewe geet.

Mee all Patron muss sech dach soen, datt seng Salariëe musse geschützt ginn, net nëmme virun de physesche Contrainten,

mee och virun deene psychosoziale Risike vun der Aarbecht. An hei muss legiferéiert ginn. Hei müssen obligatoresch Reegele kommen.

Ee Volet dovunner ass den Droit à la déconnexion, wou sech d'Sozialpartner am Conseil économique et social eens gi sinn, datt de Prinzip an de Code du travail muss kommen. Dat muss och elo séier geschéien. Här Aarbechtsminister, den Text ass prett!

Dem OGBL a Landesverband hir Fuerderung no besser gereegelten Aarbechtzäiten, no méi Previsibilitéit vun de Stonnen, déi ee muss schaffen, vun enger besserer

Harmonie tëscht Aarbechts- a Privat-liewen si méi wichteg wéi jee.

Dem OGBL a Landesverband hir Fuerderung vun enger allgemenger Aarbechtzäitverkierzung mat vollem Lounausgläich ass méi aktuell wéi jee!

D'Gesondheet an d'Sécherheet op der Aarbecht muss Virrang hu viru Rentabilitéits- a Produktivitéitsiwwerleeungen.

A verschiddene Secteure sinn d'Aarbechtswelt konditioune besonnesch schlecht.

Ech denken do zum Beispill un den Horeca-secteur, un de Commerce, mee natierlech och un de Botzsecteur.



„Kämpferesch Personaldelegatiounen.“



Am Commerce hate mer déi lescht Woche grouss Diskussiounen ëm d'Sonndesaarbecht. Hei hu ganz vill Betriber an deene leschte Joren d'Gesetz iwwer d'Limitatioun vun der Sonndesaarbecht op 4 Stonnen net agehalen a goufen dowéinst vun der ITM verwarnt. Trotz allen Efforte vum OGBL, fir eng zefriddestellend Léisung ze fannen an d'Fro iwwer de kollektivvertragleche Wee ze léisen, huet d'Patronat hei all Accord blockéiert. Et gëtt näischt fir näischt, an et ass net well ee säit Joren d'Gesetz net respektéiert, datt dat elo op eemol soll zur Norm ginn. Vergiesse mer net wat hei d'Zil vum Patronat ass: nämlech déi komplett Liberaliséierung vun den Öffnungszäiten, an déi ass mam OGBL ganz sécher net ze maachen!

Am Nettoyage hunn se misste kämpfen déi lescht Méint. Well si déi waren, déi un der vorderster Front stoungen. Déi systemrelevant sinn an ni opgehale hu mat

schaffen. Awer gläichzäiteg wollt d'Patronat aus dem Secteur näischt maachen op de Léin an op den Aarbechtsbedingungen. D'Kolleginnen an d'Kollegen hu missen op d'Strooss goen, hu misse streiden a mobiliséieren a ware bereet bis zum Äussersten ze goen.

An duerch hir Entschlossenheet an hire Courage, ass elo Bewegung an deem Dossier komm. A mir ginn do net no bis et zu engem gudde Kollektivvertragssofschloss kënnt.

An haart kämpfen a bis zum Äusserste goen, mussen och d'Kollege vun der Eurofoil. Hei ass et scho méi wäit, de Streik steet virun der Dier.

D'Urofstëmmung ass an de leschten Deeg gelaf. An dat mat engem Bommeresultat: Wäit iwwer 90% vun eise bal 200 Membere vun der Belegschaft si FIR e Streik!

E mobiliséiert, engagéiert a couragéiert Personal wat senger Direktioun esou staark géigeniwwer steet a weist: mir loossen eis net splécken! Mir loossen eis eis haart erkämpften Errongenschaften net ewech huelen! Och wann et soi-disant nëmme fir déi Nei ass! Mir falen net op dat perfid Spill eran!

An duerfir un all Militant hei op der Plaz, si sollen eis e Beispill sinn a mir sollen si ënnerstëtzen an hirem Aarbechtskampf bis och dee leschten Decideur vun der Eurofoil et verstanen huet!

A wat hei an deem Betrib am grouse Stil probéiert gëtt, muss ee leider soen, gëtt quasi flächendeckend an allen Industriebetriber hei am Land probéiert: an alle Kollektivvertragsverhandlung verschlechterungen op de Léin, op de Congéen, op de Primmen anzeféieren. An dat haaptsächlech ëmmer

fir déi nei Agestellten am Betrib...

Ech si frou, datt den OGBL en héije gewerkschaftlechen Organisationsgrad an deene Betriber huet. An kämpferesch Personaldelegatiounen. Déi op dat manipulatiivt Spill vum „diviser pour mieux régner“ net erafalen. Déi verstanen hunn, datt Corona oft als Ausried geholl gëtt fir Ofbau ze bedreiven. Déi sech dat net gefale loosson!

Esou wéi d'Kollegen an hirem Match bei der Guardian d'lescht Joer gekämpft hunn. An domadder gewisen hunn, datt een eppes kann erreechen. A wéi staark mer als OGBL all zesumme kënnen sinn.

Bei Arcelor Mittal konnte mer 3000 Aarbechtsplazen duerch gewerkschaftlechen Asaz, an awer och duerch de Sozialdialog am Lëtzebuurger Modell, der Tripartite, retten!

Doriwwer eraus ass hei och de Secteur vun der Stolindustrie ofgesécher ginn, mat senger historiescher an och ekonomescher Bedeutung fir eist Land. A fir all déi Betriber, déi direkt dovunner ofhänken.

Den Dossier Liberty Steel par contre mécht eis méi Suergen. Ech erënneren drun, datt

den OGBL vun Ufank un kritesch war vis-à-vis vum Projet a virun allem den zweifelhafte Finanzkonstrukter hannendrun.

A wann haut de Patron vu Liberty de Kapp an de Sand stécht ënnergedaucht ass an et net fäerdeg bréngt de Betrib ze retten, da muss den Tabu vun der Nationaliséierung gebrach ginn! Fir den Erhalt vum Site! Fir d'Aarbechtsplazen an d'Existenzen, déi drun hängen!

Am Banken- an Assurancësecteur erhoffe mer eis e positiven Ofschluss vun de Kollektivverträg. Och wann am Moment eng Gewerkschaft queesch schéisst an domadder der gemeinsamer Saach schued.

Déi am Télétravail, déi nieft den aarbechtsrechtlechen a steierleche Froe mat de Suitte vun der Isolatioun ze liewen hunn, déi säit Méint keen oder ganz wéineg Austausch hu mat hiren Aarbechtskollegen.

Déi am Chômage partiel, déi finanziell Verloschter erleiden an och nach musse mat der Angscht liewen, datt hir Aarbechtsplaz ganz verschwënnt oder vläicht eng ganz aner wäert si wéi virun.

Ech kann haut net op all Betrib an all Secteur agoen. Dat fällt mer schwéier. Well zënter dem Ufank vun der Pandemie wësse mer et: An alle Secteuren, an alle Berufsgruppe leiden déi schaffend Leit massiv ënnert dëser Kris. Déi aus der éischer Front, déi systemrelevant, déi ëmmer hu misse funktionéieren, weiderschaffe mat der Angscht sech unzestiechen. Fir datt d'Gesellschaft konnt weider dréinen.

„Mir si prett fir all déi Erausforderungen unzepaken.“

D'Zäiten déi elo op eis zoukommen, wäerte keng einfach ginn. Mir sinn eis dat ganz bewusst am OGBL an am Landesverband.

Mee, gleeft eppes, mir si prett fir all déi Erausforderungen unzepaken. A fir dowidder ze goe wann et néideg gëtt. Dorunner soll keen zweiwelen. D'Zukunft steet net am Virus geschriwwen. Si gëtt eréischt geschriwwen.

A mir wäerten se matschreiwten, mat iech. An an deem Zenario, dee mer schreiwte

wëllen, hunn déi schaffend Leit déi 1. Roll.

Déi mënschlech Dimensioun vun der Aarbecht muss erëm opgewäert ginn. D'Mënschen dierfen net méi just als Produktiounskäschten ugesi ginn, selwecht wéi eng Wuer oder eng Matière première.

Aarbecht unerkennen a se gutt bezuelen. Datt muss erëm an der Virdergrond geréckelt ginn.

An dofir sti mer all, onofhängeg vu wéi

engem Secteur.

Mir all zesumme sinn den OGBL an de Landesverband. A mir all zesumme kënnen eis och där do Erausforderung stellen. Am Interesse vun alle schaffende Leit, Rentner an hire Familien..

An dësem Sënn, passt op iech op a bleift gesond.

**Vive den 1. Mee! Vive de Landesverband!
Vive den OGBL!**



**An och wa mer
eis sou oft e méigleche
Retour zur Normalitéit
wënschen, dierf et duerfir
awer kee Retour zu deem
Anormale ginn, wou de
Profit virum Mënsch steet,
wou d'Aarbecht d'Leit
oft krank mécht.**



Reinigungssektor

Erneuerung des Kollektivvertrags für Arbeitnehmer im Sektor „Gebäudereinigung“



Trotz der durch die Covid-19-Krise verursachten sanitären Situation wurden die Ende 2019 begonnenen Verhandlungen zur Erneuerung des sektoralen Kollektivvertrags für die 11.220 Beschäftigten aus dem Gebäudereinigungssektor am 5. Mai 2021 erfolgreich abgeschlossen.

Am 17. Mai haben die Sozialpartner des Gebäudereinigungssektors den Kollektivvertrag für eine Dauer von drei Jahren, vom 1. Mai 2021 bis zum 30. April 2024, verlängert.

Folgende Verbesserungen wurden ausgehandelt:

Entwicklung der Stundenlohntabelle

- Erhöhung des vertraglichen Stundensatzes um 0,5% ab der nächsten Indexbranche und spätestens ab dem 1. März 2022.
- Neue Erhöhung des vertraglichen Stundensatzes um 0,5% ab dem 1. Januar 2024.

Erhöhung des gesetzlichen Betriebszugehörigkeitsurlaubs

- Ab 16 Jahren Betriebszugehörigkeit stehen dem Arbeitnehmer 27 (26+1) Jahresurlaubstage zu.
- Ab 26 Jahren Betriebszugehörigkeit stehen dem Arbeitnehmer 28 (26+2) Jahresurlaubstage zu.

Anpassung an die Gesetzgebung

- Anpassung an die Gesetzgebung des gesetzlichen Urlaubs, der gesetzlichen Feiertage, des Mutterschaftsschutzes der Frau bei der Arbeit.

Besondere Vorteile

- Kostenfreie Aushändigung des Gehaltszettels auf Papier

Die Gespräche für die Erneuerung des Kollektivvertrags werden ab dem 1. Mai 2023 wiederaufgenommen mit dem Ziel, eine neue Vereinbarung vor Ablauf des Kollektivvertrags zu erreichen. Alle anderen Leistungen werden beibehalten und bleiben garantiert.

Der neue Kollektivvertrag von POST Luxembourg



Ein Gespräch mit dem freigestellten Delegierten des OGBL bei POST Luxembourg Salim Latrèche

Salim, warum ein Kollektivvertrag (KV) bei POST Luxembourg?

Das Arbeitsgesetzbuch schweigt in vielen Bereichen, die der KV gewissermaßen zurechtzurücken versucht. Es ist wichtig zu wissen, dass ein gut ausgehandelter KV es ermöglicht, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeitnehmer auszugleichen.

Welche Laufzeit hat der neue KV?

Die Laufzeit des neuen Kollektivvertrags 3.0 beträgt drei Jahre. Sie beginnt am 1. Januar 2021 und gilt bis zum 31. Dezember 2023.

Wen betrifft der KV 3.0?

Unter den Geltungsbereich des neuen KV 3.0 bei POST Luxembourg fallen alle privatrechtlichen Arbeitnehmer, deren Arbeitsvertrag durch das Arbeitsgesetzbuch geregelt wird.

Wer verhandelt bei POST Luxembourg?

Rechtlich gesehen muss ein Kollektivvertrag zwischen der Geschäftsführung und jenen Gewerkschaften, die über eine nationale oder sektorielle Repräsentativität verfügen, ausgehandelt werden. Aber noch wichtiger als der rechtliche Aspekt ist die Tatsache, dass die nationalen Gewerkschaften die nötige Unabhängigkeit vom Unternehmen haben, um jedem Druck standzuhalten. OGBL und LCGB erfüllen diese Bedingungen, das „Syndicat des P&T“ nicht.

Wer ist für die Verhandlungen verantwortlich?

Bei Post Luxembourg hätte der LCGB,

angesichts der Ergebnisse der letzten Sozialwahlen, die Federführung bei den Lohnverhandlungen übernehmen müssen. Der LCGB hat sich aber seiner Verantwortung entzogen in dem er die Federführung für die Verhandlungen an das „Syndicat des P&T“ abtrat.

Welche Verbesserungen wurden ausgehandelt?

Die fixen Löhne wurden verbessert. Allen Arbeitnehmern wird jedes zweite Jahr eine automatische Lohnerhöhung garantiert. Die Essenzulage wird in diesem Jahr auf 147€ und im Jahr 2022 auf 204€ erhöht. Die Arbeitnehmer verfügen jetzt über ein Arbeitszeitsparkonto, RET genannt, und eine Gleitzeitregelung.

Ist der KV 3.0 ein guter Kollektivvertrag?

Nein, ganz und gar nicht. Die Löhne werden nun vom direkten Vorgesetzten festgelegt. Außerdem wird bei den Vergütungen verstärkt mit zweierlei Maß gemessen, dies zum Nachteil der unteren Laufbahnen. So haben z. B. die unteren Laufbahnen kein Anrecht auf den Jahresbonus, auch wenn sie ihr Ziel übertreffen. Es ist anzumerken, dass dieser KV noch zu weit von den Gehaltsstandards im öffentlichen Dienst entfernt ist, die bei der POST Luxembourg seit 2009 abgeschafft wurden. Wenn ich an meine Gehaltsbedingungen als Staatsarbeitnehmer bei POST Luxembourg denke, sehe ich, dass der Abstand immer noch riesig ist. Und zufällig werden meine Lohnbedingungen vom OGBL ausgehandelt.

Warum hat der OGBL dann unterschrieben?

Die Unterschrift ermöglicht es uns, weiterhin die Arbeitnehmer zu verteidigen und die positiven Ergebnisse unserer letzten gewerkschaftlichen Einsätze beweisen dies. Als OGBL-Delegierter bei POST Luxembourg kann und will ich meine Arbeitskolleginnen und -kollegen nicht im Stich lassen. Stellen Sie sich einen Sozialplan ohne die Stärke und Erfahrung des OGBL vor!

Salim, die letzten Verhandlungen haben sich hingezogen! Warum?

Wir haben die Verhandlungen im Mai 2018 begonnen, unsere Partner vom LCGB und des „Syndicat des P&T“ haben kurzerhand beschlossen, die Verhandlungen zu stoppen, um sich auf die Sozialwahlen vorzubereiten. Der LCGB hat die Verantwortung für die Verhandlungen an das „Syndicat des P&T“ übergeben, dem es eindeutig an Erfahrung fehlt. Können Sie sich vorstellen, dass wir seitdem sehr viel an den Vorschlägen des Arbeitgebers gearbeitet haben, anstatt an unseren eigenen? So etwas habe ich noch nie gesehen! Die OGBL musste mit der Faust auf den Tisch hauen, um die eigentliche Diskussion über bessere Laufbahnen und den gemeinsamen gewerkschaftlichen Forderungskatalog endlich wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Die gemeinsame Hauptforderung der Gewerkschaften war die Wiedereinführung der Gehaltsnormen des öffentlichen Dienstes bei Post Luxembourg. LCGB und „Syndicat des P&T“ haben diese zentrale Forderung fallen gelassen. Meiner Meinung nach kann man seinen Kollegen nicht die besten Bedingungen für den öffentlichen Dienst versprechen und sie dann bei der ersten Verhandlungssitzung fallen lassen. Also haben wir unsere gewerkschaftliche Arbeit gemacht indem wir die Arbeitskollegen informiert und uns gewehrt haben, auch wenn dies einige gestört hat!

Und was nun?

Wenn man sich vorstellt, dass die Gehälter jetzt bis zu 40% vom Wohlwollen des Chefs abhängen können, wird klar, dass die Arbeitnehmer von Post Luxembourg mehr denn je eine starke, kompetente und vor allem unabhängige Gewerkschaft brauchen. Wir, die OGBL-Delegierten bei POST Luxembourg, bleiben mobilisiert, um die Arbeitsbedingungen, die Löhne und die Interessen aller Arbeitnehmer von POST Luxembourg zu verteidigen. ◊

Taxisektor: Unterzeichnung eines sektoralen Beschäftigungserhaltungsplans

OGBL und LCGB unterzeichneten am 19. Mai 2021 einen sektoralen Beschäftigungserhaltungsplan mit dem Verband der Taxis, Miet- und Krankenwagen für den Taxisektor.

Der Taxisektor hat während der Covid-19-Krise enorm gelitten. Aufgrund der Pandemie zögern viele potenzielle Kunden immer noch, ein Taxi zu nehmen, und die erheblichen Verluste in der Luftfahrt- und Veranstaltungsbranche haben auch große Auswirkungen auf den Taxisektor. Der von den Sozialpartnern unterzeichnete Beschäftigungserhaltungsplan wird dazu beitragen, nachteilige Auswirkungen auf die rund 900 Arbeitnehmer des Sek-

tors zu vermeiden. Dieser für einen Zeitraum von 7 Monaten, d.h. vom 1. Juni 2021 bis zum 31. Dezember 2021 (vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Behörden) abgeschlossene Beschäftigungserhaltungsplan soll die Existenzsicherung der Arbeitnehmer insbesondere durch die folgenden Maßnahmen gewährleisten:

- freiwillige Teilzeitarbeit
- freiwillige Laufbahnunterbrechung (unbezahlter Urlaub)
- Kurzarbeit
- Anpassungsvorruhestand
- Befristete Überlassung von Arbeitskräften

- Nicht-Ersetzung von Abgängen
- Förderung von internen und externen Schulungen für Arbeitnehmer
- Verbot von Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen während der Laufzeit des Beschäftigungserhaltungsplans. ◊



G4S Security Solutions sàrl: Einigung auf einen Plan zum Beschäftigungserhalt – Gewerkschaften und Direktion wollen Entlassungen vermeiden

Nach zwei Wochen intensiver Verhandlungen unterzeichneten die Gewerkschaften OGBL und LCGB sowie die Personaldelegation am 1. Juni 2021 eine Vereinbarung mit der Geschäftsführung von G4S Security Solutions sàrl.

Während die Direktion am 7. Mai angekündigt hatte, 80 Stellen abzubauen, darunter 60 Entlassungen, forderten die Arbeitnehmervertreter sofort einen echten Plan zum Beschäftigungserhalt. Nach 6 Verhandlungssitzungen wurde eine Einigung erzielt, die die Karrierewege der betroffenen Arbeitnehmer sichern und das Risiko von Entlassungen deutlich, wenn nicht sogar vollständig, reduzieren sollte.

Die von den Sozialpartnern ausgehandelte Vereinbarung muss noch bei den zuständigen Behörden zur Genehmigung eingereicht werden. Eine Reihe von Maßnahmen konnten ergriffen werden, um

Entlassungen zu vermeiden. Besonderes Augenmerk wurde auf die Schulungsbemühungen im Hinblick auf eine interne oder sogar externe Neuorientierung der betroffenen Mitarbeiter gelegt, und es wird ein Plan zum freiwilligen Ausscheiden initiiert. Die Gewerkschaften und das Management haben sich auch an Fedil Security Services gewandt, um Lösungen innerhalb des Wach- und privaten Sicherheitssektors zu finden.

Darüber hinaus analysiert ein Überwachungsausschuss, der sich aus Personalvertretern und der Geschäftsleitung zusammensetzt, jeden Monat die wirtschaftliche, finanzielle, soziale und geschäftliche Situation des Unternehmens, die Entwicklung der Belegschaft, Neueinstellungen und Abgänge, Arbeitnehmer, die sich in einer Neueinstufung befinden, die Entwicklung der Stundenzahl, Arbeitnehmer in Kurzarbeit, die

Neuorientierung/Neueinstufung von Arbeitnehmern, Ausbildungspläne und die Entwicklung der Zahl der Verträge

Verbessert sich die wirtschaftliche und kommerzielle Situation immer noch nicht und kann mit allen verhandelten und voll ausgeschöpften Maßnahmen das gemeinsame Ziel, alle Arbeitnehmer zu versetzen und damit die Zahl der Entlassungen auf Null zu reduzieren, nicht erreicht werden, kann das Unternehmen dann mit einer Höchstzahl von 15 betriebsbedingten Kündigungen vorgehen, frühestens am 1. Dezember 2021. In diesem Fall sind ein finanzieller Ausgleich und begleitende Maßnahmen vorgesehen.

G4S, mit Sitz in Gasperich, beschäftigt derzeit rund 1.200 Arbeitnehmer. Es ist einer der Hauptakteure im privaten Sicherheits- und Wachsektor in Luxemburg. ◊

Eine Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitnehmer im Horeca-Sektor

Am 3. Juni 2021 unterzeichnete der OGBL mit dem Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafésbesitzer (Horesca) sowie dem LCGB einen sektoralen Plan zum Beschäftigungserhalt im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe ist zweifellos einer der Sektoren, der am stärksten von der sanitären Krise betroffen ist. Nach Monaten der Zwangsschließung ist die Erholung immer noch von sanitären Einschränkungen geprägt.

In diesem Zusammenhang war es für den OGBL dringend notwendig, die Arbeitsplätze der rund 18.000 Beschäftigten in der Branche zu sichern.

Der soeben unterzeichnete Plan sieht u.a. den Einsatz von Vorruehstandsregelungen, die temporäre Ausleihe von Arbeitskräften und die Nicht-Ersetzung von „natürlichen“ Abgängen vor. Außerdem wird es den Unternehmen ermöglicht, weiterhin auf Kurzarbeit zu setzen.

Der OGBL freut sich besonders, dass der Plan auch eine Arbeitsplatzgarantie vorsieht. So müssen sich Unternehmen, die die in dem Plan vorgesehenen Maßnahmen in Anspruch nehmen, verpflichten, während dessen Laufzeit keine Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen vorzunehmen.

Dieser Plan zum Beschäftigungserhalt wurde für einen Zeitraum von 6 Monaten, d.h. vom 1. Juli bis 31. Dezember 2021, abgeschlossen. ◊



Busfahrer haben immer noch kein Zugang zu Toiletten!

Immer wieder werden die Personaldelegierten des OGBL-Syndikats Straßentransport/ACAL von Busfahrern der privaten Busunternehmen angesprochen, die zwischen den Fahrten keinen Zugang zu Toiletten haben.

Seit Jahren schon sind diese Zustände bekannt und werden immer wieder von Fahrern, von Delegierten und vom OGBL-Syndikat Straßentransport/ACAL thematisiert.

Viele Fahrer berichten ihren OGBL-Delegierten sogar davon, dass es stellenweise schlimmer geworden sei! Viele neue Endhaltestellen führen zu weniger verfügbaren Toiletten und wegen der Pandemie können einige bis dahin noch verfügbare Toiletten nicht mehr betreten werden. Außerdem haben Busfahrer dadurch ein erhöhtes Risiko für Blasenkrankungen.

Deswegen hatten Vertreter des OGBL-Syndikats Straßentransport/ACAL am 30. März eine Unterredung mit Verantwortlichen der Verwaltung des öffentlichen Transports des Ministeriums für Mobilität und öffentliche Arbeiten.

Das Ministerium unterstützt derzeit die Gemeinden mit einem Zuschuss dabei, den Busfahrern Toiletten zur Verfügung zu stellen. Leider mit wenig Erfolg. Viele Gemeinden nutzen die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht.

Rezent hatte sich das Ministerium bereits die Zentralisierung der Zuständigkeit für die Bushaltestellen in Erwägung gezogen, um das Problem endlich zu lösen. Wenn sich diese Lösung durchsetzen sollte, würde dies bedeuten, dass in Zukunft nicht mehr die Gemeinden, sondern das Ministerium zuständig wäre für die Bereitstellung von Toiletten für Busfahrer.

Das OGBL-Syndikat Straßentransport/ACAL hat bei der Unterredung seine volle

Unterstützung für diesen Vorschlag ausgesprochen. Wenn die Verantwortlichkeit für die Bereitstellung von Toiletten beim Ministerium liegt, ist es für uns wesentlich einfacher, bei Bedarf Kontakt aufzunehmen, als es derzeit ist. Die Anliegen der Fahrer könnten viel einfacher Gehör finden als bei einer zwischen 102 einzelnen Gemeinden aufgeteilten Verantwortlichkeit.

Außerdem haben die Vertreter des OGBL-Syndikats Straßentransport/ACAL darauf hingewiesen, dass Fahrer, die zum RGTR-Netzwerk gehören, immer noch ungenügend Zugang zu den Toiletten der städtischen AVL haben, in erster Linie bedingt durch ein uneinheitliches Zugangssystem. Deswegen muss schnellstmöglich ein einheitliches Zugangssystem her, das auch für RGTR-Fahrer zugänglich ist!

Die Unterredung mit den Verantwortlichen der Verwaltung des öffentlichen Transports ist insgesamt konstruktiv verlaufen. Es gibt endlich konkrete Pisten, wie das Problem angegangen werden kann. Das OGBL-Syndikat Straßentransport/ACAL und seine Personaldelegierten werden darauf achten, dass diese auch zeitig umgesetzt werden. Die Busfahrer können nicht ewig warten. ◊



Endlich eine Zukunft für den Standort von Guardian in Niederkerschen

Nach zahlreichen sehr schwierigen Monaten hat der Glashersteller Guardian am 10. Mai 2021 die Investition in einen neuen hochmodernen Schmelzofen am Standort Niederkerschen bestätigt.

Der OGBL begrüßt diese Ankündigung als sehr gute Nachricht für alle Arbeitnehmer von Guardian. Die Investition in einen neuen Schmelzofen in Luxemburg war eine der Hauptforderungen des OGBL. Sie ist in der Tat eine Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Aktivität und der Arbeitsplätze in Luxemburg.

Sobald die Schließung des Ofens in Düdelingen angekündigt worden war, hatte der OGBL eine solche Investition vom Unternehmen gefordert. In Begleitung der Personaldelegation traf sich der OGBL mit den zuständigen Ministern, um die Bedeutung der Guardian-Standorte in Luxemburg zu unterstreichen.

Vor einigen Wochen besuchten der OGBL und die Guardian-Personaldelegation auch den Guardian-Vizepräsidenten in Bartringen, um ihn davon zu überzeugen, mehr in Luxemburg zu investieren.

Das Beharren des OGBL und der Personaldelegation scheint endlich Früchte getragen zu haben.

Der OGBL möchte auch das Engagement des Wirtschaftsministeriums in dieser Angelegenheit begrüßen. Der OGBL wird die Arbeitnehmer von Guardian weiterhin unterstützen und ihre Interessen verteidigen, was auch immer die kommenden Herausforderungen sein mögen.

Die Verteidigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung sind und bleiben die Prioritäten des OGBL. ◊

Für eine kohärente Reform der Ausbildung in den Gesundheitsberufen

Nachdem die Petition 1811, die vom Krankenpflegerstudenten Théo Duhamel ins Leben gerufen wurde die Schwelle der 4500 Unterschriften erreicht hatte, sollte es am 1. Juni 2021 in der Abgeordnetenkammer zu einer öffentlichen Debatte über die Ausbildung der Krankenpfleger kommen. Da es der neuen Reform eindeutig, durch einen im Vorfeld nicht vorhandenen Sozialdialog an Kohärenz fehlt, hat der OGBL, zusammen mit sämtlichen Berufsorganisationen, Gewerkschaften, sowie den Lehrern und Studenten des Gesundheitssektors, diese Gelegenheit genutzt um vor der Abgeordnetenkammer zu manifestieren. Die Forderung war eindeutig: Die aktuell angekündigte Reform muss umgehend auf Eis gelegt werden und im Sozialdialog mit allen Betroffenen überarbeitet werden.

Der OGBL ist empört über die angekündigte Reform der Ausbildung der Gesund-

heitsberufe. Gerade in Pandemie-Zeiten scheint es grotesk eine so wichtige Reform ohne qualitativen Sozialdialog durchzudrücken.

Auch wenn die Schaffung eines Bachelordiploms grundsätzlich positiv ist, so haben alle betroffenen Organisationen immer wieder davor gewarnt durch die Reform der Ausbildung mehrere Klassen von Krankenpfleger zu schaffen. Dadurch, dass heute die Regierung alle Einwände der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Ausbilder einfach ignoriert hat und sich unter anderem weigert die veraltete BTS-Ausbildung abzuschaffen, wurde weder die aktuelle Ausbildung an die neuen Realitäten des Berufes angepasst, noch wurde die Ausbildung qualitativ aufgewertet.

Konkret sollen laut Regierung in Zukunft BTS-Krankenpfleger, Bachelor-Krankenpfleger und sogar Bachelor-plus-Kran-

kenpfleger die Gesundheitslandschaft in Luxemburg schmücken. Aus eins mach drei dürfte hier die Devise gewesen sein. Zwar wird jetzt eine teure Bachelorausbildung zum Krankenpfleger geschaffen, jedoch wird, in diesem neu geschaffenen Chaos, die Präsenz der neu ausgebildeten Fachkräfte am Bett des Patienten im Nachhinein bestenfalls marginal sein. Darüber hinaus gibt es aktuell zu wenig Ausbildungspersonal um Krankenpflegerstudenten in drei verschiedenen Stufen auszubilden.

Dass sich alle betroffenen Organisationen der Arbeitnehmer, Studenten und Ausbilder unter anderem beim „Gesundheitsdösch“ im Vorfeld gegen mehrere Klassen von Krankenpflegern ausgesprochen haben, verdeutlicht nicht nur, dass es sich hier bestenfalls um eine Showveranstaltung handelt, sondern auch, dass diese Reform im stillen Kämmerlein und ohne Diskussion mit den betroffenen Arbeit-



nehmern, Studenten und ihren Ausbildern in einer interministeriellen Arbeitsgruppe ausgetüftelt wurde.

Darüber hinaus kann die Reform nur greifen, wenn sie auf einem kohärenten Modell der unterschiedlichen, im Sektor präsenten, Berufe fußt. Neben den neu geschaffenen Krankenpfleger Ausbildungen bleibt weiterhin unklar, wie sich eine Aufwertung der Ausbildungen des „Aide-Soignant“ oder darüber hinaus des „Auxiliaire de vie“ und des „Aide socio-familial“ in den Augen der Regierung in das Gefüge einbinden soll.

Auch die „Infirmiers spécialisés“-Ausbildungen, die eigentlich auf der des Krankenpflegers aufbauen, sollen nun laut der neuen Reform als weiteren Bachelor Abschluss ohne zusätzliche ECTS Punkte in das Chaoskonstrukt beigefügt werden. Gerade die spezialisierten Krankenpfleger sind stark von einem Nachwuchsmangel

betroffen und durch diese Verkalkulierung riskiert der Sprung vom Krankenpfleger zum spezialisierten Krankenpfleger in Zukunft noch weniger in Anspruch genommen zu werden als dies aktuell der Fall ist.

Auch in Bezug auf die Erzieherausbildung kündigte der Bildungsminister Claude Meisch am 11. Mai überraschend und aus heiterem Himmel eine Reform an, die einer totalen Abwertung der aktuellen Ausbildung gleichkommt. Das angekündigte Projekt soll es Absolventen eines sozialwissenschaftlichen Sekundarschulabschlusses (GSO) ermöglichen, die Erzieherausbildung in nur einem statt drei Jahren zu absolvieren.

Wir erinnern daran, dass es sich hier um eine Ausbildung handelt, die sehr praxisorientiert ist. Durch die Verkürzung der Ausbildungsjahre werden die künftige Generationen von Erziehern, nicht alle

nötigen theoretischen und vor allem praktischen Kenntnisse erwerben können.

Das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen streicht hervor, dass gerade im letzten Jahr die Bedeutung und Relevanz der sozialen Berufe verdeutlicht wurde. Sie haben nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für tausende Mütter und Väter gesichert, sondern auch durch hochqualifizierte Arbeit die Schwächsten unserer Gesellschaft in dieser unsicheren Zeit aufgefangen und betreut.

Für das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen des OGBL ist somit klar, beide Reformprojekte müssen vom Tisch! Weitere gewerkschaftliche Aktionen sind geplant um die aktuelle realitätsfremde Reformen zu verhindern. Solche Vorhaben können nur im Sozialdialog mit den betroffenen Arbeitnehmern ausgearbeitet werden.◊



Das Reformprojekt der Erzieherausbildung ist gleichzusetzen mit Qualitätsverlust

Das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen, das OGBL-Syndikat Erziehung und Wissenschaft (SEW), die APCCA und die APESS sind empört über die von Bildungsminister Claude Meisch angekündigte Reform – eine Ankündigung, die ohne jeden vorherigen sozialen Dialog erfolgte. Herr Meisch hat sich wieder einmal über den sozialen Dialog hinweggesetzt.

Am 11. Mai kündigte der Bildungsminister eine Reform der Erzieherausbildung an, die mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Kraft tritt und es Absolventen eines sozialwissenschaftlichen Sekundarschulabschlusses ermöglicht, die Erzieherausbildung in nur einem statt drei Jahren zu absolvieren.

Derzeit dauert die Ausbildung eines Diplom-Erziehers am Technischen Gymnasium für Erziehungs- und Sozialberufe (LTPES) drei Jahre – eine Ausbildung, die sich nicht nur auf die theoretische Ausbildung beschränkt, sondern auch sehr praxisorientiert ist. Pflichtpraktika (26 Wochen Praktika) sind integraler Bestandteil des Studienprogramms und erfordern die praktische Anwendung des theoretischen Wissens.

Die vom Minister angekündigte Reform soll den Beruf attraktiver machen und den derzeitigen Mangel im sozialpädagogischen Bereich bekämpfen, der angesichts des wachsenden Bedarfs an diesen Fachkräften immer akuter geworden ist.

Durch die Reduzierung der Zahl der Ausbildungsjahre wird die künftige Generation von Erziehern, die diesen neuen Weg in den Beruf einschlagen, jedoch nicht alle theoretischen und vor allem praktischen Kenntnisse erwerben können.

Fundierte praktische Kenntnisse sind unerlässlich, um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Leistungsempfänger



Durch die Reduzierung der Zahl der Ausbildungsjahre wird die künftige Generation von Erziehern, die diesen neuen Weg in den Beruf einschlagen, jedoch nicht alle theoretischen und vor allem praktischen Kenntnisse erwerben können.

zu gewährleisten. Die Krise mit ihren vielen Herausforderungen hat gezeigt, wie wichtig der Beruf des Erziehers für die Wirtschaft des Landes ist. Die Betreuung von Kindern, deren Eltern im Gesundheitswesen arbeiten, die Betreuung von Kindern und Familien in Not, die Mitwirkung bei der Erziehung und beim Unterricht von Kindern und Jugendlichen im Bereich von Schulen, Hochschulen und Kompetenzzentren, die Betreuung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ... um nur einige Beispiele ihrer Kompetenzbereiche zu nennen, zeigen, dass Erzieher unverzichtbar sind und das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden.

Aus diesem Grund können OGBL, APCCA und APESS eine Reform nicht unterstützen, die zu einer Abwertung des Berufs

führt – was nicht nur einen Zweiklassen-Zugang zum besagten Beruf schafft, sondern gleichzeitig eine Herabsetzung von Qualität und Kompetenzen erzeugt.

Vor vollendete Tatsachen gestellt, bedauern OGBL, APCCA und APESS zutiefst, dass Minister Meisch sich nicht die Mühe gemacht hat, die vier Berufssyndikate, nämlich das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen, das OGBL-Syndikat Erziehung und Wissenschaft, die APCCA und die APESS vorher zu konsultieren.

Daher fordern OGBL, APCCA und APESS die sofortige Rücknahme dieses Entwurfs und fordern den Minister auf, sie in alle zukünftigen Initiativen und Gesetzesvorlagen einzubeziehen. ◊

Paul Wurth: Verkauf der Staatsanteile an die SMS-Gruppe – Der OGBL fordert vom Konzern echte förmliche Verpflichtungen

Nach der Ankündigung, dass SMS die luxemburgischen Staatsanteile zurückkaufen würde, trafen sich die Gewerkschaften OGBL und LCGB am 8. April mit dem Wirtschaftsminister und am 15. April 2021 mit der Generaldirektion von Paul Wurth.

Bei diesen Treffen erläuterte der Minister die Gründe für den Verkauf der staatlichen Anteile und wies darauf hin, dass die besessenen Anteile nur eine Minderheitsbeteiligung darstellten. Er betonte jedoch, dass er Kooperationsvereinbarungen ausgehandelt habe, die es ermöglichen würden, eine günstige Perspektive für die Entwicklung des Unternehmens in Luxemburg aufzubauen. Diese Kooperationsvereinbarungen werden darin bestehen, Verpflichtungen, sowohl auf der industriellen als auch auf der Grundbesitzseite zu besiegeln.

So sieht die Vereinbarung den Bau eines neuen Gebäudes auf dem Gelände in Hollerich sowie die Entwicklung einer neuen Technologie vor, die auf der Entkarbonisierung des Stahlherstellungsprozesses gründet und durch eine Partnerschaft mit der Universität Luxemburg unterstützt wird. Zwei Vertreter des Staates werden auch im Vorstand der Gruppe sitzen, und es wird ein Gremium zur Überwachung der vereinbarten Verpflichtungen eingerichtet. Was die Grundstückskomponente betrifft, so wird der Staat seinen Anteil von 40 % am Grundstück behalten. Folglich wird eine Gesellschaft gegründet, die das Vermögen verwaltet.

Bei den verschiedenen Treffen beklagten die Gewerkschaften diesen totalen Rückzug des luxemburgischen Staates, der die Entscheidungsgewalt für die Zukunft dieses Modellunternehmens im Lande schwächt, ohne die Auswirkungen auf die historische Präsenz der Stahlindustrie zu vergessen. OGBL und LCGB legten auch ihre Ansichten zu den möglichen

Folgen dieser totalen Übernahme dar und baten um Klarstellungen und Unterstützung durch die Regierung, insbesondere in Bezug auf Garantien auf der Ebene des Sozialdialogs (bereits vereinbarte nationale Abkommen, aber vor allem faktische Verpflichtungen von SMS, die von der Regierung unterstützt werden).

Um die Arbeitsplätze in Luxemburg zu sichern, haben OGBL und LCGB ebenfalls Bedenken geäußert und Garantien für ALLE Arbeitnehmer des Luxemburger Unternehmens gefordert. In der Tat sind die mit dem Kollektivvertrag und dem Arbeitsplatzerhaltungsplan verbundenen Abkommen effektiv bis Ende 2023 gültig. OGBL und LCGB müssen jedoch besorgt sein über die Ankündigung des Finanzministers, Garantien für 300 bis 350 Arbeitsplätze zu gewähren. Derzeit sind am Standort Paul Wurth Luxemburg 481 Arbeitnehmer beschäftigt, davon 129 Leiharbeiter. Was wird mit den anderen Arbeitnehmern passieren?

Seitens der Regierung wurde an bestimmte Garantien erinnert, wie zum Beispiel, dass Paul Wurth Luxemburg das weltweite Kompetenzzentrum für die Ent-

wicklung des Wasserstoffverfahrens, besser bekannt als „Green Steel“, sein wird. Es sind große Investitionen geplant, die eine Zukunftsperspektive für „High Performance“-Arbeitsplätze garantieren, und die Schlüsselpositionen in der Generaldirektion der Gruppe werden von luxemburgischen Führungskräften besetzt.

Abschließend fordern OGBL und LCGB von der SMS-Gruppe echte formale Verpflichtungen, die über die nationalen Abkommen, die derzeit validiert werden, hinausgehen. OGBL und LCGB haben um ein dringendes Treffen mit der Generaldirektion gebeten, um ein Abkommen zwischen den Sozialpartnern zu finden, das von der Regierung unterstützt wird, um die Garantien für die Beschäftigung und die Zukunft des luxemburgischen Unternehmens in Stein zu meißeln.

Die Personaldelegation wird zusammen mit OGBL und LCGB die tägliche Entwicklung des Unternehmens genau beobachten und jede mögliche Abweichung zum Nachteil der Arbeitnehmer im strengen Interesse der Arbeitsplätze und der Entwicklung des Unternehmens genauestens im Auge behalten. ◊



Liberty Steel Düdelingen: Die Arbeitnehmer haben die Nase gestrichen voll!

Die Arbeitnehmer in Düdelingen haben die Nase voll von den nie eingehaltenen Versprechungen! Nie getätigte Investitionen! Monate und Jahre der Ungewissheit!

Am 4. Juni 2021 organisierten Personalvertreter und Gewerkschaften eine Protestaktion vor dem Standort Düdelingen von Liberty Steel. Ziel dieser Protestaktion war es, die Arbeitnehmer zu unterstützen und eine dauerhafte Lösung für den Standort Düdelingen und alle davon abhängigen Arbeitsplätze zu fordern.

Die Liberty-Seifenoper läuft nun schon seit fast drei Jahren und die Situation hat sich immer weiter verschlechtert. Gupta Family Group Alliance (GFG) oder Liberty House, so viele Namen, aber immer steckt die Familie Gupta dahinter und führt alle an der Nase herum. Das Unternehmen driftet ab und steht kurz vor dem Untergang, wobei Zehntausende von Arbeitsplätzen weltweit mitgerissen werden.

Der Kapitän, Sanjeev Gupta, ist schon lange von Bord gegangen. Seit der Amtseinführung im Jahr 2020 hat ihn in Luxemburg niemand mehr wirklich gesehen. Laut letzten Nachrichten lebt er zurückgezogen in Dubai. Die luxemburgische Delegation und die Gewerkschaften hatten darum gebeten, ihn persönlich zu sehen, aber er reagierte nie auf diese Anfrage.

Gupta spielt gerne mit dem Geld anderer Leute, aber nie mit seinem eigenen

Von Anfang an hatte der OGBL die Schwächen des Gupta-Systems und das Fehlen einer industriellen Strategie erkannt. Dieses System war ausschließlich auf Schulden aufgebaut, um die Gruppe zu vergrößern, und verwendete viele Finanzinstrumente, die an die Finanzkrise von 2008 erinnern. Jeder neue Standort, wie Düdelingen, wurde mit geliehenem Geld gekauft. Betriebsmittel und Investitionen mussten mit neuen Krediten finanziert

werden. Zu keinem Zeitpunkt war von Beiträgen der Familie Gupta oder des Konzerns direkt die Rede. Irgendwann musste alles sich selbst finanzieren.

Hinter diesem System steckte eine einzige britische Bank, Greensill Capital, die der Gruppe Geld lieh. Bis heute ist es schwierig zu wissen, was wirklich passiert ist, und viele Untersuchungen sind im Gange. Eines ist jedoch sicher: Die Bank meldete Konkurs an und legte alle Schwachstellen im System offen. Das Kartenhaus, das der OGBL von Anfang an erkannt hatte, ist leider in sich zusammengefallen.

Wem gehört der Standort Düdelingen?

Der Standort Düdelingen sowie andere Standorte der Gruppe wurden als Sicherheiten für Kredite zur Finanzierung der Aktivitäten der Gruppe verwendet. Laut Presseberichten wurden die Kredite offenbar auch zur Finanzierung des Lebensstils der Familie Gupta mit ihren Luxushäusern und Privatjets verwendet. Sie wollte ein industrielles Imperium schaffen und hatte dabei nur den finanziellen Aspekt im Sinn, aber jetzt fällt alles auseinander.

Besorgniserregender ist, dass niemand in der Lage ist zu sagen, ob der Standort

Düdelingen noch Liberty gehört oder dem britischen Insolvenzverwalter von Greensill, der jederzeit auftauchen kann, um die Möbel oder den gesamten Standort zu verkaufen.

Für den OGBL wird auch immer deutlicher, dass der Grund, warum der Standort Düdelingen so lange überlebt hat, in der Kurzarbeit und in Finanzpraktiken wie Factoring, Reverse Factoring oder der Finanzierung der Lieferkette liegt. Dies verschaffte dem Unternehmen schnellen Zugang zu Liquidität, ließ allerdings dadurch einige Federn, da die Finanzvermittler einen Anteil auf Kosten der verschiedenen Standorte einnahmen.

Was können wir über die zahlreichen Sanierungspläne mit schrillen Namen sagen, die der Konzern den Arbeitnehmern zu verkaufen versuchte? Der „100-Tage-Plan“, der mehr als 100 Tage dauerte, die „Route 66“, die nirgendwohin führte, das „Athena“-Projekt, das sich auf griechische Gottheiten berief. All diese lahmen Projekte brachten nie Ergebnisse, sondern verlangten von den Arbeitnehmern jedes Mal mehr Einsatz.

Was die Investitionen für Lüttich und Düdelingen betrifft, so warten die Gehäl-



ter immer noch auf die von Sanjeev Gupta für Anfang 2020 versprochenen 100 Millionen Euro.

Für den OGBL ist die Situation klar. Das Abenteuer Liberty neigt sich seinem Ende zu und es ist an der Zeit, die Nabelschnur durchzuschneiden

Vor drei Jahren wollte der OGBL Liberty nicht, aber die Europäische Kommission hat es ihm aufgezwungen. Der OGBL hatte gemeinsam mit belgischen Kollegen der FGTB und anderen europäischen Gewerkschaften diesen Zwangsverkauf und die Trennung von ArcelorMittal kritisiert und angeprangert. Es gab andere Angebote und diese wurden nicht berücksichtigt. Wie konnte die Kommission Liberty vertrauen, obwohl sie wusste, dass Gupta bereits einige Jahre zuvor nur knapp dem Konkurs entgangen war?

Wo ist die Kommission heute? Sie hatte den Gewerkschaften versprochen, die Übernahme zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Standorte weiter betrieben werden und keine Arbeitsplätze verloren gehen. Aber nichts dergleichen: kein Treffen, keine Kontrollinstanz.

Eines scheint klar: Dies ist ein Totalausfall der europäischen Industriepolitik. In einer Zeit, in der die Kommission die Industrie als wesentlich und strategisch wichtig erklärt und in der die sanitäre Krise gezeigt hat, dass Europa neu industrialisiert werden muss, lässt sie das so laufen, und ein Teil unserer Industrie droht zu verschwinden.

Die Kommission muss ihre Verantwortung übernehmen und den Standorten helfen Liberty loszuwerden

Zum Zeitpunkt der Übernahme beschäftigte Düdelingen rund 300 Arbeitnehmer, heute sind es nur noch etwa 220. Gupta hatte versprochen, dass es keinen Stellenabbau geben würde, aber nicht alle Abgänge wurden ersetzt, die befristeten Verträge wurden nicht verlängert oder in unbefristete Verträge umgewandelt, wie ursprünglich geplant. Der Stellenabbau wird verschleiert! Und hier zählt der OGBL

nicht alle Arbeitsplätze der Dienstleister und Subunternehmer, die vom Standort abhängig sind und die ebenfalls von den Rückschlägen bei Liberty betroffen sind.

Zum Glück sind die luxemburgischen Behörden da. Dank der finanziellen Hilfe im Rahmen der Covid-Pandemie und der Kurzarbeit hat der Standort Dudelange durchgehalten und die Löhne wurden gezahlt. Sobald die Probleme mit Greensill bekannt wurden, hatte der OGBL ein dringendes Treffen mit den Ministerien für Arbeit und Wirtschaft beantragt, um deren Unterstützung anzufragen. Die Minister Franz Fayot und Dan Kersch hatten die Forderungen des OGBL gehört, und dank der Arbeit der Mitarbeiter in den verschiedenen Ministerien konnte der OGBL sicherstellen, dass keine Arbeitsplätze verloren gingen und die Gehälter weiterhin pünktlich gezahlt wurden. Die Arbeitsplätze sind bisher gesichert, aber für wie lange noch?

Für den OGBL ist die Zeit gekommen, das Abenteuer Liberty zu beenden

Der OGBL hat wiederholt erklärt, dass das Tabu der Verstaatlichung aufgehoben werden muss, um eine Standortschließung und den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

Gupta ist nicht in der Lage, sein Unternehmen zu finanzieren und am Laufen zu halten, also muss es jemand anderes tun. Auch eine Rückkehr zu ArcelorMittal sollte in Erwägung gezogen werden, selbst wenn die Kommission aus wettbewerbsrechtlichen Gründen, die in Anbetracht der Situation keinen Sinn mehr machen, noch dagegen ist.

Heute weigert sich Liberty, den Standort zu verkaufen und hofft, sich mit öffentlichen Geldern die Taschen zu füllen. Das wäre das Schlimmste und wäre inakzeptabel. Wenn Liberty nicht in der Lage ist, das Unternehmen am Laufen zu halten, soll es jemand anders tun, aber diesmal unter der Kontrolle des luxemburgischen Staates und unter Aufsicht der Personalvertreter.

Die rumänische Fata Morgana?

Am 28. Juni 2021 gab die Liberty Steel Group in der Presse eine Umstrukturierung ihrer Stahlaktivitäten in Europa unter dem Banner des rumänischen Standorts in Galati bekannt. Der OGBL bedauert, dass die Liberty Group ihre Verpflichtungen in Bezug auf den Sozialdialog nicht eingehalten hat, da die Personalvertreter nicht im Voraus informiert wurden. Der OGBL bleibt sehr misstrauisch gegenüber dieser Ankündigung, die sich hauptsächlich auf die Geschäftsführung bezieht, aber keine konkreten Lösungen für die finanziellen Probleme der verschiedenen Einheiten zu bieten scheint.

Die wirtschaftliche Situation ist günstig, Liberty sagt, die Auftragsbücher sind voll, die Nachfrage ist stark, die Preise sind gut, aber der Konzern ist nicht in der Lage, Lieferanten und Zulieferer zu bezahlen, um zu produzieren und Geld zu verdienen. Mehr als drei Viertel der Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit, nicht, weil es an Arbeit mangelt, sondern weil Liberty es sich nicht leisten kann.

Die Arbeitnehmer in Düdelingen wollen eine Zukunft und dass man sie arbeiten lässt

Die Arbeitnehmer in Düdelingen wissen nicht, ob sie in den kommenden Wochen Arbeit haben werden und ob sie ihr nächstes Gehalt erhalten. Jeder Tag Kurzarbeit ist ein Tag, an dem sie mindestens 20 % ihres Gehalts verlieren. Die Arbeitnehmer und Personalvertreter wollen eine Zukunft für Düdelingen und eine Garantie, dass alle Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es spielt keine Rolle, was mit Gupta oder der Liberty-Gruppe passiert. ◊

Handel: Hände weg von meinem Feiertag!

Nachdem es eine Reihe von Protestaktionen vor den Match-Supermärkten organisiert hatte, rief das OGBL-Syndikat Handel am vergangenen 21. Juni zu einer Mobilisierung vor dem Mittelstandsministerium in Luxemburg auf, um gegen die Öffnung der Geschäfte an Feiertagen zu protestieren. „Wir, die Arbeitnehmer aus dem Handel, wollen respektiert werden. Wir wollen nicht, dass die Geschäfte sieben Tage die Woche geöffnet sind, inklusive an Sonn- und Feiertagen. Deshalb sind wir hier, und wir werden wiederkommen, wenn es sein muss“, sagte Patrick Ourth, Präsident des Syndikats Handel.

Wie der Zentralsekretär des Syndikats Handel, David Angel, betonte, ist das Gesetz über die Öffnungszeiten in Luxemburg bereits äußerst liberal und erlaubt es den Geschäften, an Sonn- und Feiertagen bis 13 Uhr zu öffnen. Und das ist entgegen einem weit verbreiteten Mythos tatsächlich viel mehr, als ihre Kollegen zum Beispiel in Lothringen oder im Saarland leisten müssen. Aber als ob das noch nicht genug wäre, gewährt das Mittelstandsministerium auch systematisch Ausnahmen für alle Anträge, die ihm gestellt werden, um über das hinauszugehen, was das Gesetz vorsieht.

Konkret fordert der OGBL, dass das Mittelstandsministerium endlich damit aufhört, jederzeit Ausnahmen zu gewähren, damit Geschäfte an Feiertagen länger öffnen können.

Der OGBL fordert außerdem eine Gesetzesreform, damit die Geschäfte künftig an Feiertagen geschlossen bleiben. „Niemand braucht Geschäfte, die an Feiertagen geöffnet sind“, betonte David Angel. Schließlich fordert der OGBL auch eine Stärkung des Arbeitsgesetzes, damit es die Arbeitnehmer mehr schützt und sie endlich ein Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Ladenöffnungszeiten und damit ihrer Arbeitszeiten haben.

Die Ladenöffnungszeiten sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer flexibler geworden, immer zum Nachteil der Mitarbeiter und ihrer Familien: Samstagmorgen, Freitagabend, Sonntagvormittag...

Wie eine vom Mittelstandsministerium in Auftrag gegebene LISER-Studie zeigt, sind 80 % der Arbeitnehmer im Einzelhandel gegen die Sonntagsarbeit. Und man kann darauf wetten, dass sie genau so wenig davon halten, an Feiertagen zu arbeiten.

In der Tat ist es für diese Arbeitnehmer, die meist schon dennicht-qualifizierten gesetzlichen Mindestlohns oder nur wenig mehr verdienen, aufgrund der Arbeitszeiten, zu denen sie gezwungen sind, sehr schwierig, ihr Privat- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

Es gilt zu bemerken, dass der Mittelstandsminister, Lex Delles, nach der Protestaktion zu einem Treffen mit den Vertretern des OGBL-Syndikats Handel kam, um einen Dialog über die Frage der Öffnungszeiten zu beginnen.

Ermutigend.◊





Der OGBL mobilisiert vor den Match-Supermärkten

Nach der einseitigen Entscheidung der Match-Direktion im Mai, die Filialen künftig an allen Feiertagen zu öffnen, hat das OGBL-Syndikat Handel in den letzten Monaten eine Reihe von Protestaktionen vor mehreren Match-Supermärkten organisiert, um gegen diese Maßnahme zu protestieren, die von der Geschäftsleitung ohne jegliche Rücksprache mit den Personalvertretungen getroffen wurde.



Handelssektor: Die CLC lässt die Verhandlungen über Sonntagsarbeit scheitern

„Gewerkschaften, die von ihrer Basis losgelöst sind“ lautet der Titel des Leitartikels in der neuesten Ausgabe des Magazins Connect der CLC (Confédération luxembourgeoise du Commerce), verfasst von Direktor Nicolas Henckes. Darin blickt er auf die Verhandlungen zur Sonntagsarbeit im Einzelhandel zurück und wirft dem OGBL vor, die Gespräche mit „unrealistischen“ Forderungen zum Scheitern gebracht zu haben. „Das Traurigste an dieser Geschichte ist, wie wenig sich diese Gewerkschaft um die Interessen der sonntags arbeitenden Arbeitnehmer zu kümmern scheint“, schreibt Henckes. Denn obwohl im Titel des Leitartikels von „Gewerkschaften“ die Rede ist, ist es in Wirklichkeit nur eine einzige Gewerkschaft, die im Text (und anderswo) angegriffen wird: der OGBL, die Gewerkschaft Nummer 1 in Luxemburg – und im Handelssektor.

Aber gehen wir zurück an den Anfang, um die Angriffe der CLC besser zu verstehen.

Da ist zunächst die Nichteinhaltung des Gesetzes durch eine bestimmte Anzahl von Unternehmen – kleinen und (sehr) großen – in der Branche. Das Arbeitsgesetzbuch sieht die Begrenzung der Sonntagsarbeit im Einzelhandel auf 4 Stunden für den Arbeitnehmer vor. Mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten und der Öffnung der Geschäfte an Sonntagen wurde diese Bestimmung von den Unternehmen jedoch immer weniger beachtet.

Während es in den letzten Jahren eine gewisse Toleranz gegenüber diesen illegalen Praktiken gab, führte die ITM (Gewerbeaufsicht) Ende 2020 eine Reihe von Kontrollen in der Branche durch und erteilte Unternehmen förmliche Bescheide bezüglich der Sonntagsarbeit.

Im Bewusstsein der Tatsache, dass eine Reihe von Arbeitnehmern, vor allem in den großen Einkaufszentren im Norden

des Landes, inzwischen daran gewöhnt waren, sonntags bis zu 8 Stunden zu arbeiten und angesichts der niedrigen Löhne in diesem Sektor auf Zuschläge für diese Stunden angewiesen waren, nahm der OGBL schnell Kontakt mit der CLC auf, um zu versuchen, eine Lösung im Rahmen des sozialen Dialogs zu finden.

Für den OGBL, der grundsätzlich gegen Sonntagsarbeit im Einzelhandel ist – genau wie 80% der Arbeitnehmer in der Branche – war dies ein großer Schritt auf die Arbeitgeber zu, um dieses heikle Thema ein für alle Mal zu klären. Die Grundidee war einfach: Um über die 4 Stunden hinausgehen zu können, musste dies im Rahmen eines Kollektivvertrags – des Unternehmens oder der Branche – geschehen, der es den Gewerkschaften ermöglicht hätte, Ausgleich auszuhandeln, die der Situation und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer sowie der Unternehmen angepasst sind.

In einer zweiten Phase war der OGBL sogar bereit, einen zweiten Weg außerhalb eines Kollektivvertrags zu eröffnen.

Aber für die CLC war dies eher eine ideologische Frage als was Anderes: Für die Arbeitgeber des Handelssektors ist alles, was dem OGBL mehr Verhandlungsmacht geben könnte, gefährlich. Er zog es daher vor, auf die 4 Sonntagsstunden beschränkt zu bleiben, anstatt die Tür für einen Branchenkollektivvertrag zu öffnen oder Kollektivverträge im Allgemeinen zu stärken.

Im Gegensatz zu dem was Henckes in seinem Leitartikel andeutet, könnte die Position des OGBL nicht pragmatischer gewesen sein. Außerdem hatte das Syndikat Handel in den Verhandlungen eine zweite Tür – außerhalb des Kollektivvertrags – geöffnet. Auch hier war die ideologische Blockade der CLC total.

Nach diesem Misserfolg beeilte sich die CLC, den OGBL anzugreifen und forderte ihre Mitglieder auf, eine Kommunikation in diesem Sinne gegenüber den Arbeitnehmern anzunehmen. Eine Reihe von Unternehmen zögerte nicht, dies zu tun – darunter auch Match, das fast zeitgleich und ohne Rücksprache beschloss, seine Läden an allen Feiertagen zu öffnen und damit demonstrierte, dass das einzige Interesse der Arbeitgeber darin besteht, immer mehr und immer länger öffnen zu können.

Im Gegensatz zu dem, was Nicolas Henckes sagt, ist in dieser Angelegenheit keine „Win-Win“-Einigung möglich. Wie das Beispiel Match zeigt, sind das Wohlergehen und die Interessen der Arbeitnehmer für die Arbeitgeber der Branche nicht von Interesse. Wenn die CLC die Schranken für die Sonntagsarbeit abbauen will, ohne Kollektivvertragsverhandlungen führen zu müssen, dann nur mit dem Ziel, die Öffnungszeiten im Einzelhandel vollständig liberalisieren zu können.

Und wenn die Arbeitgeber auf den OGBL – und nur auf den OGBL – schießen, dann deshalb, weil die Gewerkschaft Nummer eins in Luxemburg ihnen Angst macht. Dies zeigt einmal mehr, dass die vom OGBL vertretene Position die einzig richtige war.

Natürlich ist der OGBL „kompromisslos“, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen. Von einem Ausverkauf der wenigen Schutzbestimmungen für Sonntagsarbeit, die für die Arbeitnehmer des Sektors bestehen, kann keine Rede sein, und der OGBL wird weiterhin dafür kämpfen. Und er wird kompromisslos bleiben, das sei schon mal gesagt! <

TICE / AVL - Die Laufbahn der kommunalen Busfahrer auf dem Abstellgleis?

Mittlerweile gehört das Angebot des gratis öffentlichen Transportes in Luxemburg zum Allgemeingut unserer Gesellschaft. Die von Regierungsseite als soziale und positive Maßnahme dargestellte Einführung des Gratistransportes mit Bus und Bahn hat jedoch auch Verlierer und ihre negativen Seiten.

Die kommunalen Busfahrer bleiben auf der Strecke!

Bei seiner Unterredung mit unserer Gewerkschaft, kurz vor der Einführung des gratis öffentlichen Transportes bezeichnete Mobilitätsminister Francois Bausch den gratis öffentlichen Transport als die Kirsche auf dem Mobilitätskuchen und versicherte uns, auf unsere Nachfrage hin, dass niemand mit finanziellen Einbußen zu rechnen hätte!

Finanzielle Einbußen

Weit gefehlt Herr Minister! In unseren Busfahrersektionen TICE und AVL rumort es gewaltig! Der Beruf des Busfahrers verliert immer mehr an Attraktivität!

Nachdem den städtischen Busfahrern ihr Kassengeld von 60 Euro abhandengekommen war, wurde auch der Begriff des „Chauffeur-Receveur“ aus dem Busfahrervokabular gestrichen und eine Rückstufung in das Anfangsgrad 3 vorher 4, vorgenommen. Beides ist mit einem realen Einkommensverlust zu betiteln.

Immer neue Hürden

Das Einstiegsalter in die Karriere des Busfahrers wurde auf 24 Jahre gehoben, hinzu kommt eine einmonatige Ausbildung im Fahrzentrum von Colmar-Berg. Apropos Ausbildung, auch die Einstiegsexamina vergraulen immer mehr junge am Fahrerjob interessierte Arbeitssuchende. Neue Modelle die themen- und praxisbezogen ausgearbeitet werden sollen, werden mit Ungeduld erwartet. Aber auch beim Auf-



© Wikicommons

stellen der berufsspezifischen Prüfungsfragebögen wird jegliche Transparenz und jedes Mitspracherecht seitens der Beamtendelegationen vermisst. Die Direktoren vom TICE und AVL „ausgewiesene Buspezialisten“ arbeiten im Alleingang neue Fragebögen aus. Es wäre im Sinne eines funktionierenden Sozialdialogs gewesen den Delegierten beider Syndikatssektionen die neuen Formulare zukommen zu lassen, um auch die Meinung der direkt betroffenen Busfahrer mit ein zu beziehen.

Das öffentlich-rechtliche Statut des kommunalen Busfahrers in Gefahr!

Auch das vor kurzem publizierte ministerielle Gutachten zwecks Postenbesetzung in den Gemeinden schwächt zunehmend das Statut des Gemeindebeamten in diesem Fall des „Agent de transport“. Die Wahrscheinlichkeit der Einstellung von privatrechtlichen Arbeitnehmern („Salariés“) anstelle von Beamten vergrößert sich, zumal die Kündigungsprozedur beim Arbeitnehmer wesentlich einfacher vonstattengeht.

Die Frage sei erlaubt weshalb wie bei der Polizei oder beim CGDIS keine Werbekampagne gestartet wurde, wobei der Job des Busfahrers in ein positiveres Licht gerückt hätte werden können?

So müssen sich die öffentlichen Busbetriebe mit wenig Personal, immer mehr Krankmeldungen wegen Überforderung herumplagen, dies ohne reelle Zukunftsperspektive.

Die Politik muss handeln!

Wir fordern deshalb eine sofortige Aufwertung der Busfahrerlaufbahn, die Mitinbindung der Gewerkschaften in den Entstehungsprozess der Themenfrage und sofortige Personaleinstellungen, dies auch und wegen der anhaltenden Pandemie. ◊

1 TICE: Syndicat pour le transport intercommunal de personnes dans le canton d'Esch-sur-Alzette

2 AVL: Autobus de la Ville de Luxembourg

Der Landesverband stellt seine Vorstellungen für den Verkehr auf der Schiene vor

Am 17. Mai hatte der Landesverband zu einer Pressekonferenz in den Festsaal des Casino Syndical eingeladen, um seine Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung des Schienentransports darzulegen.

In seiner Einleitung ging der Vorsitzende des Landesverbandes, Georges Merenz, kurz auf die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Luxemburg ein. Er stellte fest, dass es nach langen Jahren von Sparzwang, Abbau, Stillstand in den Investitionen der Demonstration des Landesverbandes am 6. Juni 1980 in Ulflingen bedurfte, um zu einem Umdenken in punkto Wichtigkeit der Bahn zu führen.

Georges Merenz stellte insgesamt fest, dass in den letzten Jahren viel in die Bahn investiert wurde und hob in diesem Zusammenhang den Bau einer neuen Strecke zwischen Luxemburg und Bettemburg sowie die Modernisierungsarbeiten von einzelnen Bahnhöfen wie Luxemburg und Ettelbrück hervor. Trotz dieser allgemeinen Aufbruchsstimmung habe es, so Georges Merenz, dennoch Rückschläge gegeben, wie z. B. die Stilllegung der Teilstrecken von Rümelingen-Stadt nach Rümelingen-Oettingen und von Kleinbettingen nach Steinfort sowie die Aufgabe der Haltestellen von Bellain und Maulsmühle auf der Nordstrecke. Zudem schwebt über den Stichstrecken von Ettelbrück nach Diekirch und von Noertzingen nach Rümelingen immer noch die Gefahr der Aufgabe des Schienenverkehrs.

Anschließend stellte Georges Merenz, getrennt nach Strecken, die Forderungen des Landesverbandes in Bezug Ausbau des Streckennetzes und des Angebotes dar. Für die Nordstrecke lautete dies unmissverständlich, dass der Landesverband den Bau einer Fahrradpiste auf der Trasse des zweiten Gleises zwischen Clerf und Ulflingen ablehnt und stattdessen die Wiederherstellung der Zweigleisigkeit auf



diesem Abschnitt im Interesse der Kapazitätserhöhung und der Stabilität des Fahrplanes fordert. Des Weiteren soll es zu Angebotsverbesserungen auf der Linie 10 kommen; so sollen erstens richtige Frühzüge zwischen Vielsalm und Trois-Ponts geschaffen werden, die es den Pendlern aus dieser Gegend ermöglicht, Luxemburg vor acht Uhr morgens zu erreichen und zweitens einige schnellere Verbindungen zwischen Luxemburg und Liège eingelegt werden, die attraktive Verbindungen zwischen dem TGV-Est und dem Thalys bzw. dem ICE darstellen.

Die Antenne nach Diekirch muss nicht nur erhalten bleiben, sondern hier sollen endlich die zusätzlichen Haltestellen, wie z. B. in Ingeldorf gebaut werden; eine Verlängerung weiter in Richtung Gilsdorf zu den neuen Schulzentren muss in Erwägung gezogen werden. In Wiltz soll die Bahn in Richtung neues Wohngebiet auf den Industriebrachen erhalten bleiben, um so den Bewohnern des neuen Viertels ein attraktives Verkehrsangebot von Anfang an bieten zu können. Auch darf die aktuelle Trasse in Richtung Bastogne nicht verbaut werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für den Landesverband ist die Wiedereröffnung des restlichen Teilstücks der Atterlinie

zwischen Bissen und Ettelbrück im Reisezugverkehr. Durch das Schaffen eines Umsteigplatzes zwischen Bus und Bahn in Bissen könnten die Busse aus dem Redinger Kanton dort enden und somit den Ortskern von Ettelbrück deutlich entlasten.

Für den Osten sollte eine neue Haltestelle in Moutfort vorgesehen werden, die sowohl an der Linie 30 als auch an der Linie 40 gebaut werden könnte.

Für den Süden fordert der Landesverband direkte Züge zwischen Luxemburg und Düdelingen bzw. Rümelingen nach Fertigstellung der Neubaustrecke zwischen der Hauptstadt und Bettemburg; das Ersetzen des Angebotes auf der Schiene durch einen Busbetrieb, sei er auch „haut niveau de service“ zwischen Esch-Alzette und Audun-le-Tiche lehnt der Landesverband strikt ab und wünscht sich deshalb auch aus dem französischen Grenzort in Zukunft direkte Verbindungen nach Luxemburg.

Was den Verkehr in Richtung Saarbrücken anbelangt, so unterstützt der Landesverband die Forderungen des Saarlandes und der Région Lorraine zur Schaffung einer Verbindung auf der Schiene über Thionville – Bouzonville und Dillingen. Auch

eine direkte Verbindung über Wasserbillig – Konz in Richtung Saarbrücken kann der Landesverband sich vorstellen.

Im Güterverkehr wünschte sich der Landesverband wieder mehr Transporte auf der Schiene. Es darf nicht mehr sein, so Georges Merenz, dass in Zukunft Industriezonen ohne Bahnanschlüsse geschaffen werden. Als Beispiel nannte er die Aktivitätszone von Sandweiler-Contern, in der sich auch große Speditionsfirmen niedergelassen haben, die jedoch nicht an die Schiene angeschlossen sind.

Für eine sichere Reise erneuerte der Lan-

desverband seine Forderung, dass auch in Zukunft jeder Zug von qualifiziertem Bahnpersonal begleitet werden muss; bei stark ausgelasteten Zügen zu den Spitzenstunden sollten das zwei ZugbegleiterInnen sein. Auch die Bahnhöfe, auch solche, die im Augenblick verwaist sind, sollten wieder mehr Leben bekommen, dies entweder durch Geschäfte, Infoläden oder ähnlichem, wie das bereits in Diekirch der Fall ist, wo die Gemeinde einen Fahrradverleih und eine Kaffeestube eingerichtet hat. Dies ist besonders wichtig an den sogenannten zentralen Umsteigepunkten, wo es gilt, dem Reisenden den Wechsel vom Bus

auf die Bahn und umgekehrt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Am Ende erinnerte der Landesverband auch daran, dass ab 2022 die Linien des RGTR europaweit ausgeschrieben werden. Da viele oft kleine luxemburgische Betriebe hier nicht mithalten können, fürchtet der Landesverband ein verstärktes Auftreten ausländischer Unternehmen in Luxemburg. Deshalb unterstrich die Gewerkschaft noch einmal ihre Forderung nach einer Übernahme der Fahrer dieser Betriebe gemäß den luxemburgischen Kollektivverträgen. ◊

René Birgen

Der Landesverband wurde von Minister François Bausch empfangen

Am Donnerstag, dem 17. Juni wurde eine Delegation des Landesverbandes, bestehend aus den Kameraden Georges Merenz, Georges Melchers, Laurent Bour und Nico Wennmacher vom Minister der Mobilität und der öffentlichen Arbeiten empfangen.

Ein erstes Thema war unsere Pressekonferenz vom 17. Mai 2021 zu unseren Überlegungen zum kurz- sowie mittelfristigen Ausbau des öffentlichen Transports sowohl im Bereich Personen- wie des Güterverkehrs. Minister François Bausch versicherte uns, dass gemäß dem Mobilitätskonzept 2035 weiter hohe Investitionen in den Ausbau und die Förderung des öffentlichen Transports, getätigt werden. Hierzu gehören sowohl moderne und qualitativ hochwertige Angebote im nationalen öffentlichen Transport wie auch im internationalen Fernverkehr, Stichwort „Nachtzüge“ und „TGV“ um nur einige aufzulisten. Das Ministerium für Mobilität und der öffentlichen Arbeiten wird außerdem schriftlich zu unseren Überlegungen Stellung nehmen.

Ebenso tauschten wir uns mit dem Minister François Bausch nochmals über den Impact

des gratis öffentlichen Transportes auf den zukünftigen „Contrat de Service public“ sowie auf die Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Transport, aus. Betreffend den für 2024 neu auszuhandelnden „Contrat de Service public“, versicherte uns Minister François Bausch, die jetzige Regierung sei fest entschlossen die nötigen Gesetze zu verabschieden, um den Kontrakt zu erneuern. Diesbezüglich habe es auch bereits Gespräche zwischen dem Ministerium und der CFL-Direktion gegeben. Der Landesverband drückte seinen Wunsch aus, zu diesem Dossier über die laufenden Verhandlungen informiert zu werden und die Belange des betroffenen Personals vorbringen zu wollen. Der Minister sagte dies zu. Was das neue Berufsbild der Zugbegleiter angeht, wurde uns ebenso seitens des Ministeriums bestätigt, dass dieses in trockenen Tüchern sei und demnächst dazu weitere Auskünfte erteilt werden.

Hinsichtlich der Tarife für das Befahren der Grenzstrecken und einer eventuellen Ausweitung des Gratisangebotes, erklärte Minister François Bausch uns, dass er dieses Dossier mit seinen Amtskollegen aus dem Ausland bereits weiter verfolgt.

Abschließend wurden viele weitere Themen wie verschiedene Betriebskonzepte sowie die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Schienentransport und der Ausbau weiterer Bahnhöfe erörtert. ◊



Die Zusammenarbeit im kommunalen Sektor im Interesse aller verstärken!



Fernand Schiltz vom Syndikat Öffentliche Dienste OGBL/Landesverband im Gespräch mit Innenministerin Taina Bofferding

Nach einer kurzen Vorstellung der neuen Strukturen des Syndikats Öffentlicher Dienst OGBL/Landesverband, war es an Innenministerin Taina Bofferding das Wort zu ergreifen.

Die Innenministerin begrüßte unseren Zusammenschluss und die dadurch entstandene Stärke des OGBL/Landesverband im öffentlichen Bereich. Sie unterstreicht, dass bei ihrer täglichen Arbeit ihr besonders die enge Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren sehr wichtig ist. Hierbei spiele die Zentralkommission des Innenministeriums eine bedeutende Rolle.

Des Weiteren setzt sich Taina Bofferding in ihrer Funktion als Gleichstellungsmministerin resolut für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau ein.

Frau Ministerin, Stichwort Gemeinde-reform, was ist der aktuelle Stand der Reform? Sind die Befragungen abgeschlossen?

T.B: Für mich ist eines der wichtigsten Elemente der Gemeindereform die alltägliche Beratung der Gemeinden durch das Innenministerium. Nach mehreren Versammlungen mit den Gemeindepolitikern sowie dem Gemeindepersonal werden wir Fach-

leute (Experten) einstellen, um verstärkt den Gemeinden Hilfestellungen anzubieten. In Form von Pilotprojekten soll mit den Gemeinden ein „Guide d’orientation“ ausgearbeitet werden. Ebenfalls angelaufen ist eine digitale Ausbildung in Zusammenarbeit mit dem Centre de Formation et de Séminaires (CEFOS) in Remich.

Werden alle im kommunalen Sektor aktive Gewerkschaften um ihre Meinung gefragt und miteingebunden?

T.B: Ja, alle im Sektor aktiven Gewerkschaften werden über die Zentralkommission informiert und miteingebunden. Der hier geführte Sozialdialog ist wichtig für die Akzeptanz neuer Projekte.

Es wird immer schwieriger für Gemeinden und Gemeindesyndikate Beamte zu rekrutieren. Müssten das Aufnahmeexamen und die Einstellungsprozeduren nicht überdacht werden?

T.B: Die aktuellen Examensfragen werden überarbeitet und berufsspezifischer gestaltet. Eine Kampagne über die Vielfalt der Berufe im Gemeindesektor wird bald verabschiedet werden. Ziel der Kampagne ist es viel neues Personal anzuwerben um auch wieder die Möglichkeit der Wahl zu haben.

Wäre es nicht gerechtfertigt, die Stagezeit sowie die „Indemnité de Stage“ auch zu überdenken, um den Wechsel vom Privatbeamten mit Berufserfahrung in den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten?

T.B: Man muss den öffentlichen Sektor als ein großes Ganzes betrachten. Hier ist man abhängig von den Resultaten der geführten Verhandlungen. Oft muss man berufsbedingt wieder von vorne anfangen. Auch im Handwerkerbereich sollen wieder verstärkt Lehrstellen angeboten werden.

Wir stellen fest, dass im Gemeindesektor immer mehr Beamtenposten durch Arbeitnehmerposten ersetzt werden, was eine Schwächung des öffentlichen Statutes darstellt. Wie reagieren Sie auf diese Tendenz?

T.B: Diese Tendenz müsste gestoppt werden. Die Beschreibung der ausgeschriebenen Stellen ist oft nicht deutlich und die Bewerber wissen nicht richtig in welchem Rahmen sich z.B. die kommunalen Busfahrer bewegen. Mit einem Rundschreiben müsste darauf aufmerksam gemacht werden.

Die kommunalen Busfahrer sind bedingt durch die Pandemie und den Rekrutierungsschwierigkeiten extremem Stress ausgesetzt. Trotz alledem stellen wir massive Verschlechterungen ihrer Laufbahn fest. Anfangsgehälter im Grad 3 anstelle dem bisherigen Grad 4, Verlust der Buskasse usw. Was ist ihre Meinung zu einer notwendigen Aufwertung ihrer Laufbahn?

T.B: Es entspricht der Logik, dass bei Wegfall der Buskasse auch die Einstellung und Entlohnung in einer niedrigeren Gehaltsstufe (Grad 3) stattfindet. Ich möchte betonen, dass jene Busfahrer, die unter den vorherigen Anforderungen eingestellt worden sind, keine finanziellen Verluste zu befürchten haben. Nur Neuzugänge sind von der neuen Regel betroffen. Des Weiteren sind Prämien gemeindeabhängig und können nicht vom Innenministerium bestimmt werden.

Mehr Kompetenzen für die „agents municipaux“ bedeutet, dass Sie mehr Verantwortung übernehmen sollen. Müssten ihre Laufbahn nicht auch dementsprechend aufgewertet werden?

T.B: Ja die „agents municipaux“ sollen eine Aufwertung ihrer Laufbahn erhalten. Diese Aufwertung ihrer Berufslaufbahn musste juristisch im Vorfeld geklärt werden. Dies

wurde durchgeführt. Wir warten noch auf die Stellungnahme des Staatsrates und können dann die Aufwertung ihrer Laufbahn in die Praxis umsetzen. Das Projekt besteht aus 3 Pfeilern; mehr Verantwortung, eine bessere praxisorientierte Ausbildung und eine finanzielle Aufwertung der Laufbahn.

In diesem Zusammenhang mit den neuen Sicherheitskompetenzen der „agents municipaux“, möchte ich auch auf eine verstärkte Prävention hinweisen und, dass für die Regierung eine private Sicherheitsfirma keine Option darstellt.

Eine weitere große Baustelle, Frau Minister, ist der Aufbau des Corps Grand-Ducal Incendie & Secours (CGDIS), wo die Gemeinden jetzt verstärkt zur Kasse gebeten werden. Dies hat auch beim Syvicol zu Aufruhr geführt. Was ist von Regierungsseite weiter geplant?

T.B: Ich möchte dazu bemerken, dass die Begutachtungen durch die Gemeinden sehr unterschiedlich ausgefallen sind, auch was die finanzielle Seite betrifft. Viele Gemeinden sind auch mit den höheren Unkosten einverstanden. Übrigens habe ich nie verheimlicht, dass die Reform des Feuerwehr- und Rettungswesens auch einen hohen finanziellen Impact hat. Sicherheit und schnelle Interventionszeiten sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Auch der Klimawandel spielt eine Rolle. Ich möchte nur an die Tornados (Petingen usw..) erinnern. Präventives und proaktives Vorgehen ist sehr wichtig! Das belastet den Haushalt stärker. Viele Gemeinden haben aber vergessen, dass ihre Unkosten vor der Reform noch viel höher waren, da Sie für ihr Feuerwehrkorps finanziell alleine haben aufkommen müssen.

Alle Gutachten der Gemeinden wurden gesammelt und in einer Synthese zu Papier gebracht, die in das Reformprojekt miteinfließen.

Wir stellen fest, dass viele unserer Mitglieder uns kontaktieren, weil Sie sich nicht mehr wohl an ihrer Arbeitsstelle fühlen. Vor allem ist Mobbing ein Thema, mit dem wir tagtäglich konfrontiert werden. Gibt es im Kontext des „Bien-être au travail“ eine Strategie der Regierung?

T.B: Die Gemeinden sind hier als Arbeitgeber gefordert. Das Innenministerium analysiert, was die Hauptursachen für Mobbing sind und wie man dagegen vorgehen kann. Es sei daran erinnert, dass das Ministerium der öffentlichen Funktion eine psychologische Anlaufstelle für Opfer anbietet. Eine Kampagne soll die betroffenen Personen dazu animieren sich zu melden und Hilfe zu suchen. Auch die Mitarbeiter sind in einer solchen Situation gefragt!

Frau Bofferding, Sie sind auch Ministerin für den Bereich der Chancengleichheit zwischen Mann und Frau. Vor allem in den technischen Gemeindelaufbahnen sind Frauen eher selten zu finden. Was gedenken Sie dagegen zu tun?

T.B: Es gilt aufzuzeigen, dass Frauen auch in technischen Berufen sehr aktiv sind. Männer und Frauen eignen sich für alle Berufssparten. Wir haben deshalb in den Schulen den Hebel angesetzt und zum Beispiel speziell für Kinder ein Memoryspiel mit Berufen entwickelt. Eine Quotenregelung sollte man sowohl für Frauen als auch für Männer einsetzen können bei Berufen, die bis dato einseitig von einem Geschlecht dominiert werden.

Nächstes Jahr stehen Sozialwahlen vor der Tür. Die Wahlen sollen nicht mehr per Briefwahl abgehalten werden sondern per Urnengang. Wird die Briefwahl ganz ausgeschlossen oder besteht noch die Möglichkeit der Wahl per Brief für bestimmte Berufsgruppen, Urlaubszeit, Krankmeldungen?

T.B: Auch das sollte man in der Zentralkommission diskutieren. Der Arbeitgeber muss bereit sein, den gleichen Weg zu gehen.

**Es sei daran erinnert,
dass das Ministerium
der öffentlichen Funktion
eine psychologische
Anlaufstelle
für Opfer anbietet**

Das Delegationsgesetz von 2016 hat die Rechte der Personalvertreter im Privatsektor massiv gestärkt. Diese Verbesserungen müssten endlich auch im öffentlichen Sektor umgesetzt werden! Auch die Delegationswahl in den einzelnen staatlichen Verwaltungen müssten umgesetzt werden. Da das Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL-Landesverband eine immer größere Zahl von Mitgliedern bei Staat und Gemeinden vertritt, sehen wir unsere Forderung verstärkt, an den Lohnverhandlungen des Lohnabkommens im öffentlichen Dienst beteiligt zu werden.

T.B: Grundsätzlich sollte man die aktuelle Handhabungsweise überdenken und niemanden ausschließen. Müsste ich eine Zwischenbilanz ziehen so wäre ich stolz auf meine motivierten MitarbeiterInnen in beiden Ministerien, die bereit sind mit mir den Weg der Modernisierung zu gehen. Dies kann alles nur umgesetzt werden, wenn möglichst viele Menschen miteingebunden werden. ◊

Südgemeindenkollektivvertrag: Streit und Streik?

Die Politik fordert Sozialabbau!

Nach monatelangem Schweigen haben die politischen Verantwortlichen der Südgemeinden sich endlich in Sachen Kollektivvertragsverhandlungen zu Wort gemeldet. Doch die Antwort der Politik ist ein Schlag ins Gesicht der GemeindearbeitnehmerInnen, denn:

- die Gemeinden nehmen zu keiner gewerkschaftlichen Forderung Stellung;
- die Gemeinden übergehen die längst fällige Anpassung an die Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst von 2015 und 2016, die eine Erhöhung der Sonderzulage, bessere Einstiegslaufbahnen und eine komplette Anrechnung der Vordienstzeiten bedeuten;
- die Gemeinden ignorieren die von den Gewerkschaften geforderten Erhöhungen des Bereitschaftsdienstes, obwohl diese für die Staatsarbeitnehmer längst einem vernünftigeren Standard entsprechen;
- die Gemeinden bemängeln die „beträchtliche Anzahl“ an gewerkschaftlichen Forderungen, während sie selbst einen eigenen Forderungskatalog mit ebenso vielen Punkten neben 28 Textveränderungen durchsetzen wollen;
- die Gemeinden stellen inakzeptable Forderungen wie z.B. die Verschlechterung der im Rahmen der Dienstpläne geleisteten Überstunden und die Abschaffung des „surplus congé“;
- die Gemeinden fordern die Abschaffung der Vorarbeiterkarrieren durch ein Ersetzen von fixen Vorarbeiterprämien, die eine Verschlechterung der Lohnbedingungen und die Einführung politischer Willkür bedeuten.

Die Gewerkschaften fordern sozialen Fortschritt!

Die verhandelnden Gewerkschaften OGBL

und LCGB tagten am 3. Juni 2021 mit ihren Personalvertretungen der Südgemeinden und fassten folgende Beschlüsse:

- die Verhandlungen müssen schnellstens wiederaufgenommen werden;
- die Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst müssen umgesetzt werden;
- die von den Arbeitnehmern abverlangte Flexibilität muss adäquat vergütet werden;
- ein positiver Abschluss der noch offenen Punkte im Zusammenhang mit der letzten Vereinbarung von 2018 bleibt eine notwendige Bedingung für jede zukünftige Vereinbarung;
- die Gewerkschaften werden keinen Sozialabbau dulden. Dafür gibt es aktuell keine Gründe. Laut Aussage der Innenministerin sind die Gemeindefinanzen trotz

der Covid-Pandemie „stabil“

- die Gewerkschaften werden nicht zögern, die Südgemeinden im Falle von unvernünftigen und unverantwortlichen Lohnverhandlungen vor die nationale Schlichtungskommission zu beordern;
- die Gewerkschaften werden nicht zögern, Protestaktionen zu organisieren und gegebenenfalls auf das Streikrecht in den Südgemeinden zurückzugreifen, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen!

Nicht mit uns, sehr geehrte Politiker!

Der Kollektivvertrag wird ein Instrument des sozialen Fortschritts bleiben!

Wir werden es nicht zulassen, dass die Gemeindeverantwortlichen ihn missbrauchen, um sozialen Abbau zu betreiben! ✦



SIGI: Geklaute Arbeitsstunden, prekäre Einstellungen und Beitritt zum OGBL

Beim Gemeindesyndikat SIGI (Interkommunales Syndikat für die Verwaltung der Informatik) sind in den letzten Monaten mehrere große das Personal betreffende Baustellen ans Licht gekommen.

Seit Juni wurde einigen Angestellten bewusst, dass ihre eingetragenen Arbeitszeiten nachträglich vom Personalbüro verändert wurden. So dass viele ihre geleisteten Mehrstunden im System nicht mehr auffindbar sind. Weder die betroffenen Angestellten noch die Personaldelegation sind davon in Kenntnis gesetzt worden. Die Argumentation von Seiten der Direktion, dass keine Überstunden während der Telearbeit geleistet werden

dürfen, ist in den Augen des OGBL nicht haltbar. Weder können die Bestimmungen zur gleitenden Arbeitszeit einseitig verändert werden, noch handelt es sich hier um Überstunden, sondern um Mehrstunden die den Beschäftigten im Falle eines Überschusses am Ende des Monats auf ihrem Zeitsparkonto gutgeschrieben wird.

Ein noch grundlegendes Problem sieht der OGBL bei der Einstellungspolitik des SIGI. Als Gemeindesyndikat ist es schlimm genug, dass von den rund 140 Beschäftigten lediglich 22 Personen über ein Funktionärs- oder Angestellten-Statut verfügen. Dazu kommt, dass ungefähr die Hälfte der beim SIGI Beschäftigten

nicht einmal einen Arbeitsvertrag mit dem Syndikat selbst haben, sondern auf Projekt-Basis externalisiert sind. Mehrere dieser Personen arbeiten seit etlichen Jahren beim SIGI Seite an Seite mit ihren „internen« KollegInnen. Der OGBL ist skandalisiert über eine solch neoliberale Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst.

Außerordentlich froh sind wir darüber verkünden zu können, dass die Personalvertretung der Arbeitnehmer vom SIGI sich dem Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL/Landesverband angeschlossen hat.◊

Für mehr Transparenz und ein Recht auf Zugang zu Informationen

Anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit demonstrierte die Luxemburger Vereinigung der Berufsjournalisten (ALJP), die die Einführung eines Rechts auf Zugang zu Informationen fordert, am 3. Mai vor der Abgeordnetenkammer gemeinsam mit ihren Partnern – die Mitte April gestartete Kampagne „Informationszugang – Elo!“ unterstützen, darunter der OGBL und sein Syndikat Druck, Medien und Kultur – FLTL.

Nachdem vor der Abgeordnetenkammer Reden abgehalten wurden, zogen die Demonstranten weiter zum Staatsministerium, dessen derzeitiger Inhaber, Xavier Bettel, auch Minister für Kommunikation und Medien ist. Das Tor des Ministeriums wurde symbolisch mit einer Kette abgeriegelt. Die ALJP und ihre Partner fordern mehr Transparenz und prangern ein fehlendes Recht auf Zugang zu Informationen an, das die Regierung den Journalisten immerhin seit 17 Jahren (!) verspricht.

Journalisten können ihrer Pflicht zur genauen und kritischen Beobachtung der Arbeit öffentlicher Einrichtungen nur dann nachkommen, wenn die öffentlichen Verwaltungen verpflichtet sind, unverzüglich auf Medienanfragen zu reagieren. Dies ist für die Kontrolle in unserer Demokratie unerlässlich. Im Gegensatz zu dem, was

die Politik uns glauben machen möchte, ist das Recht auf Information von Journalisten kein Privileg, sondern ein unverzichtbares professionelles Werkzeug für Journalisten, um ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen: die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft über die verschiedenen Ereignisse zu informieren. ◊



Hochschul- und Forschungssektor: Gegen ein Einfrieren der staatlichen Haushaltsmittel!

Im Rahmen der laufenden Verhandlungen und Gespräche an der Universität Luxemburg und in den drei öffentlichen Forschungszentren LIH, LISER und LIST betonen die Arbeitgebervertreter, dass geplant ist, die Haushaltszuweisung des Staates zu den Betriebskosten der Universität und der Zentren einzufrieren. Zumindest für die nächsten zwei Jahre würde der Haushalt auf dem gleichen Niveau wie 2021 bleiben. Der Staat würde nicht einmal mögliche Indextranchen oder die in den jeweiligen Kollektivverträgen der Institute vorgesehenen Lohnerhöhungen berücksichtigen.

Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, dass dieses Einfrieren über das Jahr 2023 hinausgeht, wenn sich die finanzielle Situation des Staates nicht verbessert. Mittlerweile sind die verschiedenen Einrichtungen aufgerufen, Einsparungen vorzunehmen, um ihre Rücklagen zu erhöhen, um diesen Haushaltsbeschränkungen zu begegnen.

Angesichts der Tatsache, dass die Aussagen der Arbeitgebervertreter der verschiedenen Einrichtungen kohärent sind, aber in voneinander unabhängigen Kontexten getätigt werden, muss davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um eine einfache Verhandlungstaktik der Arbeitgeber handelt, sondern dass dies tatsächlich die Absicht der Regierung ist.

Weder der OGBL, einzige im Sektor vertretene Gewerkschaft, noch die Personalvertretungen werden bei den Gesprächen zwischen dem Ministerium für Hochschulbildung und Forschung und den vier Einrichtungen für den nächsten Vierjahresplan (2022-2025) konsultiert. Der OGBL hatte jedoch um ein Treffen mit Minister Claude Meisch gebeten, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung. Dieses Treffen fand am 25. Februar statt.



OGB-L

Pas de gel budgétaire dans l'enseignement supérieur et la recherche!

Les sciences sont essentielles!

Während dieses Treffens erklärte der Minister, dass Investitionen in die Hochschulbildung und die Forschung eine Priorität für die Regierung bleiben würden, auch wenn aufgrund der Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise eine weniger bedeutende Haus-

haltsentwicklung als in der Vergangenheit zu erwarten sei. Der Minister hatte zugesichert, dass sein Ministerium dennoch versuchen werde, eine Kürzung des Budgets zu vermeiden.

Es muss jedoch gesagt werden, dass das Einfrieren der Haushaltsmittel auf dem gleichen nominalen Betrag in der Tat

einer Reduzierung der Haushaltsmittel entspricht!

Für den OGBL wäre diese Entscheidung, sollte sie sich bestätigen, eindeutig eine schlechte politische Entscheidung. Der OGBL hat sich immer für hohe Investitionen in die Hochschulbildung und die öffentliche Forschung eingesetzt. Eine Fortsetzung der Sparpolitik in diesem Bereich wird negative Folgen für die Entwicklung des Landes haben.

Die Covid-19-Pandemie hat, wenn es notwendig war, den wesentlichen Beitrag dieses Sektors zur luxemburgischen Gesellschaft gezeigt. Die Strategie der Regierung, das Coronavirus einzudämmen und in großem Maßstab zu testen, hätte ohne den Beitrag und die Initiativen der luxemburgischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen nicht verfolgt werden können.

Gleichzeitig wirken sich die drohenden Haushaltsbeschränkungen bereits auf die laufenden Verhandlungen und Gespräche mit den drei öffentlichen Forschungszentren aus. Sie gefährden ernsthaft die Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrags der Universität Luxemburg, die gerade begonnen haben. Dieser Kollektivvertrag betrifft nicht weniger als 2.200 Arbeitnehmer. Für den OGBL ist es nicht akzeptabel, dass die Arbeitnehmer dieses Sektors, die während der Covid-19-Pandemie ein Engagement und eine Motivation weit über das Übliche hinaus gezeigt haben, durch die Sparlogik der Regierung bestraft werden und keine Wertschätzung ihrer Arbeit in Form von verbesserten Arbeitsbedingungen und Einkommen erhalten.

Es ist noch nicht zu spät für die Regierung, ihr Vorhaben abzuändern, und keine Sparpolitik im Hochschul- und Forschungssek-

tor einzuleiten. Die verschiedenen Vierjahrespläne sind noch nicht unterzeichnet worden. Über den Staatshaushalt 2022 wurde noch nicht abgestimmt. Die neuesten Zahlen des Finanzministers zeigen bereits eine Verbesserung der finanziellen Situation des Staates.

Der OGBL fordert die Regierung daher auf, kein Einfrieren der Haushaltsmittel vorzusehen, sondern im Gegenteil eine Politik der kontinuierlichen Erhöhung der Investitionen in Hochschulbildung und Forschung zu verfolgen, wie es noch in der letzten mehrjährigen staatlichen Haushaltsplanung vorgesehen war, die von der Abgeordnetenkommission im Dezember 2020 verabschiedet wurde.

Um seinen Aufruf zu verstärken, wird der OGBL in den kommenden Monaten Informations- und Sensibilisierungsaktionen oder sogar Mobilisierungen in diesem Sektor durchführen. ◊



OGJ trifft sich mit Minister für Wohnungswesen

Die OGJ fordert ein „Recht auf Wohnen“ für die Jugend

Die Gewerkschaftsjugend des OGBL, die OGJ, traf sich am 15. Juni 2021 mit dem Minister für Wohnungswesen, Henri Kox, um über die Schwierigkeiten zu sprechen, mit denen junge Menschen heute bei der Wohnungssuche konfrontiert sind: Mangel an bezahlbarem Wohnraum, ständig steigende Preise, Komplexität der verschiedenen Wohnsubventionen, Altersdiskriminierung...

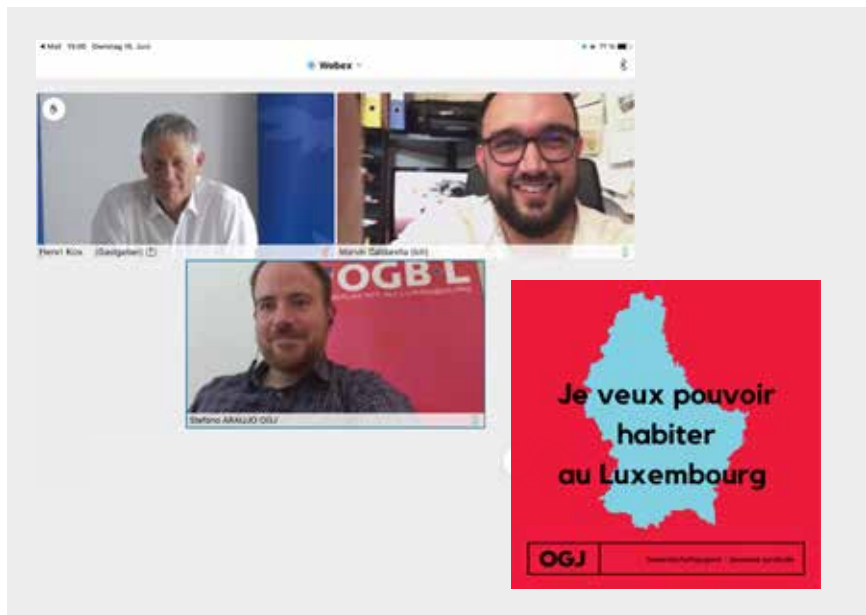
Für menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen

Nicht alle jungen Menschen wollen oder können bis zum Erreichen des Rentenalters bei ihren Eltern wohnen. Dennoch wird ihnen oft der Zugang zu Wohnraum aufgrund ihres Alters oder mangelnder finanzieller Stabilität verwehrt. Prekarität und Vorurteile sind wichtige Faktoren, aber es sollte auch beachtet werden, dass immer mehr junge Menschen mit festen Arbeitsplätzen auch in Luxemburg Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Wohl wissend, dass nicht nur junge Menschen Schwierigkeiten beim Zugang zu menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum haben, wollte sich die OGJ dennoch auf das Problem aus der Sicht junger Menschen auf Wohnungssuche konzentrieren.

Ein „Recht auf Wohnen“ für die Jugend

Die OGJ fordert, dass nationale und lokale Behörden sich verpflichten, den Zugang zu Wohnraum für junge Menschen zu unterstützen und zu erleichtern. Es geht hier um ein echtes Recht für alle jungen Menschen im Land auf menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum. Demnach fordert die OGJ:

1. Eine Überprüfung der finanziellen Hilfen (Garantien, Subventionen, Zuschüsse usw.), um sie an die spezifische Situation junger Menschen anzupassen. Es ist auch



notwendig, alle Hilfsmittel zusammenzufassen, um die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen.

2. Angesichts des Versagens des freien Marktes die Gründung einer öffentlichen Organisation mit dem Ziel, jungen Menschen eine Unterkunft zur Miete und/oder zum Kauf anzubieten. Inspiriert von der „Gestion locative sociale“ und dem „Fonds du logement“ würde eine solche Einrichtung es ermöglichen, den Zugang zu bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnraum zu garantieren und vor allem die Immobilienspekulation zu bekämpfen.

3. Die Schaffung eines Instruments/einer Kontaktstelle mit der Aufgabe, junge Menschen bei all ihren Schritten zum Zugang zu Wohnraum zu informieren und zu begleiten.

4. Für die OGJ geht der „Wohnungspakt 2.0“ nicht weit genug und berücksichtigt nicht ausreichend die Besonderheiten von jungen Menschen auf der Suche nach einer (ersten) Wohnung. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, endlich ein „Wohngemeinschaftengesetz“ zu schaffen, das Mieter und Vermieter schützt. Auch neue Wohnkonzepte

sind zu entwickeln, wie z.B. das generationenübergreifende Zusammenwohnen.

Der Minister für Wohnungswesen hörte sich die von der OGJ angesprochenen Punkte aufmerksam an. Henri Kox sagte, er verstehe die Sorgen und Schwierigkeiten junger Menschen, eine Wohnung zu finden. In diesem Zusammenhang kam der Minister auf den neuen Wohnungspakt zurück und stellte der OGJ verschiedene Elemente vor. Henri Kox nahm auch die verschiedenen Anfragen der OGJ zur Kenntnis. Schließlich lud der Minister die OGBL-Jugend ein, sich zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit ihm zu treffen, um eine Bestandsaufnahme zu machen. ◊



Stefano Araujo Mitglied des geschäftsführenden Vorstands
Marvin Caldarella Präsident des OGJ



Sich vereinigen & kämpfen, um zu gewinnen!



Die OGJ setzt sich aktiv für die Interessen von jungen Arbeitnehmern, Schülern, Studenten und Auszubildenden ein. Wir sind ein wichtiger Bestandteil des OGBL. Auf der Grundlage unserer Satzung und unserer Aktionsprogramme verteidigen wir die gewerkschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen junger Menschen.

Die Hauptaufgabe der OGJ ist es, junge Menschen zu vereinen und auszubilden, damit sie in der Lage sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Wir vertreten die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen junger Menschen,

indem wir in allen Bereichen der Gesellschaft Positionen beziehen und Aktivitäten organisieren.

Die OGJ setzt sich auch für die internationale Solidarität und die Entwicklung von internationalen Jugendbewegungen ein, die die Völkerverständigung fördern. Wir arbeiten mit allen repräsentativen fortschrittlichen Kräften zusammen, insbesondere mit Jugend- und Studentenorganisationen in Luxemburg. Um die Interessen junger Menschen auf allen Ebenen zu vertreten und zu verteidigen und um Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu nehmen, trifft sich die OGJ regelmäßig, um Jugendthemen und -forderungen zu besprechen.

Alle OGBL-Mitglieder, bis zur Vollendung ihres 35. Lebensjahres sind automatisch Mitglieder der OGJ. Wenn Du dem OGJ-Vorstand beitreten möchtest oder weitere Informationen brauchst, kannst Du uns unter ogj@ogbl.lu oder telefonisch unter 54 05 45-291 erreichen.

Werde jetzt Mitglied auf hello.ogbl.lu

Die Mitgliedschaft ist gratis* für Jugendliche unter 18 Jahren und Studenten und Schüler*innen über 18 Jahre. Auszubildende über 18 Jahre zahlen monatlich nur 4,10€*. (*Dem Mitgliedsantrag bitte die Schulbescheinigung beifügen). ◊

Follow us
@ogj.lu + www.ogj.lu

CGT

Der OGBL traf sich mit der CGT Grand Est in Nancy

Am vergangenen 31. Mai traf sich eine OGBL-Delegation unter der Leitung von Nora Back mit einer Delegation der CGT Grand Est in Nancy. Die beiden Gewerkschaften erklärten ihre eigene Funktionsweise und die unterschiedlichen Organisationsstrukturen auf beiden Seiten der Grenze.

In der gemeinsamen Runde wurde der Bedarf an Zusammenarbeit erörtert, einschließlich der Notwendigkeit, gemeinsame grenzüberschreitende Schulungskurse zu organisieren und ein genaueres Kontaktnetzwerk aufzubauen, um die spezifischen nationalen Probleme von Grenzgängern im Kontext der europäischen

Gesetzgebung zur sozialen Sicherheit erfassen zu können. Insbesondere wurde vereinbart, im Herbst eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Thema der gemeinsamen Schulungen beider Gewerkschaften befassen soll.

Neben den grenzüberschreitenden technischen Aspekten tauschten sich die beiden Organisationen auch über allgemeinere gewerkschaftliche Themen wie Mobilität und Wohnen sowie über grenzüberschreitende Ausbildung in bestimmten Bereichen wie dem Gesundheitswesen aus. ◊



Grenzgänger und Telearbeit

Die luxemburgische Regierung hat bekanntgegeben, dass Luxemburg sich mit Belgien und Frankreich darauf geeinigt hat, die Ausnahmeregelung, die Tage der Telearbeit im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise bei der Festlegung der für Grenzgänger geltenden Sozialversicherungsvorschriften nicht zu berücksichtigen, bis zum 31. Dezember 2021 für belgische Grenzgänger und bis zum 30. September 2021 für französische Grenzgänger zu verlängern (was dem Datum des vom französischen Parlament beschlossenen Ausstiegs aus dem sanitären Notstand entspricht).

Die Ausnahmeregelungen, die am 30. Juni 2021 geendet hätten, bleiben somit erhalten.

Dieses Abkommen ist wichtig, um einen Wechsel der Zugehörigkeit zu vermeiden, falls die in der europäischen Gesetzgebung vorgesehene 25%-Schwelle für die betroffenen Arbeitnehmer überschritten wird. Konkret bedeutet dies, dass ein belgischer oder französischer Grenzgänger, der aufgrund der Covid-19-Krise von zu Hause arbeitet, weiterhin dem luxemburgischen Sozialversicherungssystem angeschlossen ist.

Das Steuerabkommen mit Deutschland läuft derweil automatisch weiter, bis eine der Parteien es kündigt. ◊

Eugen Roth, neuer Präsident des Interregionalen Gewerkschaftsrates der Großregion (IGRGR):

„Chancen für ein soziales Europa im Kleinen.“

Das Präsidium des IGRGR hat in seiner Sitzung in der Arbeitnehmerkammer in Luxemburg am 9. Juni 2021 Eugen Roth vom DGB Rheinland-Pfalz/Saarland zum neuen Präsidenten gewählt. Er folgt auf Jean-Claude Bernardini vom luxemburgischen Unabhängigen Gewerkschaftsbund OGBL. Bernardini war zuvor vier Jahre lang Präsident des IGRGR. Jacques Delacollette (OGBL) wurde in Nachfolge von Bettina Altesleben, DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, zum Schatzmeister des IGRGR gewählt.

In seiner Antrittsrede betonte Eugen Roth die gestiegene Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch bei den Gewerkschaften. „Gerade die Coronakrise mit ihren zeitweisen Grenzschließungen und den neuen Fragestellungen etwa bei der Telearbeit zeigt“, so Roth, „wie wichtig die Gewerkschaften auch grenzüberschreitend sind, um für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzutreten“.

Der IGRGR umfasse als einziger Interregionaler Gewerkschaftsrat in Europa mit Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg 4 Länder. „Dies stellt besondere Herausforderungen, gibt auch besondere Chancen für ein soziales Europa im Kleinen“, so Roth. Am 10. Juli 1976 wurde in Saarbrücken mit dem IGR Saar-Lor-Lux der europaweit erste Interregionale Gewerkschaftsrat gegründet, heute gibt es in Europa insgesamt 46. Im Jahr 2016 wurden die vorherigen IGR „SaarLorLux-Trier/Westpfalz“ und „Dreiländereck“ mit den Walonischen Gewerkschaftsbünden FGTB und CSC zum Interregionalen Gewerkschaftsrat der Großregion (IGRGR) zusammengeführt.

Mittlerweile arbeiten hier 8 Gewerkschaftsbünde aus 4 Ländern grenzüberschreitend zusammen.

Als Arbeitsschwerpunkte sieht Roth für die nächsten Jahre:

- Einhaltung sozial- und arbeitsmarktrechtlicher Mindeststandards im Sinne von „Best Practices“ in der Großregion aus gewerkschaftlicher Sicht wie zum Beispiel der Orientierung am Niveau der Mindestlohnhöhe von Luxemburg.
- spezielle und alltägliche Fragen rund um das außerordentlich hohe Grenzgängeraufkommen, dem höchsten in Europa mit täglich mehr als 250.000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern.
- Intensivierung der Arbeiten des ursprünglich durch den IGR initiierten Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion (WSAGR).

- sozial sensiblere Kontrolle der geplanten politischen Maßnahmen auf Basis des Aachener Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich vom Februar 2020 mit Auswirkungen auf die gesamte Großregion.
- die grenzüberschreitende berufliche Aus- und Weiterbildung, etwa im Gesundheits- und Pflegebereich.
- interne Verfahrens- und Kooperationsfragen bis hin zum verbesserten Öffentlichkeitsauftritt und zur dauerhaften Finanzierung der gemeinsamen Arbeiten.

Nächster Arbeitsschwerpunkt wird die Durchführung der „9. Remicher Gespräche“ am 8. Oktober 2021 im CEFOS (Remich/Luxemburg) sein. Hierzu hat unter anderem bereits Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, seine Teilnahme zugesagt. ◊





Sektion Dräilännereck

1. Mai: Die Sektion Dräilännereck war am Tag der Arbeit in Esch/Alzette präsent.



Sektion Musel-Sauer

24. April: Die Sektion Musel-Sauer hat auf der Terrasse des „Kulturhuf“ in Grevenmacher eine Diskussion zum Thema Resilienz organisiert.



15. Mai: Die Sektion Musel-Sauer hat mit ihren Mitgliedern an einer Weinprobe in der Kellerei Bernard Massard in Grevenmacher teilgenommen

Belgische Grenzgängerinnen und Grenzgänger

Betreiben Sie regelmäßig Sport? Gehen Sie walken, joggen, fahren Sie Mountainbike oder Rennrad?

Dann können Sie sich mit dem Halstuch, das Ihnen die belgische Grenzgängersektion anbietet, vor der Kälte schützen.

Bestellen Sie es einfach per E-mail an fb152480@skynet.be



Sektion Uelzechtall

12. & 13. Juni: Die Sektion Uelzechtall hat im Kulturzentrum in Helmingen ein großes Fischfest organisiert, wo sie gebackenen Fisch zum Mitnehmen oder zur Lieferung anbot.



Sektion Luxembourg Centre

9. Mai: Die Sektion Luxembourg-Zentrum hat den Kommunarden (Pariser Kommune 1871) Ehre erwiesen, indem sie insbesondere einen Umzug in Pfaffenthal organisierte, der bis zum Friedhof von „Sichenhaff“ ging.



agenda

17.09.2021 18h00

Generalversammlung der Sektion Audun-Villerupt-Pays Haut. Ansprache von Nora Back, OGBL-Präsidentin.

📍 Salle Jean Moulin
F-57390 Audun le Tiche.

Finden Sie unsere sämtlichen Aktivitäten auf unserer Webseite ogbl.lu.



Sektionen Volmerange-Les-Mines & Thionville-Metz

12. Juni: Freundschaftsmittagessen organisiert zwischen den Sektionen Volmerange-Les-Mines und Thionville-Metz.



Französische Sektionen

4. Juni: Die drei französischen Sektionen haben die Arbeitnehmer von Liberty Steel bei der Protestaktion vor dem Werk in Düdelingen unterstützt.



Sektion Volmerange-les-Mines

die Sektion Volmerange-les-Mines konnte ihre traditionellen Jubilarenerungen durchführen, vor allem nach Terminabsprache zu Hause.

Etwa zehn Mitglieder wurden einzeln geehrt, darunter 3 mit einer Mitgliedschaft von 50 Jahren: Marcel MAX, Charles MAJERUS und René AGASSUCCI.

Hat man als Grenzgänger Anspruch auf Familienzulagen in Luxemburg?



Wenn es um Sozialleistungen geht, ist es nicht immer einfach, sich zurechtzufinden, wenn man nicht in dem Land lebt, in dem man arbeitet. Und das gilt natürlich auch für die Familienzulagen. Colette Bianchini sorgt hier für ein bisschen Aufklärung.

Colette Bianchini ist Beraterin im Informations- und Beratungsdienst (SICA) des OGBL und es versteht sich von selbst, dass die Zuteilungs- und Berechnungsmethoden der Familienzulagen und der Ausgleichszulage keine Geheimnisse für sie bergen.

Hat ein belgischer, französischer oder deutscher Grenzgänger, der in Luxemburg arbeitet und Kinder hat, Anspruch auf Familienzulagen in Luxemburg?

Die Antwort ist ja, und gleichzeitig ist es etwas komplizierter als das. Ein Grenzgänger hat zwar ein Recht darauf, aber erstens ist es nicht automatisch, denn er muss nicht nur einen entsprechenden Antrag bei der Zukunftskeess (CAE) stellen – so wie es auch eine in Luxemburg wohnende Person tun muss –, sondern ihn je nach seiner Situation auch regelmäßig aktualisieren. Und zweitens kann das, was ihm zusteht, von seiner Situation, der des anderen Elternteils oder sogar der seines neuen Ehepartners abhängen, wenn er sein Leben nicht mehr mit dem anderen Elternteil des Kindes teilt.

Was sind also die verschiedenen Fälle?

Sagen wir, dass es schematisch gesehen zwei gibt. Der erste, einfachste Fall liegt vor, wenn ein Nichtansässiger und sein Ehepartner beide ihr Einkommen aus Luxemburg beziehen oder wenn der Ehepartner des Grenzgängers kein eigenes Einkommen hat. In diesem Fall kann man von Assimilation sprechen: Der Grenzgänger erhält die gleiche Menge an Familienzulagen wie eine in Luxemburg wohnende Person mit der gleichen Anzahl an Kindern. Der zweite Fall betrifft Grenzgänger, deren Ehepartner kein Einkommen aus Luxemburg, sondern aus ihrem Wohnsitzland beziehen. In diesem Fall ist die Familienzulagenkasse des Wohnsitzlandes des Arbeitgebers des Ehepartners für die Zahlung der Familienzulagen zuständig. Da der Betrag der Familienzulage in Luxemburg jedoch höher ist, kann der betreffende Grenzgänger bei der Zukunftskeess einen Antrag auf eine Ausgleichszulage aus Luxemburg stellen.

Was ist die Ausgleichszulage?

Die Ausgleichszulage ist die Differenz zwischen dem Betrag, der von der Familien-

zulagenkasse des Wohnsitzlandes gezahlt wird, und dem Betrag, den die Zukunftskeess an einen in Luxemburg wohnenden mit der gleichen Anzahl von Kindern zahlen würde. Wenn man den von der Familienbeihilfekasse des Wohnsitzlandes gezahlten Betrag und die von der Zukunftskeess gezahlte Ausgleichszulage addiert, erhält ein Grenzgänger in dieser Situation den gleichen Betrag wie ein Landeseinwohner. Der Unterschied besteht darin, dass der größte Teil dieses Betrags aus der Kasse des Wohnsitzlandes stammt und der andere Teil aus der Luxemburger Kasse. Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, dass Sie, um die Ausgleichszulage zu erhalten, Ihre Akte bei der Zukunftskeess regelmäßig aktualisieren müssen, da sonst die Zahlung eingestellt wird. Der Antrag auf Ausgleichszulage muss halbjährlich oder jährlich neu gestellt werden, wir raten jedoch dringend dazu, dies halbjährlich zu tun.

Kannst Du uns erklären, wie das Antragsverfahren für den Anspruch auf Kindergeld bzw. Ausgleichszulage in Luxemburg aussieht?



Ob es also der erste Antrag ist, der das Recht eröffnet, oder der, der danach im konkreten Fall der Ausgleichszulage regelmäßig neu gestellt werden muss, ist jedes Mal ein ziemlich zusammenfassender Antrag an sich. Dagegen muss dem Erstantrag ein umfangreiches Dossier beigelegt werden, auf das ich hier nicht näher eingehen kann. Deshalb empfehlen wir unseren Mitgliedern dringend, sich an unseren Informations- und Beratungsdienst (SICA) zu wenden, um dieses Dossier gemeinsam vorzubereiten, insbesondere wenn es sich um den ersten Antrag auf die Familienzulage handelt. Wie ich immer sage: „Mein Nachbar, mein Cousin, mein Freund hat mir

das erzählt... Das funktioniert hier nicht!“ Jede Situation ist in der Tat anders. Darüber hinaus kann es schnell noch komplizierter werden, z. B. bei zusammengewürfelten Familien, in denen die Kinder nicht alle aus demselben Haushalt stammen und daher möglicherweise unterschiedliche Rechte für den betreffenden Grenzgänger entstehen, je nach der Situation des anderen Elternteils jedes der Kinder. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass einige Kinder noch in den Anwendungsbereich der alten Kindergeldregelung fallen können (für Kinder, deren erster Antrag vor der Reform 2016 gestellt wurde). ◇

Informations- und Beratungsdienst · SICA ·

Bei weiteren Fragen oder speziellen
Problemen beraten wir Sie gerne,
bitte nutzen Sie dazu unser
Kontaktformular unter
contact.ogbl.lu

Ein bewegtes Jahr für die ONG OGBL Solidarité syndicale

Das Jahr 2020 war für die ONG OGBL Solidarité syndicale ein sehr bewegtes Jahr, um es vorsichtig auszudrücken. Dies ist vor allem auf den Tod unseres lieben Freundes, Weggefährten und der treibenden Kraft der ONG, Armand Drews, am 17. April 2020 zurückzuführen. Während unter seiner Führung bereits eine Umstrukturierung und Reorganisation der ONG und ihrer Arbeitsweise vereinbart worden war, hat sein unerwartetes und unglückliches Ableben diese Notwendigkeit der Reorganisation noch verstärkt. Durch zwei außerordentliche Generalversammlungen im Herbst 2020 hat die ONG OGBL ihre Statuten reformiert, ihren Vorstand umgestaltet und erweitert und mit Ben Toussaint einen Direktor für Aktivitäten ernannt.

In der Zwischenzeit wurden die drei von der ONG OGBL betreuten Entwicklungsprojekte in Ghana, Bolivien und Kap Verde fortgesetzt:

In Ghana wurden die für 2020 geplanten GLST 3-Projektaktivitäten aufgrund der Covid-Pandemie und der daraus resultierenden Lockdowns aufgeschoben. Glücklicherweise konnte unser Team vor Ort die verlorene Zeit fast komplett aufholen,

um einen bedeutenden Teil der Aktivitäten zwischen Ende 2020 und Januar 2021 durchzuführen.

Gleichzeitig entdeckte das „Trabajo Digno“-Projektteam in Bolivien seine Qualitäten in Bezug auf Online-Schulungen, Konsultationen und Veranstaltungen, trotz, oder gerade wegen, des Lockdowns.

Im Endeffekt hatte das Projekt in Kap Verde ein sehr erfolgreiches Jahr: Die offizielle Anerkennung der Gründung der gemeinnützigen Organisation Centro de formação sindical e profissional – CENFOS, die Arbeitsaufnahme des CENFOS-Teams, der Einzug in neue Räumlichkeiten, die Unterzeichnung einer „Absichtserklärung für die gemeinsame Leitung des Projekts“ zwischen CENFOS und der ONG OGBL, usw.

Das Engagement der ONG in diesen Ländern wird durch Bewusstseinsbildung und Vernetzung in Luxemburg und Europa ergänzt. Obwohl diese Arbeit durch die Covid-Pandemie und den Lockdown erheblich behindert wurde, konnte die ONG ihr Engagement innerhalb des Cercle de Coopération und Solidar Europe aufrechterhalten. ✦



Finden Sie den Tätigkeitsbericht 2020 der ONG OGBL Solidarité syndicale auf ihrer Website: ogbl.lu/solidaritesyndicale

Unterstützen Sie die ONG mit einer Spende!

Wir freuen uns besonders über Spenden, die die ONG insgesamt unterstützen. Wenn Sie jedoch ein bestimmtes Projekt unterstützen möchten, fügen Sie der Überweisung bitte den entsprechenden Hinweis hinzu: „Bolivien-Projekt“ oder „Kap-Verde-Projekt“. **Vielen Dank!**

CCPLLULL LU54 1111 0828 4810 0000

CENFOS-Schulungszentrum-Projekt auf den Kapverden wird dem Bürgermeister von Praia präsentiert

Sónia Neves und Nico Bodry, beide Mitglieder des Verwaltungsrats der ONG OGBL Solidarité syndicale, trafen sich am 2. Juni 2021 mit Francisco Carvalho, dem Bürgermeister der Stadt Praia, Hauptstadt von Kap Verde, und Lino Varela und Vaz Pereira Cardoso, Vertreter der kapverdischen Handelskammer in Luxemburg, in den Räumlichkeiten der Arbeitnehmer-

kammer (CSL). Sónia Neves, die innerhalb der ONG für das Projekt des CENFOS-Ausbildungszentrums auf den kapverdischen Inseln verantwortlich ist, stellte den drei Verantwortlichen die Entwicklung des Projekts vor. Zur Erinnerung:

Das CENFOS-Projekt, das von der ONG OGBL Solidarité syndicale durchgeführt wurde, entstand aus der Notwendigkeit,

die Kapazitäten und Fähigkeiten der kapverdischen Gewerkschaften zu stärken. Das Projekt wurde vom luxemburgischen Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten mitfinanziert. Das CENFOS erhielt seine Akkreditierung im Mai 2021. Es arbeitet auf nationaler Ebene in der gesamten kapverdischen Inselgruppe. ✦

Neue Broschüre

Sexuelle Belästigung in den Schulen

Diese Info Broschüre richtet sich an das Personal der Schulen und Universitäten und natürlich an alle Schüler*innen und Student*innen die mit dem sexueller Belästigung konfrontiert sind oder Fragen zum Thema haben. Die Broschüre können Sie sich auf **luxemburgisch, französisch oder englisch** auf unserer Website unter ogbl.lu/publications/divers herunterladen.





Genéisst

Är Vakanz!

Profitez de vos vacances! Genießen Sie Ihre Ferien!

Desfrute das suas férias! Enjoy your holidays!



OGB-L